

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Prof. Dr. Herwig Birg
Braschzeile 20
14109 Berlin

BEITRÄGE ZUR STRUKTURFORSCHUNG

HEFT 64 · 1981

**Möglichkeiten und Grenzen der
Regionalisierung der sektoralen
Strukturberichterstattung**

**Bernd Bartholmai
Herwig Birg
Wolfgang Erfeld
Nikolai Lutzky
Horst Mentrup
Friedhelm Plogmann
Hans Joachim Schalk**

Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss



DUNCKER & HUMBLOT - BERLIN

Inhalt

	Seite
1. Vorbemerkung	7
2. Räumliche Bezugssysteme für eine regionalisierte Strukturberichterstattung	11
2.1 Anforderungen an ein räumliches Bezugssystem	11
2.2 Die Eignung bestehender räumlicher Bezugssysteme	13
2.2.1 Bundesländer	13
2.2.2 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms	14
2.2.3 Planungsregionen der Länder	16
2.2.4 Statistische Einheiten der Bundesverkehrswegeplanung	16
2.2.5 Arbeitsamtsbezirke	16
2.2.6 Räumliche Gliederungen für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	19
2.3 Vorschlag für ein räumliches Bezugssystem unterhalb der Länderebene	21
3. Produktion und Faktoreinsatz im Unternehmensbereich	23
3.1 Produktion	23
3.1.1 Bestimmungsgründe der regionalen Produktionsstruktur	23
3.1.2 Regionalstrukturelles Informationssystem	26
3.2 Arbeitsnachfrage	30
3.2.1 Bestimmungsgründe der regionalen Arbeitsnachfrage	30
3.2.2 Regionalstrukturelles Informationssystem	31
3.3 Investitionen und Anlagevermögen	32
3.3.1 Bestimmungsgründe der regionalen Investitionsentwicklung	33
3.3.2 Determinanten der Entwicklung des Anlagevermögens	34
3.3.3 Regionalstrukturelles Informationssystem	34
3.3.3.1 Investitionen	34
3.3.3.2 Anlagevermögen	35
3.4 Auswirkungen von Produktion und Faktoreinsatz auf die Raum- und Siedlungsstruktur	36
4. Bevölkerung, Erwerbspotential und private Haushalte	37
4.1 Bestimmungsgründe der Bevölkerungsentwicklung	38
4.2 Bestimmungsgründe für die Entwicklung des Erwerbspotentials	38
4.3 Bevölkerung und private Haushalte	39
4.4 Regionalstrukturelles Informationssystem	39
4.4.1 Bevölkerung	39
4.4.2 Erwerbspotential	40
4.4.3 Private Haushalte	40

	Seite
5. Einkommen und privater Verbrauch	41
5.1 Bruttolöhne und -gehälter	43
5.1.1 Bestimmungsgründe der regionalen Lohn- und Gehaltsstruktur.....	43
5.1.2 Auswirkungen des regionalen Lohn- und Gehaltsniveaus auf die regionale Produktions- und Arbeitsmarktstruktur	44
5.1.3 Regionalstrukturelles Informationssystem	44
5.2 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	45
5.2.1 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	45
5.2.2 Transfereinkommen	46
5.2.3 Regionalstrukturelles Informationssystem	47
5.3 Privater Verbrauch und Wohnungsnachfrage	49
5.3.1 Bestimmungsgründe der regionalen Entwicklung	49
5.3.2 Regionalstrukturelles Informationssystem	50
6. Öffentliche Haushalte	51
6.1 Infrastruktur	53
6.1.1 Personelle Infrastruktur.....	54
6.1.2 Materielle Infrastruktur	54
6.2 Transfers an Unternehmen und Unternehmensbesteuerung	56
6.2.1 Transfers an Unternehmen	56
6.2.2 Unternehmensbesteuerung	57
6.3 Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden	57
6.3.1 Gebühren und sonstige Einnahmen aus Verkäufen.....	58
6.3.2 Einnahmen im Rahmen des Finanzausgleichs	59
6.3.3 Einnahmen aus Krediten.....	60
6.4 Regionalstrukturelles Informationssystem	60
7. Regionale und multiregionale Handelsverflechtungen	65
7.1 Bedeutung der regionalen und multiregionalen Input-Output-Analyse für raumstrukturelle Untersuchungen	65
7.2 Möglichkeiten zur Erstellung regionaler und multiregionaler Input-Output-Tabellen	65
7.3 Zusammenfassende Beurteilung	67
8. Zur empirischen Basis eines regionalstrukturellen Informationssystems	69
9. Informationsbedarf der Länder im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung	71
9.1 Ergebnisse der Länderbefragung	71
9.1.1 Baden-Württemberg	71
9.1.2 Bayern	72
9.1.3 Hessen	73
9.1.4 Niedersachsen	73
9.1.5 Nordrhein-Westfalen	74
9.1.6 Rheinland-Pfalz	75
9.1.7 Saarland.....	75
9.1.8 Schleswig-Holstein.....	76

	Seite
9.1.9 Bremen	76
9.1.10 Hamburg	77
9.1.11 Berlin	78
9.2 Vergleichende Auswertung der Befragungsergebnisse	78
10. Einige Überlegungen zur Organisation einer regionalisierten Strukturberichterstattung ...	83

Verzeichnis der Übersichten und Abbildungen

	Seite
2.1 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms	14
2.2 Planungsregionen der Länder	15
2.3 Statistische Einheiten der Bundesverkehrswegeplanung	17
2.4 Landesarbeitsamtsbezirke	18
2.5 Diagnoseräume der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	20
2.6 Analyseräume für die Regionalisierung der Strukturberichterstattung	21
3.1 Gliederung der Wirtschaftsbereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	26
4.1 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	40
5.1 Einkommensentstehung und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in einer Region	42
5.2 Vereinfachte Darstellung der Methode der Kreisberechnung – Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter	47
6.1 Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Ebenen im Jahr 1978 – Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	52
6.2 Gliederung der Aufgabenbereiche in der Statistik der Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte	62
8.1 Elemente eines regionalstrukturellen Informationssystems	70
9.1 Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge zum laufenden Datenangebot	79
9.2 Informationen zur betrieblichen Mobilität	80
9.3 Informationen über regionale Standortbedingungen	81

1. Vorbemerkung

Ziel dieser Untersuchung ist es, die statistischen und analytischen Möglichkeiten und Grenzen für eine Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung aufzuzeigen. Insbesondere soll deutlich gemacht werden, inwieweit eine Regionalisierung zur Erklärung des Wandels der sektoralen Wirtschaftsstruktur und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann und welche analytischen Verfahren in diesem Zusammenhang als praktikabel und erfolgversprechend angesehen werden können.

In der Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik als Gesamttraum sollen

- die Ursachen des Strukturwandels ermittelt werden,
- Wechselwirkungen zwischen strukturellen Veränderungen und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung aufgedeckt werden,
- intersektorale Zusammenhänge zwischen Expansions- und Schrumpfungsvorgängen aufgezeigt werden,
- strukturelle Entwicklungslinien herausgearbeitet werden und
- die Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt sichtbar gemacht werden.

Der Strukturbericht soll so angelegt sein, daß

- Implikationen der Wirtschaftspolitik einschließlich der gesamtwirtschaftlichen Rahmgestaltung für die Strukturen der Wirtschaft verdeutlicht,
- Hemmnisse der Strukturanpassung identifiziert und die gesamtwirtschaftlichen und intersektoralen Wirkungen strukturpolitischer Maßnahmen analysiert werden.

Bereits in der Vorstudie des DIW über die Konzeption einer Strukturberichterstattung ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß dieses Ziel im Grunde nur erreicht werden kann, wenn neben der sektoralen Dimension auch die regionale Dimension in die Betrachtung einbezogen wird.

Analog zur Aufgabe der sektoralen Strukturberichterstattung muß es bei der regionalisierten Analyse darum gehen, insbesondere

- die Ursachen des regionalen Strukturwandels zu ermitteln,
- Wechselwirkungen zwischen Veränderungen der Regionalstruktur und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufzudecken,
- interregionale Zusammenhänge zwischen Expansions- und Schrumpfungsvorgängen aufzuzeigen,
- regionalstrukturelle Entwicklungslinien herauszuarbeiten und
- die Auswirkungen des regionalen Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt sichtbar zu machen.

Sinn und Notwendigkeit einer regionalisierten Strukturberichterstattung ergeben sich sowohl aus den Erfahrungen der Wirtschaftspolitik als auch aus den raumordnungspolitischen Gegebenheiten:

- In allen konjunkturellen Phasen, in denen die im Stabilitätsgesetz formulierten Ziele der Globalsteuerung für die Bundesrepublik insgesamt erreicht waren, gab es stets zahlreiche Regionen, in denen zum Beispiel das Vollbeschäftigungsziel niemals befriedigend erfüllt werden konnte.
- Das Angebot an staatlichen Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen, die nicht durch private Güter substituiert werden können, sowie das Angebot an wichtigen nicht öffentlichen Gütern wie Wohnungen ist ungleich auf die verschiedenen Regionstypen verteilt, ohne daß eine Tendenz zum allmählichen Ausgleich festgestellt werden kann.

Hinzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt:

Jede im Rahmen der Globalsteuerung durchgeführte wirtschaftspolitische Maßnahme und jeder strukturpolitische Eingriff zur Beeinflussung der Entwicklung bestimmter Sektoren im Bundesgebiet insgesamt wirkt sich in der Regel in den verschiedenen Regionen unterschiedlich aus. Daraus entstehen nicht selten Zielkonflikte zwischen global- und strukturpolitischen Zielen auf der einen Seite und raumordnungs- und regionalpolitischen Zielen auf der anderen Seite. Die Förderung bestimmter Wachstumssektoren mit hohem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften kann beispielsweise zu unerwünschten Abwanderungen aus strukturschwachen Gebieten führen, wenn Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften einer bestimmten Qualifikation lediglich im Bundesgebiet insgesamt, nicht aber in den einzelnen Regionen übereinstimmen.

In der amtlichen Statistik stehen im allgemeinen um so mehr Daten zur Verfügung, je gröber das regionale Raster gewählt wird. Es gilt also abzuwägen zwischen einer tief gegliederten sektoralen Struktur, wie sie z. B. für die Ebene der Bundesländer zur Verfügung steht, und einer verkürzten Bereichsgliederung für Regionen unterhalb der Länderebene.

Begrenzungen dieses Spielraums ergeben sich aus zwei Gesichtspunkten:

- einmal sollte sichergestellt sein, daß diejenigen Sektoren, in denen Konfliktpotentiale für die gesamt-räumliche Entwicklung vermutet werden, auch in der regionalen Berichterstattung berücksichtigt werden;
- zum anderen sollte die regionale Dimension so gewählt werden, daß regionale Ungleichgewichte nicht verwischt werden, sondern im Gegenteil deutlich hervortreten.

Für eine Regionalisierung der Strukturberichterstattung reichen allein die Bundesländer als Analyse-räume sicherlich nicht aus. Viele Fragestellungen erfordern vielmehr eine Betrachtung von Regionen unterhalb der Landesebene. Ehe auf die Untersuchungsbereiche und die statistischen Probleme im einzelnen eingegangen wird, ist im ersten Abschnitt untersucht worden, welche räumlichen Bezugssysteme für eine Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung in Betracht kommen. Dabei müssen sowohl

- die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung (kreisscharfe Abgrenzung, Einhaltung von Ländergrenzen), als auch
- die Beziehungen zu anderen Regionsabgrenzungen auf Bundesebene (Arbeitsmarktregionen für die Gemeinschaftsaufgabe, Gebietseinheiten für das Bundesraumordnungsprogramm, Regionen für die Bundesverkehrswegeplanung); als auch
- die Beziehungen zu anderen Regionsabgrenzungen auf Länderebene (Regionen der Landesplanung), berücksichtigt werden.

In den bisher verfügbaren Untersuchungen zur Regionalisierung der wirtschaftlichen Entwicklung lag das Schwergewicht zumeist auf zwei Bereichen:

- den Bestimmungsfaktoren für die Produktionsstruktur und der daraus abgeleiteten Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wurde dabei aus regionalspezifischen Standortfaktoren im weitesten Sinne hergeleitet, unter denen das verfügbare Potential an Arbeitskräften sowie die Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen eine wichtige Rolle spielen;
- den Bestimmungsfaktoren für die Wohnortwahl der privaten Haushalte, in denen neben den Erwerbsmöglichkeiten die vielfältigen Komponenten der Wohnortgunst einer Region eine Rolle spielen.

Zusammengefaßt wurden diese beiden Analysebereiche in Form regionaler Arbeitsmarktbilanzen, in denen das Angebot und die Nachfrage nach Arbeitskräften gegenübergestellt und Hypothesen über den Ausgleich von Ungleichgewichten diskutiert wurden.

Auch im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung werden Fragen des Arbeitsmarktes im Vordergrund stehen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen haben jedoch gezeigt, daß die verfügbaren Informationen darüber hinaus auch für eine Anzahl weiterführender Untersuchungen nutzbar gemacht werden können. Dies betrifft insbesondere die folgenden Sachverhalte:

- Einbeziehung von Investitionen und Anlagevermögen in die Untersuchung über regionalspezifische Produktionsprozesse,

- weiterführende Analysen der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsstruktur, Haushaltsstruktur, Einkommen und privater Verbrauch,
- Berücksichtigung der Infrastruktur, nicht nur in Form von Indikatoren für die Standortgunst einer Region. Die verfügbaren Informationen erlauben es vielmehr, Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte so zu differenzieren, daß Aussagen sowohl über die Struktur von Infrastrukturleistungen (personelle und materielle Infrastruktur) als auch über die Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung in Form von Transferzahlungen möglich erscheint.

Die Untersuchungsbereiche, für die eine Regionalisierung aussichtsreich erscheint und in denen zudem zusätzliche Erkenntnisse über die sektorale Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik als Gesamtstaat hinaus erwartet werden können, sind hier in vier Gruppen zusammengefaßt worden:

- Produktion und Faktoreinsatz,
- Bevölkerung, privater Haushalt und Erwerbspotential,
- Einkommen und privater Verbrauch,
- öffentliche Haushalte.

Dagegen erscheinen Untersuchungen der regionalen und multiregionalen Handelsverflechtungen bei dem gegenwärtigen Informationsstand wenig aussichtsreich. In den folgenden Abschnitten wird für jeden Untersuchungsbereich geprüft, welche Analysen im Hinblick auf zusätzliche Erkenntnisse möglich erscheinen und welche Information für diese Analysen zur Verfügung stehen.

In einem weiteren Abschnitt sind die Ergebnisse der für die einzelnen Untersuchungsbereiche angestellten Überlegungen zu dem Baustein eines regionalstrukturellen Informationssystems nochmals im Zusammenhang dargestellt worden.

Den Abschluß der Untersuchung bilden die Ergebnisse einer Umfrage, in denen die Länder nach ihrem Informationsbedarf im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung für die Zwecke der regionalen Wirtschaftspolitik befragt worden sind. Gleichzeitig sollten mit dieser Umfrage diejenigen Bereiche eingegrenzt werden, in dem die Länder aufgrund eigener Informationssysteme und ihrer Detailkenntnisse von einer bundeseinheitlich durchgeführten regionalisierten Strukturberichterstattung nur wenig profitieren können.

2. Räumliche Bezugssysteme für eine regionalisierte Strukturberichterstattung

Jede Untersuchung, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen einer Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung befassen will, steht zuerst vor dem Problem der Wahl eines optimalen räumlichen Bezugssystems. Zu diesem Problemkreis hat der Bundesminister für Wirtschaft die Gutachter aufgefordert, die Möglichkeiten und Grenzen einer Regionalisierung nach Bundesländern zu untersuchen. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob längerfristig die Analyse sonstiger Regionen unter statistischen und analytischen Gesichtspunkten möglich und sinnvoll erscheint (Kreise, Regierungsbezirke, Arbeitsmarktregionen für die Gemeinschaftsaufgabe, Gebietseinheiten für das Bundesraumordnungsprogramm, Arbeitsamtsbezirke, Regionen der Landesplanung oder neu abgegrenzte homogene Wirtschaftsräume). Die besonderen Probleme einer aussagefähigen Regionalisierung im Bereich der Stadtstaaten sollten angesprochen werden. Deshalb wird in diesem Abschnitt untersucht,

- ob es notwendig ist, bei der Analyse von einer feineren regionalen Disaggregation als den Bundesländern auszugehen (Problematisierung der Ländergrenzen als Regionalisierungsebene),
- welche Möglichkeiten für eine weitergehende Regionalisierung bestehen,
- welcher Regionalisierung dann der Vorzug gegeben ist.

Das grundsätzliche Problem besteht bei der Regionalisierung darin, daß in der amtlichen Statistik umso mehr Daten zur Verfügung stehen, je gröber das regionale Raster gewählt wird. Es gilt also abzuwägen zwischen einer tief gegliederten sektoralen Struktur, wie sie z. B. für die Ebene der Bundesländer zur Verfügung steht und einer verkürzten Bereichsgliederung für Regionen unterhalb der Länderebene.

Zwei konkurrierende Aspekte begrenzen deshalb den Spielraum für eine Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung:

- einmal sollte sichergestellt sein, daß diejenigen Sektoren, in denen Konfliktpotentiale für die gesamt-räumliche Entwicklung vermutet werden, auch in der regionalen Berichterstattung berücksichtigt werden;
- zum anderen sollte die regionale Dimension so gewählt werden, daß regionale Ungleichgewichte nicht verwischt werden, sondern im Gegenteil deutlich hervortreten.

Um ein Regionalisierungskonzept herauszuarbeiten, das diesen beiden Aspekten möglichst weitgehend gerecht wird, sollen im folgenden

- die Anforderungen an ein räumliches Bezugssystem dargestellt werden,
- die Eignung bestehender räumlicher Bezugssysteme (mit dem Schwerpunkt der Bundesländerebene) für die Regionalisierung der Strukturberichterstattung geprüft werden¹,
- und ein Vorschlag für einen problemadäquaten Regionalisierungsansatz entwickelt werden.

2.1 Anforderungen an ein räumliches Bezugssystem

Erste und wichtigste Anforderung an jede räumliche Disaggregation eines Untersuchungsgebietes ist die Erfüllung des Kriteriums der Problemadäquanz. Für eine Berichterstattung über regionale Auswirkungen und regionale Determinanten des strukturellen Wandels bedeutet dies, daß die räumlichen Bezugsein-

¹ Kreise, vor allem aber Regierungsbezirke, spielen auf Länderebene nach der im Rahmen dieser Vorstudie durchgeführten Befragung sowohl als Analyse wie auch als Aktionsräume nur eine sehr untergeordnete Rolle. Sie werden deshalb nicht als eigenständige Raumeinheiten in die Prüfung einbezogen.

heiten klein genug gewählt werden müssen, um regionale Ungleichgewichte auf den Güter- und Faktormärkten deutlich hervortreten zu lassen.

Werden die Beobachtungseinheiten zu groß gewählt, so besteht die Gefahr, daß sich vorhandene räumliche Disparitäten ausgleichen und somit nicht mehr als relevantes Problem erkannt werden. Solche Nivellierungseffekte dürfen nur von einer Regionsgröße an zugelassen werden, bei der eine Aufrechnung von positiven und negativen Entwicklungen einer Kernvariablen von den politischen Entscheidungsträgern als zulässig erachtet wird.

Eine Analyse der regionalstrukturellen Entwicklung durch den Vergleich von Meßziffern für die Kernvariablen erfordert eine gewisse Homogenität der räumlichen Untersuchungseinheiten in bezug auf den Flächenumfang und die Erreichbarkeit des Regionszentrums, letztere gemessen durch die Entfernung zwischen Zentrum und Regionsgrenze². Diese horizontale Vergleichbarkeit der Untersuchungseinheiten sollte gewährleistet sein.

Das räumliche Bezugssystem für die Strukturberichterstattung müßte sich ferner in eine Hierarchie von Analyseräumen integrieren lassen. Die gewählten regionalen Einheiten sollten sich einmal aus kleineren Regionen, die für andere Zwecke schon benutzt werden, zusammenfügen lassen, zum anderen müßten sie zu größeren Einheiten sinnvoll zusammengefaßt werden können.

Des weiteren ist an den Regionalisierungsansatz die Forderung nach Kompatibilität mit den Grenzen von Raumordnung und Landesplanung sowie den räumlichen Einheiten anderer Politikbereiche zu stellen. Dies ist notwendig, um von der regionalstrukturellen Analyse Verbindungen zu den Vorstellungen und Maßnahmen der Raumordnung sowie der regionalen und sektoralen Wirtschaftspolitik ziehen zu können. Das räumliche Bezugssystem wäre an die – z. T. durch Gesetz festgeschriebenen – Grenzen von Raumordnung und Landesplanung anzupassen, gleichzeitig müßte es als Orientierungsrahmen für die notwendigen Änderungen der Regionen der Fachpolitik dienen können.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Beachtung der vorhandenen Verwaltungsgrenzen. Jeder Analyse, die sich nicht an Verwaltungsgrenzen hält, fehlt in der Regel die notwendige statistische Grundlage; jede Politik, die von dieser Forderung abweicht, ist mit Effizienzverlusten verbunden³. Insbesondere ist die Einhaltung der Verwaltungsgrenzen dann erforderlich, wenn in der Analyse auch die Einnahmen und Ausgaben von Gebietskörperschaften angesprochen werden.

Die Verfügbarkeit von statistischem Material setzt einer regionalen Disaggregation deutliche Grenzen. Die Stadt- und Landkreise sind die kleinsten Verwaltungseinheiten, für die Datenmaterial vorliegt, das den sachlichen Anforderungen einer Regionalisierung der Strukturberichterstattung in etwa genügen kann. Die Kreise wären somit der kleinste Baustein für ein eventuelles räumliches Bezugssystem unterhalb der Länderebene; eine Konstruktion von Raumeinheiten aus einzelnen Städten und Gemeinden ist nicht möglich.

Ein räumliches Bezugssystem für eine Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung müßte folglich so aufgebaut sein, daß es den Kriterien

- der Problemadäquanz,
 - der horizontalen Vergleichbarkeit,
 - der Einpassung in eine Hierarchie von Analyseräumen,
 - der Kompatibilität mit den Grenzen von Raumordnung, Landesplanung und Fachpolitiken sowie
 - der Beachtung der Verwaltungsgrenzen
- genügt.

² Vgl. R. Thoss, Bemerkungen zur Diskussion über die Abgrenzung von Regionshierarchien für die regionale Entwicklungspolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 1976, S. 37 f.

³ Vgl. auch R. Thoss, H. Mentrup, F. Plogmann, Zur Konsistenz von Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik mit der regionalen Wirtschaftspolitik, Band III: Ziel-Mittel-Beziehungen und die Konsistenz der Maßnahmen, Beiträge SWR, Band 51, Münster 1978, S. 327.

2.2 Die Eignung bestehender räumlicher Bezugssysteme

2.2.1 Bundesländer

Eine Strukturberichterstattung auf Länderebene bietet gegenüber einer gesamtäumlichen, nationalen Betrachtung einige Vorteile: Mit Hilfe tief gegliederter Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung können z. B. Unterschiede zwischen den Bundesländern in Ausmaß und Geschwindigkeit des sektoralen Strukturwandels analysiert werden. Differenzierte wirtschaftspolitische Aktivitäten der Länder und ihre Implikationen für den strukturellen Wandel können über die öffentlichen Haushalte in die Analysen einbezogen werden.

Jedoch reicht die Ebene der Bundesländer nicht in allen Fällen als räumliches Bezugssystem aus: Ein Nachteil liegt z. B. in ihrer mangelnden Eignung zur problemadäquaten Abbildung von Arbeitsmarktungleichgewichten. Auf dieser Regionalisierungsebene wären z. B. sektorale Beschäftigungsrückgänge, die in einzelnen Arbeitsmarktregionen zu erheblichen Proboemen führen können, nur indirekt darstellbar. Beispiele hierfür sind die Probleme der Werftindustrie in einzelnen Küstenregionen oder die Entwicklung der Montansektoren im Ruhrgebiet. Zur Analyse der regionalen Dimension solcher Strukturwandlungen wären kleinere räumliche Beobachtungseinheiten erforderlich.

Die unterschiedliche Größe der Bundesländer erschwert zudem eine Vergleichbarkeit der sektoralen Entwicklungen. So wären Aussagen über die regionalen Determinanten des Strukturwandels nicht möglich, da z. B. die notwendigen infrastrukturellen Vorleistungen für die Produktion in jedem Bundesland im Durchschnitt weitgehend vorhanden sein dürften, ihre Erreichbarkeit sich aber auf dieser Regionalisierungsebene einer Nachprüfung entzieht. Ähnliches gilt für andere Determinanten, wie z. B. Arbeitskräfte bestimmter Qualifikationen oder Energieversorgung.

Bei Verwendung kleinerer Regionen könnte aus dem Vorhandensein dieser Potentialfaktoren auch auf deren Erreichbarkeit in zumutbarer Entfernung geschlossen werden; für die Bundesländerebene ist dies nicht möglich.

Ist es bei den Flächenländern die zu weite Ausdehnung des Untersuchungsraumes, so müßte auf der anderen Seite bei den Stadtstaaten deren Umland mit in die Betrachtung einbezogen werden. In diesen Fällen erweisen sich die Ländergrenzen als zu eng. Hamburg und Bremen wirken in ihrer Funktion als Arbeitsmarktzentrum oder als Anbieter von hochwertigen Infrastrukturleistungen weit in ihr Umland hinaus. Eine Regionalisierung der Strukturberichterstattung hätte solche Auswirkungen zu berücksichtigen. Beispielsweise wäre eine Analyse des sektoralen Strukturwandels in (Teilen von) Schleswig-Holstein ohne Einbeziehung der Entwicklung in Hamburg kaum möglich. Für Analysen auf Länderebene müssen deshalb die Stadtstaaten mit angrenzenden Flächenstaaten zusammengefaßt werden.

Als wesentlicher Vorteil der „Regionalisierungsebene Bundesländer“ erweist sich auf der anderen Seite der sachliche Umfang des zur Verfügung stehenden Datenmaterials. Die mögliche feinere sektorale Differenzierung gleicht Nachteile bezüglich der Regionalisierung aus. Einige der für eine regionalisierte Strukturberichterstattung notwendigen statistischen Grundlagen sind zur Zeit nur auf dieser räumlichen Ebene verfügbar bzw. werden derzeit nur für diese Abgrenzung veröffentlicht.

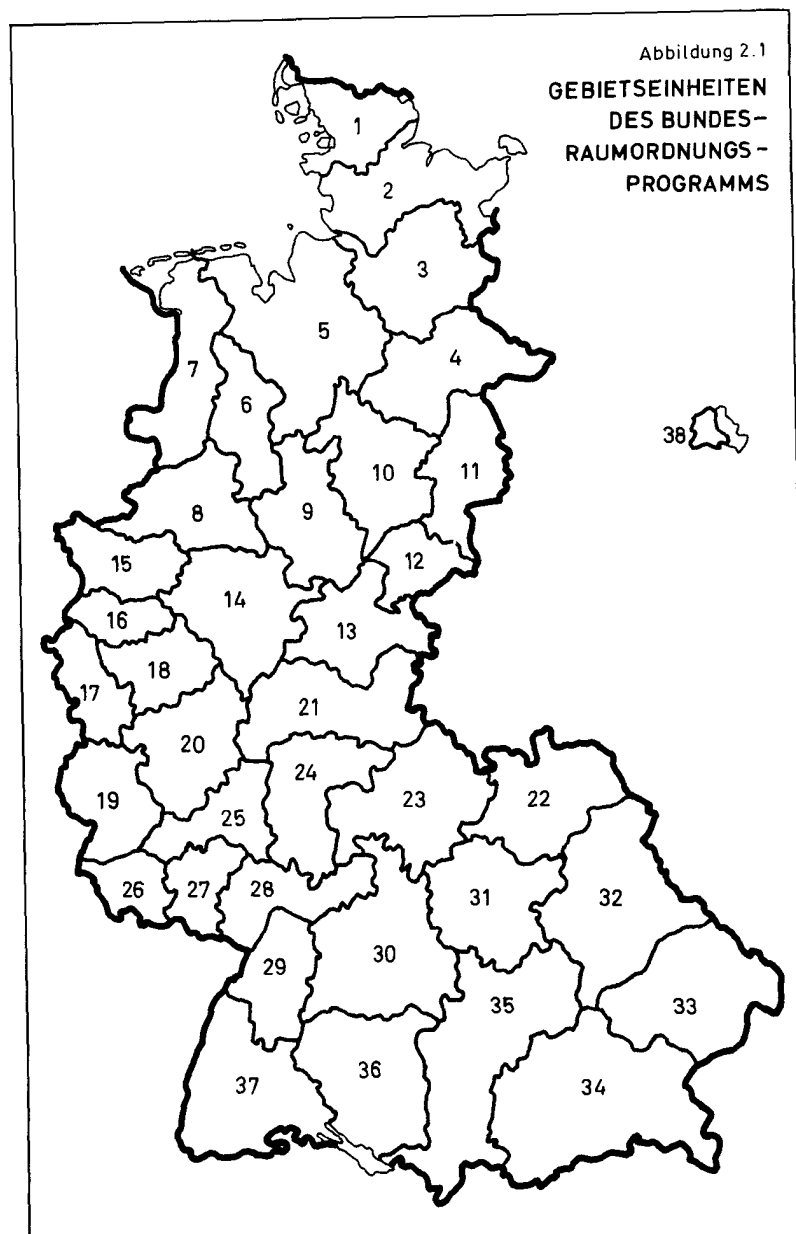
Eine Abwägung der Vor- und Nachteile dieser Regionalisierungsebene muß trotzdem zu dem Schluß führen, daß für eine Erklärung der regionalen Auswirkungen struktureller Wandlungen die Bundesländer als Beobachtungseinheit allein nicht ausreichen. Bei einer tieferen regionalen Gliederung müßten jedoch gewisse Einschränkungen in der Datenbasis hingenommen werden. Insofern erscheint (kurz- bis mittelfristig) für die Berichterstattung ein Kompromiß zweckmäßig, der sich zweier Analyseebenen bedient:

- eines Regionsrasters unterhalb der Länderebene, für den das verfügbare oder aus vorhandenen Beständen erstellbare Datenmaterial zu verwenden wäre,
- der Analyseebene der Bundesländer, für die die Analysen der kleinräumigen Ebene zusammengefaßt und durch die Verarbeitung von lediglich auf Länderebene vorliegender Datensätze ergänzt werden könnten.

Im folgenden werden verschiedene Regionsabgrenzungen daraufhin untersucht, ob sie als Grundlage für einen solchen Regionsraster unterhalb der Länderebene für die Strukturberichterstattung geeignet sind.

2.2.2 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms

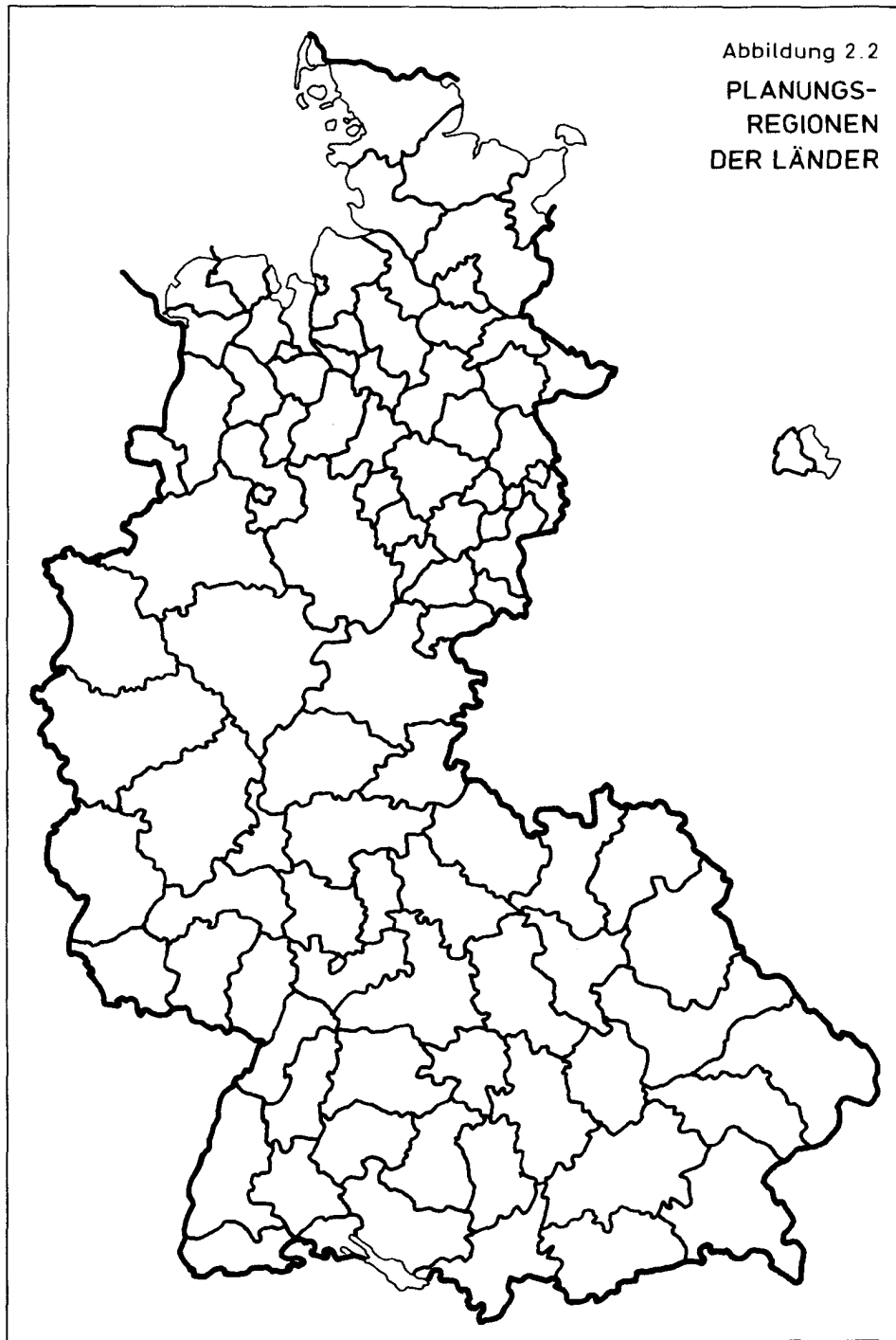
Die 38 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms (BROP) wurden zum Zweck großräumiger Analysen der raumstrukturellen Ausgangslage und der Verteilung raumwirksamer Bundesmittel, sowie für Aussagen über großräumige Erwerbs- und Infrastrukturunterschiede herangezogen (vgl. Abbildung 2.1)⁴.



Diese Regionen sind weitgehend kompatibel mit den Regionen der Landesplanung, sie berücksichtigen die Kreisgrenzen, überschreiten jedoch zum Teil die Landesgrenzen. Ihre wesentlichen Nachteile sind die mangelnde Vergleichbarkeit – ihre Flächenausdehnung beträgt zwischen 480 km² und knapp 14 000 km² – und die mangelnde Problemadäquanz des Regionszuschnitts. Die Regionsgröße würde bei der Analyse

⁴ Vgl. R. Lutze, Kurzdokumentation von bestehenden Raumgliederungen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 1976, S. 66 f.

zu unerwünschten Nivellierungseffekten führen. Die Verfügbarkeit von statistischem Material wird durch die Zusammensetzung der BROP-Regionen aus Kreisen bestimmt. Für die Gebietseinheiten stehen somit nur Daten zur Verfügung, die auf Kreisebene erhoben bzw. veröffentlicht werden. Da jedoch kleinräumige Regionsabgrenzungen existieren, die bei gleichem Datensatz differenziertere Aussagen zulassen, sollte von einer Verwendung der Gebietseinheiten als räumliches Bezugssystem für die Strukturberichterstattung abgesehen werden.



2.2.3 Planungsregionen der Länder

Die Bundesländer haben für die Zwecke ihrer eigenen Landesplanung 98 Planungsregionen abgegrenzt. Diese dienen als räumliche Einheiten für die Schaffung einer ausgewogenen regionalen Entwicklung und damit zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in einem Land (vgl. Abbildung 2.2).

Die Planungsregionen erfüllen die Anforderungen an ein räumliches Bezugssystem für die Strukturberichterstattung in mehreren Punkten. Sie sind klein genug, um räumliche Disparitäten erkennbar zu machen, sind mit den Ländergrenzen (der Flächenstaaten) voll vereinbar und beachten mit wenigen Ausnahmen die Kreisgrenzen. Durch die Verfügbarkeit von statistischem Material auf der Kreisebene ist eine vertretbare Datenbasis für die Analyse der strukturellen Entwicklung grundsätzlich beschaffbar.

Als nachteilig müssen jedoch diese wenigen Bereiche, in denen die Kreisgrenzen nicht eingehalten werden, festgehalten werden. Vor allem aber fehlt den Planungsregionen die horizontale Vergleichbarkeit. Sie umfassen einerseits Gebiete, die mit ihrer Größe an der oberen Grenze liegen (z. B. die Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen), andererseits sehr kleine Regionen, wie die niedersächsischen Kreise und kreisfreien Städte. Dieses bedingt, daß von den 98 Planungsregionen allein 44 Regionen auf Niedersachsen entfallen, während der Rest des Bundesgebietes in 54 Raumeinheiten aufgeteilt wäre. Deshalb sind in Niedersachsen eine Reihe von Kreisen und kreisfreien Städten zusammenzufassen, in Nordrhein-Westfalen die Regierungsbezirke zu unterteilen.

2.2.4 Statistische Einheiten der Bundesverkehrswegeplanung

Für die Zwecke der Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung ist das Gebiet der Bundesrepublik in 79 statistische Raumeinheiten eingeteilt worden (vgl. Abbildung 2.3). Diese Abgrenzung erfolgte nach rein funktionalen Gesichtspunkten. Ermittelt wurden unter verkehrstechnischen Gesichtspunkten Zentren als Schwerpunkte des Verkehrs und mit ihren Einzugsbereichen. Die Regionen bilden die Grundlage für „Ermittlungen auf den Gebieten der Straßenverkehrstechnik und Straßenverkehrszählungen“⁵.

Diese Abgrenzung wird dem Kriterium der Problemadäquanz nicht gerecht, weil sie lediglich auf bestehende Verkehrsbeziehungen ausgerichtet ist. Daraus folgt eine sehr unterschiedliche Flächenausdehnung, die die horizontale Vergleichbarkeit erschwert. Die Stadtstaaten sind bei dieser Abgrenzung eigenständige Regionen, so daß deren Integration in ihr Umland bei der Analyse der strukturellen Entwicklung nicht berücksichtigt werden könnte. In eine Hierarchie von Analyseräumen wären die Regionen der Bundesverkehrswegeplanung nur mit Schwierigkeiten zu integrieren, weil sie mit einem wichtigen Baustein einer solchen Hierarchie, den BROP-Regionen, in mehreren Fällen nicht kompatibel sind. Da die Abgrenzung der räumlichen Einheiten für die Verkehrswegeplanung auf Kreisen beruht, würde die Verfügbarkeit von Datenmaterial durch den Stand der Kreisstatistik bestimmt.

Der funktionale Zuschnitt der Regionen in Verbindung mit der Nichtberücksichtigung der Stadtstaatenproblematik lassen es nicht angeraten erscheinen, die statistischen Einheiten der Bundesverkehrswegeplanung einer Regionalisierung der Strukturberichterstattung zugrunde zu legen.

2.2.5 Arbeitsamtsbezirke

Für die Zwecke der Arbeitsverwaltung ist das Gebiet der Bundesrepublik in 142 Arbeitsamtsbezirke eingeteilt, die zu 9 Landesarbeitsamtsbezirken zusammengefaßt werden (vgl. Abbildung 2.4).

Die Arbeitsamtsbezirke zeichnen sich durch extreme Größenunterschiede aus; eine zumutbare Entfernung zum Zentrum ist bei einem Großteil der Bezirke nicht gegeben, die Vergleichbarkeit von Maßziffern ist dadurch stark eingeschränkt. In eine Hierarchie von Analyseräumen sind diese Regionen nicht einfügbar, mit den Grenzen von Raumordnung und Landesplanung ist die Abgrenzung nicht kompatibel.

⁵ R. Lutze, Kurzdokumentation von bestehenden Raumgliederungen, a. a. O., S. 75.

Abbildung 2.3
STATISTISCHE
EINHEITEN
DER BUNDES-
VERKEHRSWEGE-
PLANUNG

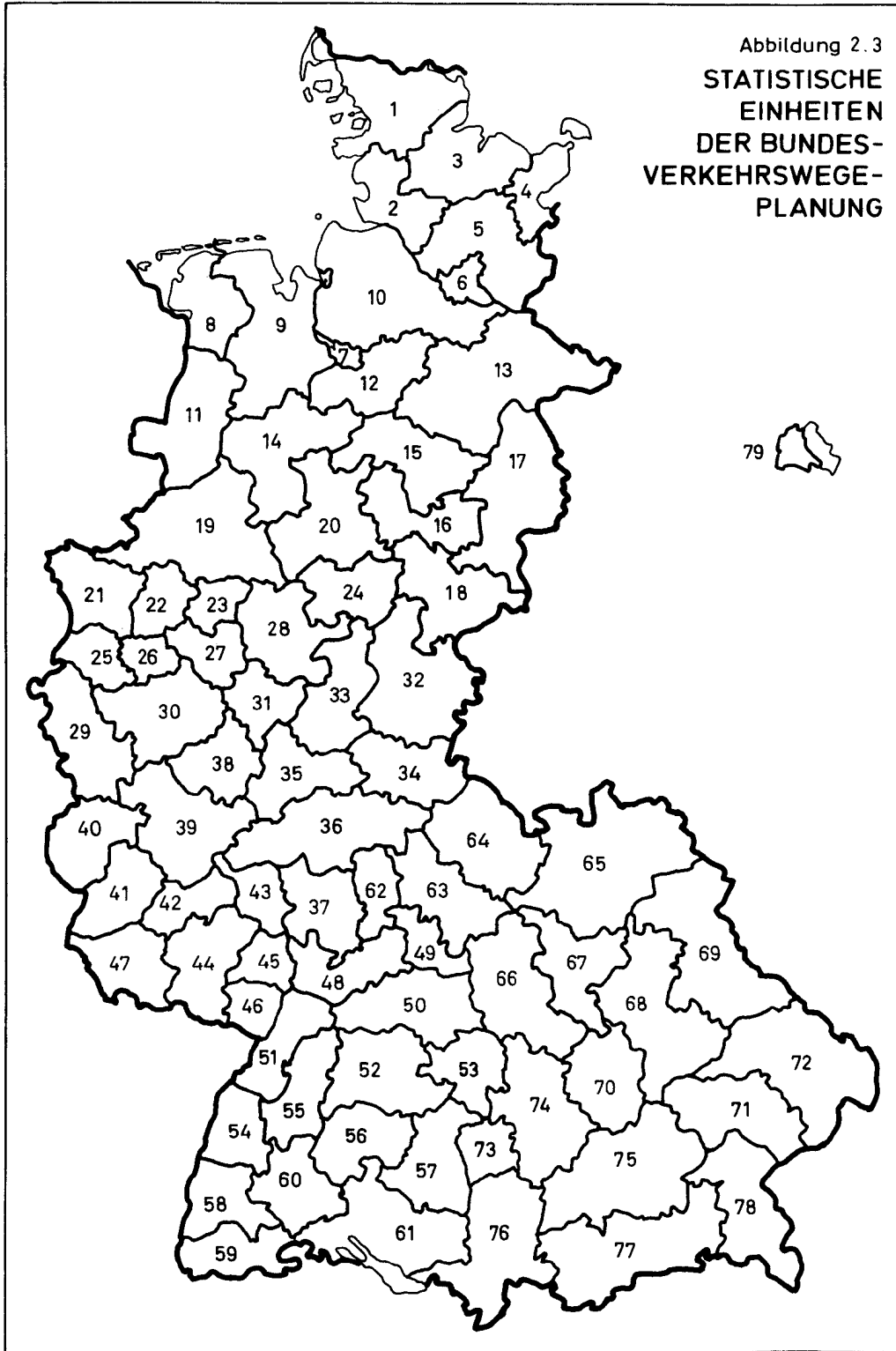
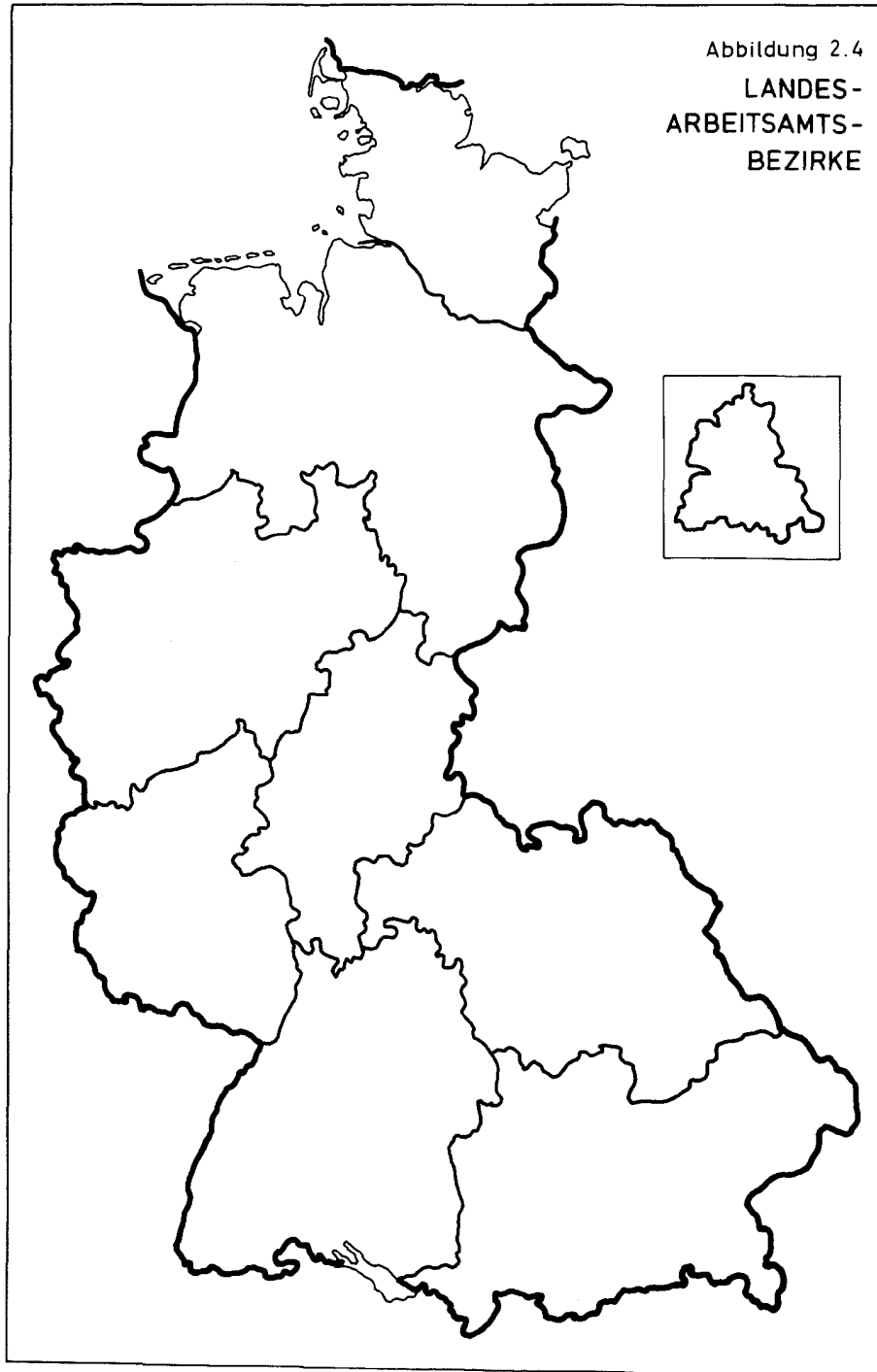


Abbildung 2.4
LANDES-
ARBEITSAMTS-
BEZIRKE



Der größte Nachteil ergibt sich jedoch durch die mangelnde Abstimmung mit Verwaltungsgrenzen. In sehr vielen Fällen werden die Grenzen der Kreise nicht eingehalten, so daß eine breite Informationsbasis nicht gegeben ist. Die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht zwar für Arbeitsamtsbezirke wichtige Daten über Probleme des Arbeitsmarktes (Beschäftigtenstatistik, Statistik der Arbeitsvermittlung), diese bilden jedoch nur einen Ausschnitt aus der insgesamt notwendigen Informationsbasis und sind zudem auch für Kreise prinzipiell verfügbar.

Hinsichtlich der Problemadäquanz wäre eine Einteilung des Bundesgebietes in 142 Regionen für die Strukturberichterstattung sicherlich positiv zu bewerten. Da aber die Arbeitsamtsbezirke selbst für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wegen der Nichtbeachtung von Verwaltungsgrenzen als ineffizientes Regionssystem angesehen werden⁶, und eine breite statistische Datenbasis aus dem gleichen Grund nicht erstellbar ist, scheidet diese Regionsgliederung als räumliches Bezugssystem für die Strukturberichterstattung aus.

2.2.6 Räumliche Gliederungen für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Zur Analyse der regionalen Wirtschaftsstruktur und für den Einsatz regionalpolitischer Maßnahmen ist das Bundesgebiet in regionale Arbeitsmärkte eingeteilt worden. Bei diesen Arbeitsmarktregionen (in der Fassung für die vorgesehene Neuabgrenzung der Fördergebiete) handelt es sich um 179 gemeinscharfe Gebietseinheiten⁷, die auf der Grundlage der in der Pendlerstatistik 1970 zum Ausdruck kommenden Verflechtungen ermittelt wurden. Da trotz vorgesehener Sonderaufbereitungen nicht alle Indikatoren für die Ermittlung der Fördergebiete gemeindefarf berechnet werden können, erwies sich eine kreisscharfe Approximation der Arbeitsmarktregionen durch 166 Diagnoseräume als erforderlich⁸. Die gemeindefarfen Arbeitsmarktregionen scheiden als räumliches Bezugssystem für die Strukturberichterstattung wegen der fast völlig fehlenden Datenbasis von vornherein aus. Zudem fehlt ihnen die Kompatibilität mit den Grenzen von Raumordnung und Landesplanung. Zu prüfen ist deshalb die Eignung der kreisscharfen Diagnoseräume (vgl. Abbildung 2.5).

Deren wesentlicher Nachteil besteht darin, daß in mehreren Fällen Kreise gleichzeitig zwei Diagnoseräume zugeordnet werden (in Abbildung 2.5 schraffiert dargestellt). Ein Vergleich von Meßziffern für die Kernvariablen ist dadurch nicht möglich; Beziehungen zwischen regionaler und gesamträumlicher Entwicklung können nicht abgebildet werden, da die Addition der Meßziffern zu Werten führt, die entsprechende gesamträumliche Ergebnisse übersteigen. Ferner überschreiten die Diagnoseräume in mehreren Fällen die Grenzen der Bundesländer; die in früheren Fassungen dieser Regionseinteilung annähernd gegebene Kompatibilität mit Grenzen von Raumordnung und Landesplanung und die weitgehende Hierarchiefähigkeit durch die Möglichkeit der Zusammenfassung zu Planungsregionen ist vermindert worden.

Hinsichtlich der Problemadäquanz der Regionseinteilung ist festzustellen, daß die Einteilung des Bundesgebietes in 166 Einheiten prinzipiell regionalstrukturelle Entwicklungen sichtbar macht und Nivellierungseffekte vermeidet. Die Ableitung der Regionalisierung aus beobachteten Pendelbewegungen der Vergangenheit anstelle einer normativ festgelegten zumutbaren Entfernung zwischen Regionsgrenze und Arbeitsmarktzentrum führt jedoch ebenfalls zu beträchtlichen Unterschieden in der Regionsgröße, die die Eignung dieses Ansatzes vermindern.

Die Verfügbarkeit von statistischem Datenmaterial wird – wie bei allen aus Kreisen gebildeten räumlichen Einheiten – durch den Stand der Kreisstatistik bestimmt.

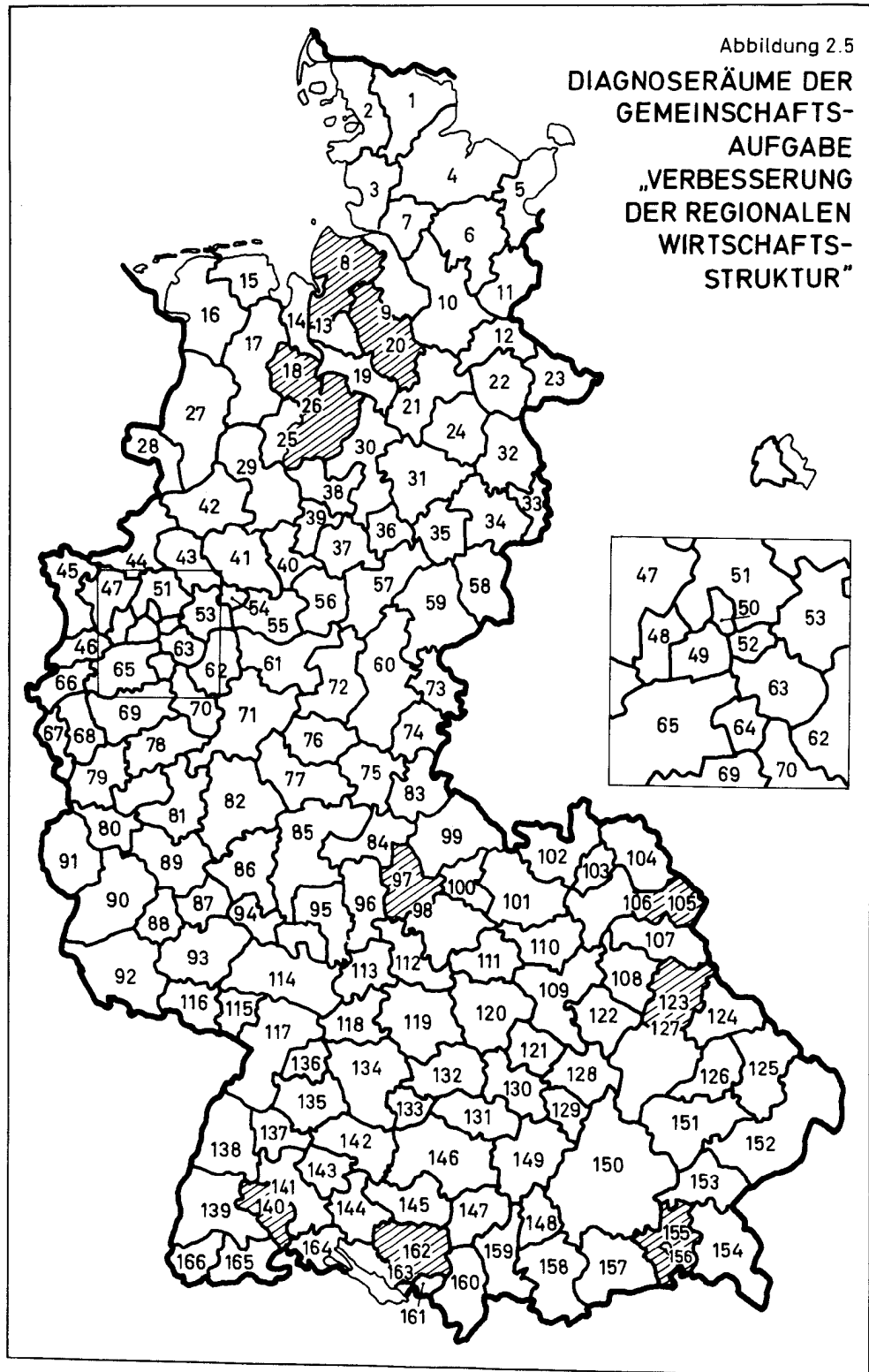
In erster Linie wegen der Doppelzählungen, aber auch wegen der mangelnden Kompatibilität mit den Grenzen von Raumordnung und Landesplanung, sollte von der Verwendung dieses Regionalisierungsansatzes als räumliches Bezugssystem Abstand genommen werden.

⁶ Vgl. z. B. P. G. Jansen, K. Illerhaus, Abgrenzung arbeitsmarktpolitischer Aktionsräume in Nordrhein-Westfalen, Schriftenreihe Arbeit und Beruf, Band 14, herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1975, S. 66.

⁷ Vgl. P. Klemmer, H. Schrupf, Regionale Arbeitsmärkte und Diagnoseeinheiten für die Zwecke der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – Gebietsstand 1979 –, korrigierte Endfassung, Diskussionspapiere der Ruhruniversität Bochum, Heft 8, August 1979.

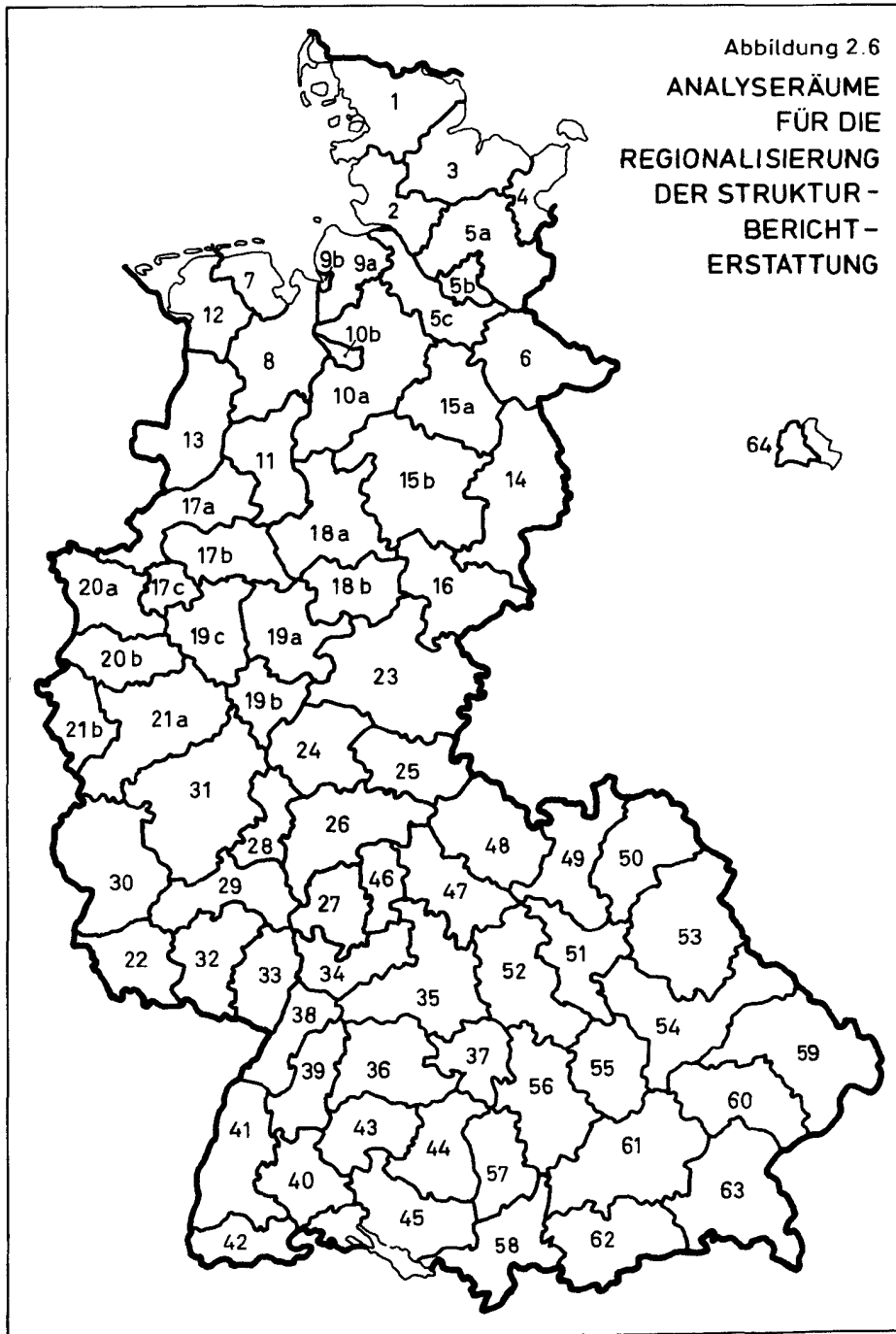
⁸ Vgl. ebenda, S. 55 ff.

Abbildung 2.5
DIAGNOSERÄUME DER
GEMEINSCHAFTS-
AUFGABE
„VERBESSERUNG
DER REGIONALEN
WIRTSCHAFTS-
STRUKTUR“



2.3 Vorschlag für ein räumliches Bezugssystem unterhalb der Länderebene

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Eignung einiger bestehender Regionalisierungsansätze als Grundlage für die Strukturberichterstattung geprüft. Aus unterschiedlichen Gründen, vor allem wegen fehlender Problemadäquanz, mangelnder Vergleichbarkeit oder Nichtbeachtung von Verwaltungsgrenzen, erwiesen sich die vorgestellten räumlichen Gliederungen als weniger geeignete Bezugssysteme. Auch der Verflechtung der Stadtstaaten mit ihrem Umland wurden die Gliederungen in der Regel nicht gerecht.



Aus den Anforderungen an ein räumliches Bezugssystem wurde deshalb ein Regionalisierungsvorschlag entwickelt, der das Gebiet der Bundesrepublik in 64 „Analyseräume“ gliedert (vgl. Abbildung 2.6). Diese regionale Disaggregation weist die folgenden Eigenschaften auf:

- Sie ist kreisscharf, d. h. die Regionen bestehen jeweils aus mehreren ganzen Landkreisen und kreisfreien Städten. Dadurch ist eine breite statistische Basis für die Analyse der strukturellen Entwicklung gesichert.
- Der Regionszuschnitt ist problemadäquat. Die Räume sind klein genug, um Disparitäten erkennbar zu machen, sie vermeiden somit unerwünschte Nivellierungseffekte bei der Analyse. Gleichzeitig sind die Regionen groß genug, um den Verflechtungen von Zentren mit ihrem Umland Rechnung zu tragen.
- Die Stadtstaatenproblematik wurde bei der Abgrenzung berücksichtigt, indem für Hamburg und Bremen räumliche Einheiten mit mehreren Subregionen gebildet wurden. Diese Analyseräume enthalten die Stadtstaaten als Zentrum und ein bzw. zwei Umlandregionen, die aus benachbarten Kreisen gebildet wurden.
- Durch die Bildung dieser Subregionen können die Ländergrenzen in allen Fällen berücksichtigt werden. Dadurch lassen sich Ländersummen bilden und mit anderen Informationen auf Länderebene (insbesondere der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) vergleichen.
- In bezug auf die Flächenausdehnung wurde versucht, Größenunterschiede so weit wie möglich zu vermeiden, um eine horizontale Vergleichbarkeit sicherzustellen.
- In fast allen Ländern stimmen die Grenzen der Regionen mit denen der Regionen von Raumordnung und Landesplanung überein. In Niedersachsen handelt es sich um Entwicklungsregionen, in den übrigen Ländern wurde hinsichtlich der Planungsregionen lediglich eine Anpassung an die Verwaltungsgrenzen der Kreise vorgenommen.
- Durch Zusammenfassung von Subregionen lassen sich für benachbarte Gebiete mit ähnlicher Problemlage gemeinsame Aussagen machen, z. B. durch Zusammenfassung der Analyseräume 17c, 19c und 20a für das Ruhrgebiet.
- Die Analyseräume lassen sich in eine Hierarchie räumlicher Einheiten einfügen. Da die Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms an die Planungsregionen der Länder angepaßt werden sollen, können die Analyseräume zu (neuen) BRÖP-Gebietseinheiten zusammengefaßt werden; sie selbst bilden Zusammenfassungen von „Zentralörtlichen Verflechtungsbereichen mittlerer Stufe“, die für die Aktivitäten von Raumordnung und Landesplanung bedeutsam sind.
- Bei den Analyseräumen handelt es sich um eine räumliche Disaggregation, auf die sich u. E. auch die Fachressorts bei einer eventuellen Änderung ihrer eigenen Regionsabgrenzungen einigen könnten.
- Bezüglich der Verfügbarkeit von Datenmaterial werden die Möglichkeiten durch den Stand der Kreisstatistik bestimmt. Da die Analyseräume aus Zusammenfassungen mehrerer Kreise bestehen, ist die Gefahr von Datenlücken aus Geheimhaltungsgründen jedoch gering.

Insgesamt gesehen erfüllen die 64 Analyseräume weitestgehend die Anforderungen an ein räumliches Bezugssystem für eine regionalisierte Strukturberichterstattung. Dieses Regionalisierungskonzept erlaubt eine sektorale Gliederung, die diejenigen Sektoren berücksichtigen kann, in denen Strukturprobleme vermutet werden; gleichzeitig ist die regionale Dimension so angelegt, daß regionale Ungleichgewichte deutlich hervortreten.

3. Produktion und Faktoreinsatz im Unternehmensbereich

Im Rahmen einer Regionalisierung der Strukturberichterstattung kommt diesem Untersuchungsbereich zentrale Bedeutung zu. Die Produktion und der damit verbundene Einsatz von Produktionsfaktoren stehen einerseits in unmittelbarer Beziehung zu Zielindikatoren der regionalen Entwicklung, weil die Werte dieser Indikatoren weitgehend von der Entwicklung der Produktion abhängen, andererseits zeigt sich an der Veränderung dieser Variablen die Wirkungen verschiedener Ursachen des Strukturwandels.

3.1 Produktion

Üblicherweise wird der Zielerfüllungsgrad im Hinblick auf Wachstum, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit mit Indikatoren gemessen, die sich aus dem Produktionsergebnis einer Region ableiten lassen: Das Wachstumsziel z. B. durch die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, das Gerechtigkeitsziel durch das mit der Produktion entstehende Einkommen pro Kopf und das Stabilitätsziel durch den Anteil der Produktion in schrumpfenden und stagnierenden Branchen an der regionalen Gesamtproduktion. Damit können aus den Informationen über das Niveau und die sektorale Struktur der regionalen Produktion unmittelbar Anhaltspunkte darüber gewonnen werden, in welchen Regionen globale und regionalpolitische Ziele verletzt sind und wo deshalb vorrangig wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Auf der anderen Seite werden durch Maßnahmen der Wirtschaftspolitik eine Reihe von Faktoren beeinflusst, die selbst wiederum Niveau und Struktur der regionalen Produktion bestimmen. Die Produktion ist somit ein besonders wichtiges Bindeglied für die Analyse der Zusammenhänge zwischen den Ursachen und Wirkungen der regionalen Strukturentwicklung.

3.1.1 Bestimmungsgründe der regionalen Produktionsstruktur

Die Entwicklung des Niveaus und der sektoralen Struktur der regionalen Produktion hat ihre Ursachen in den Veränderungen des Angebots und der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Die tatsächliche Entwicklung wird von der Nachfrageseite her bestimmt, wenn die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen geringer ist als das mögliche Angebot und von der Angebotsseite her, wenn die Nachfrage größer ist als das reale Angebot. Die im Rahmen einer Regionalisierung der Strukturberichterstattung durchzuführenden Analysen der regionalen Produktionsstrukturen und ihre Determinanten müssen dementsprechend einen Nachfrage- und Angebotsaspekt haben.

Auf der Nachfrageseite wird die Entwicklung der regionalen Produktionsstruktur durch den privaten und öffentlichen Konsum, die privaten und öffentlichen Investitionen und den regionalen Außenhandel bestimmt, auf der Angebotsseite durch das Kapital-, Arbeits- und Infrastrukturpotential und den technischen Fortschritt. Für Analysen im Rahmen der regionalisierten Strukturberichterstattung kam von den Nachfragekomponenten in erster Linie die von den privaten und öffentlichen Haushalten sowie den in der Region ansässigen Unternehmen ausgeübte Nachfrage in Betracht, auf die an anderer Stelle eingegangen wird. Dagegen bereiten die Analysen der interregionalen Handelsströme heute auch kaum zu überwindende Schwierigkeiten, so daß empfohlen wird, diesen Bereich vorerst aus der regionalisierten Strukturberichterstattung auszuklammern (vgl. hierzu auch Abschnitt 7).

Die Produktionsmöglichkeiten einer Region werden zu einem bestimmten Zeitpunkt determiniert durch den Bestand an Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, die Produktionstechnologie und die Ausstattung der Regionen mit materieller Infrastruktur. Die Faktoren Arbeit und Kapital sind im allgemeinen gegenein-

ander substituierbar, während Infrastrukturkapital nur in sehr beschränktem Maße durch Arbeit und privates Kapital ersetzt werden kann.

Die Veränderung des Niveaus und der sektoralen Struktur der regionalen Produktionskapazitäten hängt von der Veränderung der drei genannten Potentialfaktoren ab:

- Veränderungen des Kapitalpotentials können sich im Umfang der Nettoinvestitionen bzw. unterlassener Ersatzinvestitionen sowie durch qualitative Änderungen in der Zusammensetzung des Kapitalbestandes ergeben.
- Die Veränderung des Arbeitspotentials hängt ab von der Veränderung des Erwerbspotentials in quantitativer und qualitativer Hinsicht sowie der Entwicklung der Arbeitszeit.
- Die Veränderung des Infrastrukturpotentials wird bestimmt durch Investitionen im Energie- und Verkehrsbereich, in der Wasserversorgung, in der Abwasserbeseitigung etc.

Ein Teil dieser Größen wird durch die verschiedenen Maßnahmen der Globalsteuerung sowie der regionalen und sektoralen Strukturpolitik beeinflusst. Dadurch werden zusätzliche und in der Regel anders als bisher strukturierte regionale und sektorale Produktionsmöglichkeiten geschaffen. Solche Maßnahmen sind z. B.:

- Förderung von privaten Investitionen, mit der der Einsatz von Arbeit und Kapital sowie die verwendete Technologie beeinflusst wird.
- Forschungs- und Technologieförderung, durch die die Produktivität der Faktoren verbessert wird oder neue Produkte eingeführt werden können.
- Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung, durch die in späteren Perioden das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften vergrößert wird. Dadurch werden die Voraussetzungen für die Ansiedlung und Erweiterung von solchen Betrieben geschaffen, die höhere Ansprüche an die Qualifikation der Arbeitskräfte stellen.
- Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrs- und Energiebereich, mit dem die Produktionsmöglichkeiten von Betrieben, die diese Infrastruktureinrichtungen als Vorleistungen benötigen, erweitert oder überhaupt erst geschaffen werden.

Da die Regionen in sehr unterschiedlichem Maße mit diesen (und anderen) Potentialfaktoren ausgestattet sind, sollte im Rahmen der RBS untersucht werden, wie sich der Wandel der Produktionsstrukturen in Abhängigkeit von diesen Potentialfaktoren vollzogen hat. Als Instrument für derartige Analysen lassen sich regional und sektoral differenzierte Produktionsfunktionen einsetzen, die die Beziehungen zwischen der Produktionskapazität und den Faktoren Arbeit und Kapital sowie dem technischen Fortschritt beschreiben:

$$Y_i = w_i X_i = f_i (A_i, K_i, t)$$

Die Indices i und r stehen für Sektor bzw. Region. Ferner bedeuten

Y = Bruttoinlandsprodukt
 X = Bruttoproduktionswert
 w = Wertschöpfungsquote
 K = Kapitalstock
 A = Arbeitseinsatz
 t = Zeitvariable

Durch die Indizierung des Funktionszeichens f soll angezeigt werden, daß der produktionstechnische Zusammenhang für jeden Sektor und jede Region unterschiedlich sein kann, also regional und sektoral verschiedene Produktionstechnologien bestehen können. Mit der Zeitvariablen t soll der technische Fortschritt bezeichnet werden, der eine Niveaushiftung der Produktionsfunktion im Entwicklungsprozeß bewirkt.

Der Potentialfaktor „Infrastruktur“ wurde in dieser substitutionalen Beziehung nicht als Argument aufgenommen, weil eine Substituierbarkeit von Arbeit und Kapital einerseits und Infrastruktur andererseits in

der Realität kaum gegeben sein dürfte. Plausibler erscheint dagegen die Hypothese, daß die Infrastruktur eine notwendige Bedingung für die privaten Produktionsaktivitäten darstellt, die die Produktion limitiert, wenn sie nicht ausreichend vorhanden ist, ohne daß eine Erhöhung der Infrastrukturausstattung allein zwangsläufig eine Produktionssteigerung zur Folge hat. Dieser Zusammenhang zwischen Produktion und Infrastruktur läßt sich durch folgende Ungleichung beschreiben:

$$Q'_k \geq h_k (X'_1, X'_2 \dots X'_n)$$

Hierbei bezeichnet Q'_k den regionalen Bestand an Infrastruktur des Typs k und h_k gibt an, wieviel Input an Infrastruktur des Typs k in Abhängigkeit von den sektoralen Produktionswerten benötigt wird.

Für die Bundesrepublik gibt es bereits einige Versuche, Analysen in dieser Richtung durchzuführen⁹. Sie zeigen, daß der hier beschriebene Weg einer empirischen Analyse der Entwicklung von Niveau und Struktur des regionalen Produktionspotentials grundsätzlich gangbar ist. Für eine weiterführende Analyse sind allerdings im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung differenziertere und umfassendere Untersuchungen erforderlich, die durch Sonderaufbereitung vorhandener Statistiken aber ohne zusätzliche neue Erhebungen möglich sind.

Bei Kenntnis der dargestellten Zusammenhänge lassen sich z. B. folgende Informationen für die regionale und sektorale Wirtschaftspolitik gewinnen:

- Welche Auswirkungen haben Veränderungen der in Unternehmen eingesetzten Potentialfaktoren auf die regionalen und sektoralen Produktionskapazitäten gehabt? Daraus kann dann abgeleitet werden, wie groß der Wachstumsbeitrag der beiden Faktoren in den Regionen und Sektoren war. Eine solche Analyse liefert Anhaltspunkte darüber, auf welche interregionale und intersektorale Allokation der Faktoren Arbeit und Kapital hingewirkt werden müßte, wenn ein möglichst hohes Wachstum der Gesamtwirtschaft erreicht werden soll.
- In welchen Regionen und Sektoren wurde der Strukturwandel durch die Knappheit der Faktoren Arbeit und/oder Kapital gehemmt oder sogar verhindert und in welchem Umfang müßte die Ausstattung mit diesen Potentialfaktoren verbessert werden, um die Voraussetzungen für anders strukturierte Produktionsmöglichkeiten zu schaffen?
- In welchem Umfang wurden durch die Kapitalintensivierung der sektoralen Produktion sowie die Umstrukturierung zugunsten kapitalintensiv produzierender Branchen Arbeitskräfte freigesetzt und welche Regionen sind hiervon besonders betroffen?
- Wie stark differieren die regionalen Produktionstechnologien und welche Auswirkungen gingen von der Einführung verbesserter Technologien auf den Einsatz von Kapital und Arbeit sowie Niveau und Struktur der Produktionskapazitäten aus?
- In welchen Regionen wurde der Wandel der Produktionsstruktur durch die ungenügende Ausstattung mit Infrastruktur gehemmt und wie müßte der Ausbau der Infrastrukturkapazitäten erfolgen, damit sich der gewünschte Strukturwandel reibungslos vollziehen kann?

⁹ Vgl. H. J. Schalk, Die Bestimmung regionaler und sektoraler Produktivitätsunterschiede durch die Schätzung von Produktionsfunktionen, Münster 1976; R. Thoss, H. Mentrup, F. Plogmann, Zur Konsistenz von Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik mit der regionalen Wirtschaftspolitik, Band III, S. 201 ff., Münster 1978; D. Biehl u. a., Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials, Kieler Studien, Bd. 133, Tübingen 1975.

3.1.2 Regionalstrukturelles Informationssystem

Für die gesamtäumliche sektorale Strukturberichterstattung werden als Indikatoren für die Produktionsstruktur Angaben für die Bruttoproduktionswerte und die Beiträge zur Bruttowertschöpfung von 1960 an jährlich nach 60 Wirtschaftsbereichen vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.

Als Grundlage für eine Regionalisierung können die Berechnungen dienen, die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder auf Länder- und Kreisebene durchgeführt werden. Für die Ebene der Länder werden z. Zt. in den Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter die Bruttoproduktionswerte und die Bruttowertschöpfung gegliedert nach 11 zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Für die Bruttowertschöpfung wird angestrebt, die tiefere Gliederung der Bundesrechnung zu übernehmen, sobald die Datenbasis genauere Berechnungen ermöglicht. Aber auch bei dieser Gliederung wird die für die Regionalisierung anzustrebende Disaggregation des warenproduzierenden Gewerbes nach den Zweistellern der SYPRO nicht eingehalten. Im Rahmen der von den Landesämtern durchzuführenden Berechnungen werden die meisten dieser Bereiche allerdings noch tiefer in sog. Berechnungsbereiche untergliedert, die im Prinzip eine Erstellung der Daten nach den zweistelligen SYPRO-Positionen, wie sie in der nachfolgenden Übersicht zusammengestellt sind, erlauben. Eine Regionalisierung der Produktionswerte dürfte somit auf Länderebene in der gewünschten sektoralen Gliederung ohne zusätzliche Erhebungen im Zuge der bereits durchgeführten Länderberechnungen realisierbar sein.

Zur Regionalisierung von Produktionswerten für räumliche Einheiten unterhalb der Länderebene ist von den Kreisberechnungen auszugehen, die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder in zweijährigem Abstand durchgeführt werden. Die Berechnungen erfolgen nur für die Bruttowertschöpfung. Hierzu werden die zum großen Teil originär berechneten Landeswerte der Bruttowertschöpfung in tiefer sektoraler Gliederung nach einem besonderen Schlüsselverfahren auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilt. Zur Veröffentlichung werden dann allerdings die Berechnungen für die 132 Schlüsselbereiche zu vier Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt.

Für die Regionalisierung ist auf jeden Fall eine tiefere sektorale Gliederung anzustreben. Dies dürfte auch möglich sein, ohne daß die Geheimhaltungspflicht verletzt wird, wenn für die regionalisierte Strukturberichterstattung die einzelnen Kreise zu Analyseräumen zusammengefaßt werden. Allerdings dürfte es kaum möglich sein, hierbei die sektorale Gliederung nach den Zweistellern der SYPRO beizubehalten. Vorstellbar wäre aber eine sektorale Gliederung der Werte mindestens nach den 14 Sektoren, die auch den Input-Output-Tabellen des DIW zugrunde liegen¹⁰. Auch diese Berechnungen könnten ohne zusätzliche Erhebungen durchgeführt werden.

Übersicht 3.1
Gliederung der Wirtschaftsbereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen¹¹

Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970 (Produzierendes Gewerbe WZ rev. 1976)*			
Bereich	Bezeichnung	WZ 1970 bzw. WZ rev. 1976	SYPRO**
		Nummer	
Unternehmen	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei; Produzierendes Gewerbe; Handel; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe; Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht (einschl. Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen; Einfuhr und Vorratstellen)***	0-7 (einschl. T. a. 80 4, 80 5, 80 6; T. a. 9. 70 0)	

¹⁰ Vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW wurde für diese Sektoren und 13 Regionen des Landes bereits eine solche Sonderrechnung durchgeführt. Die Daten sind teilweise veröffentlicht in: H. D. Schalk, Die Bestimmung regionaler und sektoraler Produktivitätsunterschiede durch die Schätzung von Produktionsfunktionen, Münster 1976.

¹¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1: Konten und Standardtabellen 1978, S. 40 ff.

noch Übersicht 3.1

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	0	
Landwirtschaft	Allgemeine Landwirtschaft; Garten- und Weinbau; Landwirtschaftliche Tierhaltung und -zucht; Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe	00 0 – 00 2; 00 9	
Forstwirtschaft, Fischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung	Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht, gewerbliche Gärtnerei und gewerbliche Tierhaltung	00 5; 05	
Warenproduzierendes Gewerbe****	Produzierendes Gewerbe	1–3	10–77
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1	10, 21
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme-, und Wasserversorgung	10	10
Bergbau	Bergbau	11	21
Kohlenbergbau	Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei; Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	110; 111	2111, 2114
Übriger Bergbau	Erzbergbau; Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen; Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen; Gewinnung von Erdöl, Erdgas; Sonstiger Bergbau, Torfgewinnung	113–118	2130–2180
Verarbeitendes Gewerbe****	Verarbeitendes Gewerbe	2	22–69
Chemische Industrie; Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	Chemische Industrie; Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	200, 201	40; 24
Mineralölverarbeitung	Mineralölverarbeitung	205	22
Herstellung von Kunststoffwaren	Herstellung von Kunststoffwaren	210	58
Gummiverarbeitung	Herstellung von Gummiwaren; Runderneuerung und Reparatur von Bereifungen	213–216	59
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Grobkeramik, Herstellung von Schleifmitteln); Grobkeramik: Herstellung von Schleifmitteln	221–223; 226	25
Feinkeramik	Feinkeramik	224	51
Herstellung und Verarbeitung von Glas	Herstellung und Verarbeitung von Glas	227	52
Eisenschaffende Industrie	Eisenschaffende Industrie	230–232	27
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	233	28
Gießerei	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei; NE-Metallgießerei	234–236	29
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	Ziehereien, Kaltwalzwerke; Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung; Mechanik a. n. g.	237–239	30
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Weichenbau; Kessel- und Behälterbau; Schienenfahrzeugbau	240; 241; 247	31
Maschinenbau	Maschinenbau	242	32
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	243	50
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen; Straßenfahrzeugbau (ohne Herstellung von Kraftwagen); Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern; Lackierung von Straßenfahrzeugen	244; 245; 249 1	33
Schiffbau	Schiffbau	246	34
Luft- und Raumfahrzeugbau	Luft- und Raumfahrzeugbau	248	35
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	250; 259 1	36

noch Übersicht 3.1

Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	Feinmechanik, Optik; Herstellung von Uhren	252–254	37
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	256	38
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	Herstellung von Füllhaltern u. ä., Stempeln; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmabors; Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. a.	257; 258	39
Holzbearbeitung	Holzbearbeitung	260	53
Holzverarbeitung	Holzverarbeitung	261	54
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	264	55
Papier- und Pappeverarbeitung	Papier- und Pappeverarbeitung	265	56
Druckerei, Vervielfältigung	Druckerei, Vervielfältigung	268	57
Ledererzeugung	Ledererzeugung	270	61
Lederverarbeitung	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen); Herstellung von Schuhen	271; 272	62
Textilgewerbe	Textilgewerbe	275	63
Bekleidungsgewerbe	Bekleidungsgewerbe	276	64
Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	28/29 (ohne 293–295, 299)	68 (ohne 6871–6879)
Getränkeherstellung	Brauerei, Mälzerei; Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung; Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser, Limonaden	293–295	6871–6879
Tabakverarbeitung	Tabakverarbeitung	299	69
Baugewerbe	Baugewerbe	3	72–77
Bauhauptgewerbe	Bauhauptgewerbe	30	72–75
Ausbaugewerbe	Ausbaugewerbe	31	76–77
Handel und Verkehr	Handel (einschl. Einfuhr- und Vorratsstellen); Verkehr und Nachrichtenübermittlung (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	4; 5 (einschl. 60 6; T. a. 9. 70 0)	
Handel	Handel (einschl. Einfuhr- und Vorratsstellen)	4 (einschl. T. a. 9. 70 0)	
Großhandel, Handelsvermittlung	Großhandel (einschl. Einfuhr- und Vorratsstellen); Handelsvermittlung	40/41; 42 (einschl. T. a. 9. 70 0)	
Einzelhandel	Einzelhandel	43	
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Verkehr und Nachrichtenübermittlung (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	5 (einschl. 60 6)	
Eisenbahnen	Eisenbahnen	50 0	
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen; See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen	50 2; 50 3	
Übriger Verkehr	Straßenverkehr; Luftfahrt, Flugplätze; Transport in Rohrleitungen; Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung	50 1; 50 4; 50 5; 50 9	
Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost)	Deutsche Bundespost (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	50 7 (einschl. 60 6)	
Dienstleistungsunternehmen	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (ohne Postscheck- und Postsparkassenämter); Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht (einschl. Arbeitgeberverbände; Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen)***	6 (ohne 60 6); 7 (einschl. T. a. 80 4, 80 5, 80 6)	
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (ohne Postscheck- und Postsparkassenämter; Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effekengeschäften; Vermittlung von Versicherungen)	6 (ohne 60 6; 60 9; 61 9)	

noch Übersicht 3.1

Kreditinstitute	Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute (ohne Post-scheck- und Postsparkassenämter; Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effektengeschäften)	60 (ohne 60 6; 60 9)
Versicherungsunternehmen	Versicherungsgewerbe (ohne Vermittlung von Versicherungen)	61 (ohne 61 9)
Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung***	T. a. 71 70
Sonstige Dienstleistungen	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht (einschl. Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effektengeschäften; Vermittlung von Versicherungen; Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen; ohne Wohnungsvermietung)***	7 (einschl. 60 9; 61 9; T. a. 80 4, 80 5, 80 6; ohne T. a. 71 70)
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	70 0
Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik	Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport; Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen; Verlags-, Literatur- und Pressewesen	70 6–70 8
Gesundheits- und Veterinärwesen	Gesundheitswesen; Veterinärwesen	71 0; 71 1
Übrige Dienstleistungen	Wäscherei und Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe); Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe; Rechtsberatung; Wirtschaftsberatung und -prüfung; Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute; Wirtschaftswerbung (ohne Ausstellungs- und Messewesen); Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung; Sonstige Dienstleistungen (einschl. Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effektengeschäften; Vermittlung von Versicherungen; Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen; ohne Wohnungsvermietung)***	70 1; 70 2; 71 2–71 8 (einschl. 60 9; 61 9; T. a. 80 4, 80 5, 80 6; ohne T. a. 71 70)
Staat	Gebietskörperschaften***** und Sozialversicherung (ohne Einfuhr- und Vorratsstellen; Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik; inter- und supranationale Organisationen – mit Behördencharakter –)***	9 (ohne T. a. 9. 70 0; 9. 9)
Gebietskörperschaften	Gebietskörperschaften***** (ohne Einfuhr- und Vorratsstellen; Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik; inter- und supranationale Organisationen – mit Behördencharakter –)***	9. (ohne T. a. 9. 70 0; 9. 9)
Sozialversicherung	Sozialversicherung***	96
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte (ohne Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und die von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen)***	8 (ohne T. a. 80 4, 80 5, 80 6)
Private Haushalte (häusliche Dienste)	Private Haushalte***	85
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	Organisationen ohne Erwerbscharakter (ohne Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände und die von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. ä. Anstalten und Einrichtungen)***	80 (ohne T. a. 80 4, 80 5, 80 6)

* Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Mai 1979.

** Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe – SYPRO –, Stand 1976. – *** In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfaßt der den Dienstleistungsunternehmen zugeordnete Bereich „Wohnungsvermietung außer der gewerblichen Wohnungsvermietung im Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen (T. a. 71 70) die gewerbliche Wohnungsvermietung von Einheiten, die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anderen Bereichen zugeordnet sind, sowie die nicht-gewerbliche Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen. – **** Die SYPRO-Position 65 – WZ 240 5, 259 (ohne 259 1), 269, 279 – Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt) wird bis zum Vorliegen entsprechender fachstatistischer Ausgangsdaten nicht gesondert dargestellt. Die Werte sind in den Angaben der übrigen Wirtschaftsbereiche enthalten. –

***** Ohne Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften.

3.2 Arbeitsnachfrage

3.2.1 Bestimmungsgründe der regionalen Arbeitsnachfrage

Bei substitutiven Produktionsfaktoren wird die regionale Arbeitsnachfrage der Wirtschaftszweige direkt bestimmt durch die Höhe der Produktion, des Kapitaleinsatzes und den erreichten Stand des technischen Wissens. So wird zum Beispiel bei konstanter Nachfrage, d. h. unverändertem Output, ein erhöhter Kapitaleinsatz und/oder die Verwirklichung technischen Fortschritts zu einer verminderten Arbeitsnachfrage führen, so daß Arbeitskräfte freigesetzt werden. Einen indirekten Einfluß auf die Arbeitsnachfrage üben die Faktorpreisrelationen aus. Von ihnen hängt das Niveau der Investitionstätigkeit ab, das wiederum die Arbeitsnachfrage beeinflusst. So wirken z. B. Lohnkostenzuschüsse positiv auf die Nachfrage nach Arbeit, indem sie den Faktor Arbeit relativ zum Faktor Kapital verbilligen.

Analytisch läßt sich die Arbeitsnachfrage ableiten, indem die Produktionsfunktionen nach dem Faktor Arbeit aufgelöst werden. Bei der Schätzung derartiger Produktionsfunktionen wird zunächst unterstellt, daß der Faktor Arbeit ein homogener Faktor ist; es wird also nicht – wie es erforderlich wäre – nach qualitativen Merkmalen der Beschäftigten differenziert. Allerdings ließe sich diese Disaggregation relativ leicht berücksichtigen, wenn die Annahme berechtigt ist, daß die verschiedenen Alters- und Berufsgruppen sowie die Männer und Frauen von den Sektoren in bestimmten Proportionen nachgefragt werden¹². Bezogen z. B. auf das Strukturmerkmal „Beruf“ impliziert dieses Vorgehen, daß der Anteil der Beschäftigten im Sektor i mit dem Beruf m an der Gesamtzahl der Beschäftigten in dieser Branche konstant ist.

Für die gesamtäumliche Entwicklung der berufsspezifischen Strukturkoeffizienten existieren bereits Forschungsarbeiten, in denen die Entwicklung der Koeffizienten mit Hilfe von Trendextrapolationen prognostiziert wird¹³. Diese Ansätze müssen vor allem aus zwei Gründen verbessert werden. Erstens muß überprüft werden, inwieweit die Veränderungen der Koeffizienten infolge des technologischen Wandels mit den aus Vergangenheitswerten ermittelten Trendextrapolationen übereinstimmen bzw. inwieweit hier Modifikationen der zeitlichen Fortschreibung vorgenommen werden müssen. Zweitens sollte versucht werden, regionale Differenzierungen der Strukturkoeffizienten so weit wie möglich zu erfassen.

Sind die regionalen Produktionsfunktionen für die verschiedenen Wirtschaftszweige geschätzt und stehen auch die Informationen über die genannten Strukturkoeffizienten zur Verfügung, lassen sich auf der Basis der regionalisierten Strukturberichterstattung die folgenden Fragestellungen bearbeiten:

- Wie wirkt sich der Wandel der Produktionsstruktur auf die sektorale Arbeitsnachfrage in den Regionen aus? In welchen Branchen ist wegen stagnierender Nachfrage und aufgrund eines erhöhten Kapitaleinsatzes und/oder technischen Fortschritts mit einer regionalen Freisetzung von Arbeitskräften zu rechnen?
- In welchen Wirtschaftszweigen und Berufen ist die regionale Nachfrage nach weiblichen bzw. Arbeitskräften in bestimmten Altersklassen relativ hoch (niedrig)?
- Für welche Berufe sind in Zukunft regionale Engpässe bzw. Überschüsse zu erwarten? Welche Konsequenzen sind daraus für die Maßnahmen zur Verbesserung der räumlichen Mobilität, zur Förderung der beruflichen Flexibilität und zur Veränderung der, regional differenziert wirkenden, staatlichen Nachfrage für konsumtive und investive Zwecke zu ziehen?

Auch ohne die Kenntnis substitutionaler Produktionsfunktionen für Sektoren ist es möglich, solche Analysen durchzuführen. Ausgangspunkt der Überlegungen sind in diesem Falle sektorale Arbeitskoeffizienten (Erwerbstätige/Bruttoproduktion), die angeben, welcher Arbeitseinsatz zur Erstellung einer Produktionseinheit in den jeweiligen Sektoren benötigt wird. Zusammen mit den beschriebenen Strukturkoeffizienten für die einzelnen Merkmalsgruppen der Arbeitskräfte lassen sich die meisten der oben genannten

¹² Vgl. R. Thoss, Von der globalen zur strukturellen Steuerung des Wirtschaftskreislaufs, in: H. Markmann, D. B. Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 339.

¹³ Vgl. A. Blüm, U. Frenzel, Quantitative und qualitative Vorausschau auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland - Stufe 3, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 8.1 und 8.2, Nürnberg 1977; W. Jeschek, Projektion der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftebedarfs in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland bis 1985, DIW-Beiträge zur Strukturforschung, Heft 28, Berlin 1973.

Fragen behandeln¹⁴. Lediglich das Problem der Rationalisierung, d. h. der Freisetzung von Arbeit durch erhöhten Kapitaleinsatz und/oder technischen Fortschritt kann mit diesem Vorgehen direkt nicht untersucht werden. Es lassen sich jedoch Überlegungen anstellen, in welchem Ausmaß ein erhöhter Kapitaleinsatz und/oder technischer Fortschritt die Produktivität der Arbeitskräfte erhöht, also zu einem verringerten Arbeitskoeffizienten führt, und somit bei konstanter Produktion eine Freisetzung von Arbeitskräften bewirkt.

3.2.2 Regionalstrukturelles Informationssystem

Die vorangegangenen Ausführungen haben bereits verdeutlicht, welche Daten zur Arbeitsnachfrage für die regionalisierte Strukturberichterstattung zur Verfügung stehen sollten. Es handelt sich dabei um die Arbeitsnachfrage der einzelnen Wirtschaftszweige, differenziert nach Beruf, Stellung im Beruf, Geschlecht und Alter.

Für die Vergangenheit stehen hier Informationen aus verschiedenen Statistiken mit unterschiedlichem Erhebungsumfang zur Verfügung. Zu nennen sind hier insbesondere die Volks- und Berufszählungen, die Arbeitsstättenzählungen sowie die jährlichen Erhebungen für das produzierende Gewerbe, sowie auf Länderebene der Mikrozensus.

Für die letzten Jahre ist die Beschäftigtenstatistik hinzugekommen, in deren Rahmen für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (etwa 75 % aller Erwerbstätigen) u. a. die oben genannten Merkmale als Individualdaten erhoben werden und zwar bis zur Gemeindeebene¹⁵. Allerdings ist bislang nicht vorgesehen, die Daten in dieser Detaillierung zu veröffentlichen. Sie liegen jedoch bei der Bundesanstalt für Arbeit bzw. den Statistischen Landesämtern vor und es dürfte keine prinzipielle Schwierigkeiten bereiten, sie in einer gesonderten Aufbereitung (also ohne eine neue Erhebung) bereitzustellen.

Bislang sind für einige Länder jährliche oder halbjährliche Beschäftigtenzahlen auf Kreisebene nach Wirtschaftsunterabteilungen (28 Sektoren) und Geschlecht publiziert worden, so daß die Möglichkeit bestünde, diese Werte für Analyseräume der regionalen Strukturberichterstattung zu aggregieren; entsprechende Angaben zum Merkmal „Beruf“ sollen in nächster Zeit veröffentlicht werden, allerdings ohne sektorale Disaggregation.

Hinzu kommt, daß für die Statistischen Landesämter die Möglichkeit besteht, in eigenen Schätzverfahren die Angaben der Beschäftigtenstatistik zu komplettieren. So liefert z. B. die niedersächsische Beschäftigtenstatistik seit 1975 jährlich mit der Arbeitsstättenzählung vergleichbare Gesamtbeschäftigtenzahlen der Kreise, differenziert nach Wirtschaftsunterabteilungen. Für die Schätzung der fehlenden Beschäftigtenzahlen (nicht sozialversicherungspflichtig Tätige) wurden Daten der Arbeitsstättenzählung 1970, der Personalstandsstatistik, der Statistik im Produzierenden Gewerbe, der Handwerkszählung sowie des Mikrozensus verwendet. Es wird angeregt, daß derartige ergänzende Schätzungen bundeseinheitlich von allen Statistischen Landesämtern vorgenommen werden. Damit würden bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die zur Behandlung der genannten Fragestellungen notwendigen Informationen bereitstehen.

Was die Zahl der offenen Stellen als Indikator für die unbefriedigte Arbeitsnachfrage angeht, so muß von einer weniger günstigen Datenlage ausgegangen werden. Die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht die offenen Stellen vierteljährlich für Landesarbeitsamtsbezirke, unterteilt nach Wirtschaftszweigen und Berufsabschnitten, sowie monatlich, lediglich nach Geschlecht differenziert, für Arbeitsamtsbezirke. Die Aussagekraft dieser Statistik ist jedoch stark eingeschränkt, weil sich einerseits die Arbeitgeber bei der Personaleinstellung nicht ausschließlich der Arbeitsämter bedienen und andererseits nicht nachgeprüft werden kann, ob der angemeldete Arbeitskräftebedarf in der genannten Höhe und Struktur tatsächlich besteht¹⁶. Die Statistik der offenen Stellen sollte daher nur hilfswise herangezogen werden.

¹⁴ Vgl. A. Hermann, F. Plogmann, H. J. Schaik, Möglichkeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit bei limitationalen Berufsqualifikationen – Ein lineares Programmierungsmodell, Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 22, Münster 1979, S. 9 ff.

¹⁵ Vgl. H.-L. Mayer, Die Beschäftigtenstatistik, in: G. Fürst (Hrsg.), Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 11, Göttingen 1977, S. 65 ff.

¹⁶ Vgl. J. Kühl, Zum Aussagewert der Statistik der offenen Stellen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3 (1970), S. 250 ff.

3.3 Investitionen und Anlagevermögen

Vor einer inhaltlichen Erörterung des gesamten Untersuchungsbereichs erscheint es angebracht, den begrifflichen Rahmen abzugrenzen, der im folgenden behandelt wird. Als Investitionen gelten die Bruttozugänge an erworbenen oder selbsterstellten Anlagen, einschließlich der Ersatzinvestitionen und der aktivierbaren Großreparaturen. Die Definition der Investitionen entspricht damit dem Begriff der Bruttoanlageinvestitionen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Ausgeklammert werden die Finanzanlagen (Werte von Beteiligungen, Wertpapieren usw.), der Erwerb von Konzessionen, Patenten und Lizenzen, sowie die Lager- oder Vorratsinvestitionen in Form von Bestandsveränderungen an Rohstoffen, Halb- und Fertigprodukten.

Wird der für Produktionszwecke noch zur Verfügung stehende Teil der Anlageinvestitionen sämtlicher Jahrgänge kumuliert, so erhöht man das Bruttoanlagevermögen. Seine Entwicklung wird bestimmt von

- den jährlichen Investitionsvolumina,
- der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Anlagen sowie
- den Abgängen aus dem Anlagevermögen, die abhängig sind von der Nutzungsdauer, aber auch von Betriebsverlagerungen und -stillegungen beeinflusst werden.

Die Bedeutung der privaten Investitionen für den regionalen Entwicklungsprozeß der Wirtschaftsbereiche liegt in ihrem dualen Charakter: Sie bewirken sowohl Einkommens- als auch Kapazitätseffekte. Von der Investitionstätigkeit wird daher sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite des Wirtschaftsprozesses betroffen. Als Komponente der Endnachfrage wirkt sich eine Veränderung der Investitionsnachfrage sowohl unmittelbar als auch über die Multiplikatoreffekte auf das regionale Einkommen aus. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Höhe der regionalen Einkommensänderung davon abhängt, wie groß der Anteil der Investitionsgüter ist, die von außerhalb der Region bezogen werden. Denn die Einkommenseffekte der Investitionsnachfrage treten in den Regionen auf, in denen die Güter produziert werden, und sie sind unabhängig davon, wo die Nachfrage auftritt. Der Einkommenseffekt, der der Region zugute kommt, ist umso kleiner, je größer der Anteil der importierten Investitionsgüter ist.

Neben diesen direkten Einkommenseffekten treten noch indirekte Produktions- und Einkommenseffekte auf. Für die Produktion der erhöhten Investitionsgüternachfrage werden zusätzliche Vorleistungen benötigt, deren Produktion ebenfalls Einkommenseffekte auslöst.

Die Produktions- und Einkommenseffekte einer gegebenen Investitionsnachfrage lassen sich im Prinzip mit Hilfe einer regionalen Input-Output-Tabelle berechnen¹⁷. Auf diese Weise erhält man aber nur die Höhe der Einkommenssteigerung. Um die Frage zu beantworten, in welchen Regionen die Effekte wirksam werden, benötigt man darüber hinaus umfassende Informationen über die interregionalen Handelsverflechtungen.

Investitionen bewirken nicht nur Einkommenseffekte, sondern auch Kapazitätseffekte. Da durch Investitionen im allgemeinen der regionale Kapitalstock vergrößert wird, steigen die Produktionskapazitäten. Es ergeben sich zusätzliche Produktionsmöglichkeiten, die eine Steigerung des regionalen Einkommens bewirken können. Im Gegensatz zum Multiplikatoreffekt ist der Kapazitätseffekt jedoch ausschließlich in der Region wirksam, in der die Investitionen getätigt werden. Hinsichtlich des Kapazitätseffektes gibt es folglich auch keine regionalen Zuordnungsprobleme. Hier ist allerdings zu beachten, daß Kapazitätseffekte nicht die gesamten Investitionen auslösen, sondern lediglich die Nettoinvestitionen, da die Reininvestitionen als Ersatz für ausgeschiedene Kapitalgüter das Produktionspotential nicht vergrößern.

Investitionen sind darüber hinaus auch ein wichtiges Medium für die Realisierung des technischen Fortschritts der in den meisten Fällen in neuen, produktiveren Maschinen verkörpert ist („embodied technical progress“). In den Investitionen in Form von neuen Maschinen und Anlagen kommen neue Technologien zur Anwendung, die effizientere, weil ressourcensparende und umweltfreundlichere Produktionsprozesse ermöglichen. Investitionen sorgen somit für die regionale Diffusion des technischen Fortschritts.

¹⁷ Vgl. J. Schumann, Möglichkeiten und Bedeutung einer teilweise endogenen Erklärung des privaten Konsums und der privaten Investitionen im statischen offenen Input-Output-Modell, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 189 (1975), S. 337 ff.; R. Thoss, H. Mentrup, F. Plogmann, Zur Konsistenz von Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik mit der regionalen Wirtschaftspolitik, Band III, Ziel-Mittel-Beziehungen und die Konsistenz der Maßnahmen, a. a. O., S. 234 bis 240.

3.3.1 Bestimmungsgründe der regionalen Investitionsentwicklung

Aufgabe der regionalisierten Strukturberichterstattung ist es, die Bestimmungsgründe für die unterschiedliche Höhe der regionalen Investitionsniveaus zu untersuchen. Analysen in dieser Richtung stellen eine wesentliche Erweiterung entsprechender Untersuchungen auf nationaler Ebene dar. Zwar kann man davon ausgehen, daß zunächst als Bestimmungsgründe der regionalen Investitionen auch jene Faktoren in Frage kommen, die in den empirischen Investitionsfunktionen als relevante Einflußgrößen zur Bestimmung des nationalen Investitionsniveaus erachtet und getestet wurden. Darüber hinaus müssen jene zusätzlichen Determinanten untersucht werden, die die regionale Investitionstätigkeit, d. h. die Standortwahl der Unternehmen beeinflussen.

Die Standortwahl von Unternehmen ist bisher unter verschiedenen Aspekten Gegenstand von theoretischen und empirischen Untersuchungen gewesen¹⁸. Für die regionalisierte Strukturberichterstattung interessiert vor allem die Frage, welche Standortfaktoren im unternehmerischen Entscheidungsprozeß eine Rolle gespielt haben. Bei einer Auswertung der einzelnen Untersuchungsergebnisse ist zu bedenken, daß sich die Studien hinsichtlich des zeitlichen regionalen und sektoralen Rahmens sowie der Zahl und Benennung der erfaßten Faktoren erheblich unterscheiden. Von daher sind der Vergleichbarkeit der Resultate enge Grenzen gesetzt. Außerdem kann davon ausgegangen werden, daß nicht jeder im Einzelfall genannte Faktor von so genereller Bedeutung ist, daß er als mögliche Determinante des regionalen Investitionsniveaus angesehen werden müßte. Bei den hier zu behandelnden Fragestellungen im Rahmen einer regionalen Strukturberichterstattung ist es deshalb ausreichend, jene gemeinsamen Faktoren zu berücksichtigen, die in den meisten Untersuchungen als wichtigste Bestimmungsgründe der Standortwahl genannt werden. Bei Zugrundelegung dieses Kriteriums ergibt sich etwa folgende Liste von Standortfaktoren:

- a) Verfügbarkeit an Arbeitskräften,
- b) Verfügbarkeit an erschlossenen Grundstücken, Betriebsflächen,
- c) Einrichtungen der Energieversorgung und -entsorgung,
- d) Verkehrsinfrastruktur,
- e) Agglomerationsgrad, Marktpotential,
- f) Steuerliche Belastung der Produktion,
- g) Finanzielle Investitionsanreize,
- h) Bildungseinrichtungen und sonstige kommunale Einrichtungen des Wohn- und Freizeitwertes.

An dieser Aufzählung zeigt sich, daß ein wesentlicher Teil der Standortfaktoren zum Bereich der materiellen Infrastruktur einer Region zu rechnen ist. Eine Rolle spielen aber auch jene Instrumente, die im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik zur Beeinflussung der regionalen Investitionstätigkeit eingesetzt werden.

Will man den quantitativen Einfluß dieser Determinanten auf das regionale Investitionsniveau bestimmen, so ist zu beachten, daß die Bestimmungsfaktoren der Investitionshöhe teils komplementäre, teils substitutive Eigenschaften besitzen. Als komplementär gelten dabei jene Faktoren, wie etwa die materielle Infrastruktur, die zwar eine notwendige Voraussetzung für Investitionen darstellen, deren Vorhandensein aber keineswegs zwangsläufig auch zu Investitionen führt. Solange in einer Region die Infrastrukturschranke noch nicht erreicht ist, d. h. solange die Infrastruktureinrichtungen noch nicht voll ausgelastet sind, könne durch verstärkte private Investitionstätigkeit die Produktionskapazitäten auch ohne gleichzeitigen Ausbau der öffentlichen Infrastruktureinrichtungen ausgeweitet werden. Wenn allerdings die Infrastrukturschranke erreicht wird, ist eine Steigerung der privaten Investitionen und Produktion nur bei einer parallelen Ausdehnung der Infrastrukturausstattung möglich. Die Infrastruktur besitzt insofern Vorleistungscharakter für den privatwirtschaftlichen Produktionsprozeß.

¹⁸ Vgl. z. B. H. Brede, C. Ossario-Capella, Die Agglomerationsräume in der Bundesrepublik Deutschland, München 1967; R. Jochimsen, P. Treuner, Zentrale Orte in ländlichen Räumen unter Berücksichtigung der Schaffung zusätzlicher außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze, Bad Godesberg 1967; R. Grotz, Zweigbetrieb und Betriebsverlagerungen Stuttgarter Industriebetriebe, in: Informationen des Instituts für Raumordnung, 20 (1970), S. 467 ff.; H. Brede, Bestimmungsfaktoren industrieller Standorte, München 1971; D. Fürst, K. Zimmermann, Standortwahl industrieller Unternehmen, Bonn 1973; F. Graf v. Ballestrem, Standortwahl von Unternehmen und Industrieansiedlungspolitik, Berlin 1974; H. Kreuter, Industrielle Standortaffinität und regionalpolitische Standortlenkung, Berlin 1974, F.-J. Baade, Die Mobilität von Industriebetrieben, Berlin 1978, ders., Der Beitrag von Standortveränderungen zum Abbau regionaler Unterschiede, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7, 1978.

Investitionsfunktionen, mit denen die Abhängigkeit der regionalen Investitionen von den bestimmenden Faktoren beschrieben wird, hat in allgemeiner Form etwa die folgende Gestalt:

$$I_i^r = f_i^r (Y_i^r, K_i^r(t-1), ZINS, SF_1^r \dots SF_n^r)$$

Die Indices r und i charakterisieren die Region und den Sektor. Das indizierte Funktionszeichen f bedeutet, daß die funktionalen Beziehungen für die Sektoren und Regionen unterschiedlich sein können. Weiter bedeuten

$$\begin{aligned} Y &= \text{Bruttoinlandsprodukt} \\ K(t-1) &= \text{Kapitalstock der Vorperiode} \\ SF_n &= \text{andere Standortfaktoren; } n = 1, \dots, n \\ ZINS &= \text{Zinssatz} \end{aligned}$$

Die Parameter dieser Funktionen und damit der quantitative Einfluß der jeweiligen Variablen auf das regionale Investitionsniveau lassen sich mit Hilfe ökonometrischer Verfahren bestimmen. Für die Bundesrepublik sind in jüngerer Zeit einige Ansätze unternommen worden, derartige Zusammenhänge für die Industrie insgesamt und auch sektoral differenziert für sechs Industriesektoren zu schätzen¹⁹.

3.3.2 Determinanten der Entwicklung des Anlagevermögens

Die Investitionen sind auch die wichtigste Determinante der Entwicklung des Anlagevermögens. Was die Nutzungsdauer der Anlagen und die damit verbundenen Abgangsfunktionen anbetrifft, so liegen hier verschiedene Untersuchungen vor, in denen die Nutzungsdauer der Anlagen und ihre Veränderungen im Zeitablauf in den einzelnen Sektoren einer eingehenden Analyse unterzogen wurden. Die Resultate dieser auf nationaler Ebene durchgeführten Studien lassen sich auch für die regionale Betrachtung verwenden, da die Nutzungsdauer gleichartiger Anlagen regional kaum streuen dürfte. Die aus der Nutzungsdauer abgeleiteten Abgangsfunktionen bestimmen denjenigen Anteil an den regionalen Investitionen, der als Ersatzinvestitionen für die Konstanz des Kapitalstocks benötigt wird.

Während die Investitionen zur Ausweitung des Anlagevermögens beitragen, wird durch Betriebsstillegungen (soweit sie als endgültig und nicht nur als vorübergehend anzusehen sind) und Betriebsverlagerungen das Anlagevermögen und damit auch das regionale Produktionspotential vermindert. Der damit verbundene Rückgang der Nachfrage nach Arbeitspotential kann von erheblichem Einfluß auf eine Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte sein. Es ist zu vermuten, daß der Abbau von Arbeitskräften in Branchen, die vom Strukturwandel der Nachfrage negativ betroffen werden, sich häufig in einer Form vollzieht und damit bestimmte Regionen besonders hart trifft. Aufgabe einer regionalisierten Strukturberichterstattung sollte es sein, diesen Prozeß genauer zu untersuchen, um Arbeitspotential für Maßnahmen zur Gegensteuerung zu gewinnen.

3.3.3 Regionalstrukturelles Informationssystem

3.3.3.1 Investitionen

Auf Länderebene berechnen die Statistischen Landesämter die Investitionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, veröffentlicht werden bisher allerdings nur Angaben für die Unternehmen und den Staat. Erfaßt werden jedoch die Investitionstätigkeit der Wirtschaftsunternehmen in tiefer sektoraler Disaggregation²⁰. Eine Publikation der Ergebnisse und eine Nutzung im Rahmen einer regionalisier-

¹⁹ H. M. Böltig, Wirkungsanalyse der Instrumente der regionalen Wirtschaftspolitik, Münster 1976; W. Erfeld, Determinanten der regionalen Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland (erscheint demnächst).

²⁰ Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Heft 9, Stuttgart 1979, S. 44-48.

ten Strukturberichterstattung erscheint deshalb ohne größeren Aufwand möglich. Es bleibt noch zu prüfen, ob bei einer Regionalisierung die gleiche sektorale Tiefe wie auf nationaler Ebene erreicht werden kann.

Die mit der Umstellung der Industrieberichterstattung auf die Systematik des Produzierenden Gewerbes („SYPRO“) entstehenden Probleme der Einbeziehung des Produzierenden Handwerks lassen sich bei der Ermittlung längerer Investitionsreihen beispielsweise durch ein Umrechnungsverfahren auf der Basis des Zensus im produzierenden Gewerbe lösen, in dem die Investitionen der Industrie und des Handwerks im jeweiligen Sektor getrennt erfaßt werden. Auf Länderebene stehen damit statistische Informationen über die Investitionen der Wirtschaftsbereiche in hinreichender Tiefengliederung zur Verfügung, wobei die noch zu lösenden Probleme die Verwendung dieses Datenmaterials im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung nur unwesentlich beschränken.

Regional tiefer gegliedertes statistisches Material gibt es für das warenproduzierende Gewerbe, für das auf der Ebene der Kreise seit 15 Jahren jährlich die Investitionen des Bergbaus und der Industrie sowie des Baugewerbes erhoben werden. In den Publikationen der Statistischen Landesämter wird aus Gründen der Geheimhaltung zwar auf eine sektorale Disaggregation weitgehend verzichtet. Eine entsprechende Ausweisung auf der Ebene der vorgeschlagenen Analyseräume ist aber aufgrund des vorhandenen Urmaterials grundsätzlich möglich.

3.3.3.2 Anlagevermögen

Die Bedeutung des Anlagevermögens für die regionale Entwicklung der Wirtschaftssektoren steht in diametralem Gegensatz zu dem bisher verfügbaren Datenmaterial. Statistische Informationen über regionale Kapitalbestände sind in offiziellen Quellen nicht verfügbar. Berechnungen des Anlagevermögens wurden auf nationaler Ebene vom DIW²¹ und vom Statistischen Bundesamt²² durchgeführt. Mit Hilfe der vorhandenen Informationen aus verschiedenen Quellen erscheint es indessen als durchaus möglich, zu gesicherten Aussagen für Analyseräume auch unterhalb der Landesebene zu gelangen.

Den nationalen Berechnungen des Anlagevermögens liegt im wesentlichen das perpetual-inventory-Konzept zugrunde. Dabei werden die jährlichen Investitionen in bestimmter Weise zu Kapitalbeständen akkumuliert. Die Anwendung dieser Methode setzt allerdings voraus, daß für die Investitionen fortlaufende Informationen über einen ausreichend langen Zeitraum vorliegen. Diese notwendige Bedingung ist jedoch für die regionale Investitionsstatistik nicht erfüllt. Eine kontinuierliche (jährliche) Investitionserhebung – und dies auch nur für den Bereich Bergbau und Industrie – wird erst seit 1964 durchgeführt. Das perpetual-inventory-Konzept kommt deshalb für die Berechnung regionaler Kapitalbestände nicht in Betracht.

Für die Ermittlung regionaler Anlagevermögen muß deshalb eine andere Berechnungsmethode verwandt werden. Ausgangsbasis ist dabei eine Regionalisierung der sektoralen Anlagevermögensbestände für das Bundesgebiet, bei der im ersten Rechengang die sektorspezifische Kapitalintensität für das Bundesgebiet auf sämtliche Regionen übertragen wird. Auf diese Weise erhält man unter Verwendung der Beschäftigtenzahlen aus der Arbeitsstättenzählung eine Matrix mit fiktiven sektoralen Kapitalbeständen für die Regionen.

Primäre Informationen der Kapitalausstattung in den Regionen liefert die Einheitswertstatistik. Diesen Ergebnissen liegen jedoch andere Bewertungsprinzipien zugrunde, die für produktionstechnische Untersuchungen wenig geeignet sind. Unter der Annahme, daß die Bewertungsdifferenzen keine regionalen Unterschiede aufweisen, erscheint jedoch eine Anpassung der regionalen Vermögensbestände an das Niveau der gesamtträumlichen Anlagevermögensrechnung möglich.

Um nun sektorale Kapitalbestände für die Region berechnen zu können, die mit diesen aus der Einheitswertstatistik gewonnenen Werten kompatibel sind, müssen die im ersten Rechengang ermittelten Matrixwerte auf iterativem Wege an die modifizierten Bestandszahlen aus der Einheitswertstatistik angepaßt werden. Dies ist mit Hilfe eines zur Erstellung empirischer Transaktionsmatrizen entwickelten Verfahrens mit

²¹ Vgl. B. Görzig, W. Kirner, *Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1976, für den Bereich der Industrie vgl. R. Krengel u. a., *Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1971.

²² H. Lützel, *Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962*, in: *Wirtschaft und Statistik*, 25 (1971), S. 593 ff.

hinreichender Genauigkeit möglich²³. Diese Ausgangswerte für das Anlagevermögen lassen sich dann mit preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen unter Berücksichtigung jährlicher Abgänge fortschreiben. Für die Industrie besteht darüber hinaus die Möglichkeit, auch Informationen über Verlagerungen und Stilllegungen²⁴ in die Berechnungen über die Vermögensminderungen einzubeziehen.

3.4 Auswirkungen von Produktion und Faktoreinsatz auf die Raum- und Siedlungsstruktur

Der Wandel der Produktionsstruktur und die daraus resultierenden Veränderungen der Arbeitsnachfrage haben erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der menschlichen Aktivitäten in einem Raum. Die räumliche Anordnung dieser Aktivitäten („Daseinsgrundfunktionen“) wird gewöhnlich als „Raum- und Siedlungsstruktur“ bezeichnet.

Fragt man nach den räumlichen Auswirkungen der Arbeitsnachfrage, so ist zu erkennen, daß die auch schon früher feststellbare Verlagerung der kaufkräftigen Nachfrage von Produkten des Primärsektors auf solche des sekundären bzw. tertiären Bereichs die Verdichtungsgebiete begünstigt. Denn die Standortanforderungen der Unternehmen des tertiären Bereichs lassen sich in Ballungsgebieten am besten erfüllen. Hier befinden sich

- die Zulieferer und Abnehmer auf den verschiedenen Stufen des Handels, die Banken und Versicherungen,
- die bereits ausgebaute Infrastruktur,
- ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften.

Diese Vorteile sind auch die Ursache für die anhaltende Wanderung junger bzw. qualifizierter Erwerbspersonen von den ländlichen Gebieten in die Ballungsgebiete. Zwar hat sich inzwischen auch in ländlichen Regionen ein qualifiziertes Arbeitskräfteangebot herausgebildet, auf der anderen Seite wurde aber vernachlässigt, dort gleichzeitig auch eine entsprechende Nachfrage nach diesen Arbeitskräften durch Maßnahmen der globalen, sektoralen und regionalen Wirtschaftspolitik, aber auch z. B. durch die Ansiedlung von Einrichtungen des öffentlichen Bereichs²⁵, zu schaffen. Die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten führen dann zu einer regionalpolitisch unerwünschten Abwanderung junger und qualifizierter Erwerbspersonen in die Verdichtungsräume. Es besteht die begründete Vermutung, daß diese Entwicklung auch deshalb eingetreten ist, weil der Einsatz der verschiedenen, regional unterschiedlich wirkenden Instrumente nicht genügend koordiniert wurde und weil über ihre Wirkungsweise keine genauen Vorstellungen bestehen²⁶.

Es sollte mit einer Aufgabe der regionalisierten Strukturberichterstattung sein, die erforderlichen Informationen zu liefern, um auf ihrer Basis durch geeignete Maßnahmen diesen Prozeß aufzuhalten. Sie müßte sich mit den folgenden Fragestellungen befassen:

- Wie haben sich Art und Umfang der Arbeitsplätze in Verdichtungsräumen und in ländlichen Gebieten verändert?
- Welche Gründe waren für diese Entwicklung verantwortlich? Mit welchen zukünftigen Entwicklungstendenzen ist zu rechnen?
- Welche Möglichkeiten besitzt die Wirtschaftspolitik, diesen Prozeß zu beeinflussen? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Standortpolitik zentraler öffentlicher Einrichtungen?

²³ R. Stäglin, MODOP – Ein Verfahren zur Erstellung empirischer Transaktionsmatrizen, in: H. Wetzel (Hrsg.), Anwendung statistischer und mathematischer Methoden auf sozialwissenschaftliche Probleme, Würzburg 1972, S. 69 ff.; H. J. Schalk, Die Bestimmung regionaler und sektoraler Produktivitätsunterschiede durch die Schätzung von Produktionsfunktionen, Münster 1976; W. Erfeld, a. a. O.

²⁴ Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Neuerrichtete, verlagerte und stillgelegte Industriebetriebe im Zeitraum 1972-1975, Bonn 1977.

²⁵ Vgl. K. Ganser, Zur Dezentralisierbarkeit öffentlicher Arbeitsplätze, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1979), S. 257-270.

²⁶ Deshalb wird der Beirat für Raumordnung in seiner demnächst erscheinenden Empfehlung Anregungen zur verbesserten Abstimmung raumwirksamer Maßnahmen geben und die Notwendigkeit und Möglichkeit eines regional differenzierten Maßnahmenesatzes von z. B. Infrastrukturinvestitionen, öffentlichem Konsum (Behördenstandorte), Subventionen etc. prüfen.

4. Bevölkerung, Erwerbspotential und private Haushalte

Analysen der demographischen Entwicklung in den Regionen gehören zu den am besten ausgebauten Bereichen der Regionalforschung. Für eine Regionalisierung der Strukturberichterstattung ist die Bevölkerungsentwicklung in zweierlei Hinsicht von Bedeutung:

- zum einen hängt das in einer Region verfügbare Erwerbspotential ganz wesentlich von der Zahl und dem Altersaufbau der Einwohner ab, es wird lediglich durch Pendlerbewegungen modifiziert, die sich jedoch für die hier vorgeschlagenen Regionen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in engen Grenzen halten;
- zum anderen bestimmen Zahl und Altersaufbau der Bevölkerung auch die Zahl und die Größenstruktur der privaten Haushalte, von den bei gegebenen Einkommen die Nachfrage nach Gütern des privaten Verbrauchs und eine Vielzahl von öffentlichen Gütern abhängt.

Der Stellenwert von regional differenzierten Analysen des Einflusses der Bevölkerungsentwicklung auf die Struktur des Angebots von Arbeitskräften einerseits, die Struktur des privaten Verbrauchs sowie die staatliche Leistungserstellung in den jeweiligen Funktionsbereichen andererseits, wird auch von Prognoseergebnissen verdeutlicht, die zeigen, daß die Zahl der Deutschen in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 um etwa 6 Mill. sinken wird. Diese Entwicklung läßt sich relativ sicher prognostizieren, weil die Sterbeziffern sich nur wenig ändern und selbst ein starker Anstieg der Fruchtbarkeitsziffern sich zum großen Teil erst nach dem Jahr 2000 auswirken würde. Dieser Rückgang wird auf nationaler Ebene im allgemeinen nicht als dramatisch angesehen.

Differenziert man aber die Entwicklung in regionaler und zeitlicher Hinsicht, so treten Probleme in Erscheinung, die für die wirtschaftliche Entwicklung gravierende Folgen haben:

- Eine Regionalisierung der Bevölkerungsvorausschätzung zeigt, daß der Bevölkerungsrückgang in den einzelnen Regionen stark variiert²⁷.
- Eine zeitliche Differenzierung des Rückgangs der deutschen Bevölkerung zeigt, daß die für das Erwerbspotential relevante Personengruppe in den 80iger Jahren stark zunehmen wird, um sich danach wieder zu vermindern.
- Hinzu kommt, daß die relativ hohe Fruchtbarkeit der Ausländer einen Anstieg des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung bewirkt, und zwar vor allem in den Ballungsregionen. Dabei wird sich die Zahl der Ausländer auch dann weiter auf die Kerne der Ballungsgebiete konzentrieren, wenn kein weiterer Nettozustrom aus dem Ausland stattfindet, da bis zu 25 vH der Personenbewegungen innerhalb des Bundesgebiets auf Ausländer entfallen.

Die Bedeutung eines zeitlich stark variierenden Angebots an Arbeitskräften für den Arbeitsmarkt liegen auf der Hand. Da aber Angebot und Nachfrage nach Arbeitsplätzen in den Regionen, je nach den Anforderungen, die gestellt werden, in unterschiedlichem Maße voneinander abweichen, sind entsprechend differenzierte regionale Analysen unabdingbar, um Fehlentwicklungen auf den Arbeitsmärkten begegnen zu können. Es liegt auf der Hand, daß letztlich nur eine regionale Betrachtung der entsprechend differenzierten Struktur von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten diejenigen Informationen und Entscheidungshilfen liefern kann, die für eine arbeitsmarktpolitische Feinsteuerung erforderlich sind.

²⁷ Bisher unveröffentlichte Vorausschätzungen für Stadt- und Landkreise (einschließlich Wanderungen), die sich in der Summe zu den Vorausschätzungen für das Bundesgebiet insgesamt addieren. Vgl. H. Birg: Entwicklung der deutschen und der ausländischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wochenbericht 50/78 des DIW, 15. Dez. 1978.

4.1 Bestimmungsgründe der Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung hängt ab von

- der Alters- und Geschlechtsstruktur des Bevölkerungsbestandes,
- den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern,
- den alters- und geschlechtsspezifischen Sterbeziffern und
- den Wanderungen.

Dabei ist zu beachten, daß die Bevölkerungsentwicklung auf regionaler Ebene in wesentlich stärkerem Maße durch Zu- und Fortzüge bestimmt wird als durch Geburten und Sterbefälle.

Zu- und Fortzüge unterscheiden sich stark in ihrer Alters- und Geschlechtsstruktur im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet. Auch die Zusammensetzung der Wanderungen aus Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen hängt stark vom Herkunfts- und Zielgebiet ab. Es empfiehlt sich daher, die Wanderungen zumindest nach dem Inland (Binnenwanderungen) und dem Ausland (Außenwanderungen) zu untergliedern.

Diese Untergliederung ist auch deshalb von Bedeutung, weil wandernde Personengruppen je nach ihrer Herkunft ein ganz unterschiedliches Erwerbsverhalten haben. Dies zeigen Untersuchungen der durchschnittlichen Erwerbsquoten, die 1970 für den Bevölkerungsbestand bei 0,44 lag, für die Binnenwanderungen²⁸ dagegen bei 0,65 und für die Außenwanderungen sogar bei 0,80.

4.2 Bestimmungsgründe für die Entwicklung des Erwerbspotentials

Das Erwerbspotential ist ein Indikator für das Angebot an Arbeitskräften in einer Region. Von seiner Entwicklung wird im Zusammenspiel mit der Nachfrage nach Arbeitskräften das Geschehen auf den regionalen Arbeitsmärkten bestimmt.

Der Analyse regionaler Arbeitsmärkte kommt im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung zentrale Bedeutung zu, und zwar deshalb, weil sich gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt regional sehr unterschiedlich ausprägen. Ursache hierfür sind einmal die regional sehr verschiedenartigen Reaktionen der Nachfrage nach Arbeitskräften auf veränderte gesamtwirtschaftliche Nachfragebedingungen, zum anderen spielen hier die nicht nur – möglicherweise vielleicht nicht einmal überwiegend – an den Verhältnissen auf den regionalen Arbeitsmärkten ausgerichteten Verhaltensweisen der arbeitssuchenden Bevölkerung eine Rolle, z. B. in bezug auf ihre Wanderungsentscheidungen²⁹. So ziehen z. B. auch Haushalte in solche Regionen zu, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist. Auch eine rechnerische Übereinstimmung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage für die gesamte Bundesrepublik kann daher mit erheblichen Ungleichgewichten auf den regional und nach den jeweiligen Qualifikationen abgegrenzten Teilarbeitsmärkten verbunden sein, im weitesten Sinne bedingt durch die begrenzte Mobilität der Arbeitskräfte.

Dies zeigt die regionale Streuung der Arbeitslosenquoten auch ohne qualitative Differenzierung sehr deutlich: Sie lag im März 1979 zwischen 10 vH in Emden und 1,3 vH in Nagold (Baden-Württemberg). Erhebliche Unterschiede ergeben sich auch für einzelne Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Ein Beispiel hierfür ist die Jugendarbeitslosigkeit: Der Anteil arbeitsloser Jugendlicher unter 20 Jahren an sämtlichen Arbeitslosen lag im gleichen Monat zwischen 13,6 vH in Neustadt a. d. Weinstraße und München mit 3,4 vH.

²⁸ Zwischen den 79 Regionen der Bundesverkehrswegeplanung. Vgl. H. Birg: Zur Interdependenz der Bevölkerung- und Arbeitsplatzentwicklung – Grundlagen eines simultanen unterregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschlands. DIW-Sonderheft Nr. 131, S. 179 f.

²⁹ Vgl. H. Zimmermann, Regionale Präferenzen, Wohnortorientierung und Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer als Determinante der Regionalpolitik, Bonn 1973. H. P. Gatzweiler, Zur Selektivität interregionaler Wanderungen, Forschungen zur Raumentwicklung, Bd. 1, 1975, Bonn 1975.

Forschungsbedarf für eine regionalisierte Strukturberichterstattung ergeben sich aus diesem Sachverhalt in zweierlei Hinsicht:

- Einmal ist zu untersuchen, mit welchen Reaktionen auf Arbeitsmarktungleichgewichte zu rechnen ist: Werden Wanderungsbewegungen ausgelöst? Verändert sich die Richtung von Pendlerströme? Bleiben die Betroffenen registrierte Arbeitssuchende oder resignieren sie und vergrößern damit die sogenannte „Stille Reserve“?
- Das zweite Feld betrifft Untersuchungen über die Wirkungen wirtschaftspolitischer Strategien zur Beseitigung von Arbeitsmarktungleichgewichten. Damit sind nicht nur arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im engeren Sinne gemeint, sondern auch regionalpolitisch motivierte Subventionsstrategien im Unternehmensbereich sowie Aktivitäten der öffentlichen Haushalte zum Ausbau von Infrastruktureinrichtungen und deren Beschäftigungseffekte.

4.3 Bevölkerung und private Haushalte

Im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung spielt die Zahl und Größenstruktur der privaten Haushalte in den Regionen als Bestimmungsfaktor in Analysen

- der Nachfrage nach Gütern des privaten Verbrauchs,
- der Nachfrage nach Wohnungen sowie
- der Nachfrage nach haushaltsorientierten Infrastrukturleistungen,

eine Rolle.

Ebenso wie das Erwerbspotential hängt auch die Struktur der privaten Haushalte in den Regionen im starken Maße vom Ausmaß und der Struktur der Wanderungen ab. Aus dem vergleichsweise jüngeren Alter und der höheren Erwerbsbeteiligung der Wanderungen läßt sich auf im Durchschnitt kleinere Haushalte schließen. Auch die Wanderungen von Auszubildenden und alten Menschen sind von Einfluß auf die Struktur der privaten Haushalte. Dies gilt auch für Wanderungen von Ausländern, bei denen in den letzten Jahren der Zuzug von Familienangehörigen in bereits bestehende Haushalte eine größere Rolle zu spielen begonnen hat. Aufgabe einer regionalisierten Strukturberichterstattung sollte es sein, auch diese Wirkungen von Wanderungen auf die Struktur der privaten Haushalte in die Betrachtung mit einzubeziehen.

4.4 Regionalstrukturelles Informationssystem

4.4.1 Bevölkerung

Die eine für Regionalisierung benötigten bevölkerungsstatistischen Daten werden in einer vergleichsweise feinen Differenzierung von den Statistischen Landesämtern bereitgestellt. Um die Zahl der privaten Haushalte und das Erwerbspersonenpotential berechnen zu können, sollten die Bevölkerungsbestände und die Veränderungskomponenten auf jeden Fall nach Altersgruppen und Geschlecht untergliedert werden. Darüber hinaus bieten sich die in der folgenden Übersicht aufgeführten Untergliederungen an.

Alle aufgeführten Merkmale werden jährlich von der amtlichen Statistik auf der Ebene der Stadt- und Landkreise erhoben, jedoch nicht immer publiziert. Zu beachten ist, daß die Bevölkerungsentwicklung auf regionaler Ebene bisher in wesentlich stärkerem Maße durch Zu- und Fortzüge beeinflusst worden ist als durch Geburten und Sterbefälle.

Zu- und Fortzüge unterscheiden sich zudem stark in ihrer Alters- und Geschlechtsstruktur im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet. Auch die Zusammensetzung der Wanderungen aus Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen hängt stark vom Herkunfts- und Zielgebiet ab. Es empfiehlt sich daher, die Wanderungen zumindest nach dem Inland (Binnenwanderungen) und dem Ausland (Außenwanderungen) zu untergliedern.

Übersicht 4.1
Komponenten der Bevölkerungsentwicklung

Merkmal	Untergliederungsgesichtspunkte
Bevölkerungsbestand am Ende des Berichtsjahres	Alter, Geschlecht, Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen, Deutsche/Ausländer
Zahl der Geburten	nach dem Alter der Mutter
Zahl der Sterbefälle	-
Zahl der Zuzüge	
- Binnenwanderung	Alter, Geschlecht, Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen
- Außenwanderung	
Zahl der Fortzüge	
- Binnenwanderung	Alter, Geschlecht, Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen
- Außenwanderung	

4.4.2 Erwerbspotential

Unter dem Begriff „Erwerbspotential“ wird im allgemeinen die Summe aus der Zahl der

- Erwerbstätigen, der
- Arbeitslosen und der
- stillen Reserve

verstanden. Die stille Reserve ist derjenige Teil der Erwerbslosen, der nicht als arbeitslos registriert ist, aber gleichwohl einen Arbeitsplatz sucht. Das Erwerbspotential einer Region ist dann die Summe aus dem in der Region wohnhaften Erwerbspotential und dem Pendlersaldo.

Informationen über die Stille Reserve lassen sich nur auf indirektem Wege gewinnen, in dem Angaben über die Erwerbsbereitschaft, wie sie im Rahmen des Mikrozensus zur Verfügung gestellt werden, den Angaben über Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen) gegenüber gestellt werden. Primäre Informationen über die Stille Reserve lassen sich daher nur auf Länderebene gewinnen.

Das Schwergewicht der Analyse von Arbeitsmarktungleichgewichten im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung sollte daher bei den registrierten Arbeitslosen liegen. Ergebnisse für Arbeitsamtsbezirke werden hier, nach verschiedenen Merkmalen aufbereitet, von der Bundesanstalt für Arbeit laufend veröffentlicht. Im Zuge der Vorarbeiten zur Neuabgrenzung der Fördergebiete der regionalen Wirtschaftspolitik ist auch eine Umschlüsselung der Arbeitslosenzahlen von Arbeitsamtsbezirken auf Kreise vorgesehen. Diese Informationen könnten auch für die Zwecke einer regionalisierten Strukturberichterstattung nutzbar gemacht werden.

4.4.3 Private Haushalte

Statistische Angaben über Zahl und Größe der privaten Haushalte stehen auf regionaler Ebene (Kreise) lediglich für 1961 und 1970 (Volkzählungen) zur Verfügung. Auf gesamtträumlicher Ebene werden auch jährlich im Rahmen des Mikrozensus Angaben bereitgestellt.

Werden als regionale Einheiten die Bundesländer zugrunde gelegt, so lassen sich auch die Mikrozensusergebnisse auf Länderebene heranziehen. Unterhalb der Länderebene sind dagegen für die Jahre von 1971 an Schätzungen erforderlich. Zumeist wird dabei so vorgegangen, daß die Zahl der Haushalte unter Verwendung alters- und geschlechtsspezifischer Haushaltsvorstandsquoten aus den entsprechenden Bevölkerungsbeständen abgeleitet wird.

5. Einkommen und privater Verbrauch

Soweit der regionale Wohlstand in monetären Größen erfaßbar ist, wird er bei gegebenen Vermögen durch die Einkommen der privaten Wirtschaftssubjekte in den Regionen ausgedrückt. Als Wohlstandsindikator im Rahmen des Zielsystems der regionalen Wirtschaftspolitik findet das regionale Einkommen dementsprechend auch Verwendung bei der Abgrenzung der Fördergebiete nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Eignung monetärer Einkommensgrößen als Wohlstandsindikatoren ist allerdings umstritten. Erforderlich ist vielmehr eine Ergänzung um nicht-ökonomische Indikatoren der Lebensqualität, wie sie etwa vom Beirat für Raumordnung in seiner Empfehlung vom 16. 6. 1976 vorgelegt wurden. Für eine Vielzahl von Fragestellungen ist jedoch das Regionaleinkommen ein unverzichtbarer Indikator.

Untersuchungen über die Einkommen in einer Region knüpfen zumeist an Indikatoren über die in der Region entstandenen Einkommen an. Dies gilt für das Bruttoinlandsprodukt ebenso wie für seine Komponenten. Die interregionalen Einkommensströme bewirken jedoch, daß das in einer Region entstandene Einkommen von dem auf die Region verteilten abweicht. Die regionale Nachfragewirksamkeit der verfügbaren Einkommen ist wiederum von der Verteilung der konsumtiven und investiven Ausgaben der privaten Haushalte und Unternehmen abhängig.

Während für den Beitrag einer Region zur Einkommensentstehung in erster Linie die in der Region ansässigen Betriebe und öffentlichen Einrichtungen maßgeblich sind, bestimmt die Struktur der in einer Region wohnenden Einkommensbezieher die Höhe der in einer Region zufließenden Einkommen. In der nachfolgenden Übersicht ist der Zusammenhang zwischen dem Entstehungskonzept und dem Verwendungskonzept der Einkommensrechnung für eine Region graphisch dargestellt worden.

Die Differenz zwischen dem in einer Region entstandenen Einkommen (Inlandsprodukt) und dem in einer Region verteilten Einkommen (Sozialprodukt) entspricht dem Saldo der interregionalen Einkommenstransfers zwischen der Region und der übrigen Welt.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den Regionen setzt sich zusammen aus

- den Nettolöhnen und -gehältern der in der Region wohnhaften Arbeitskräfte,
- den an die privaten Haushalte in der Region verteilten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen,
- den Transfereinkommen der privaten Haushalte.

Bei einer auf die Erklärung der regionalen Nachfrage ausgerichteten Betrachtung ist zweifellos die Analyse der in der Region verwendeten Einkommen aufschlußreicher als die der in einer Region entstandenen Einkommen. Für die Bundesrepublik sind derartige Überlegungen auf Länderebene vor allem für die Stadtstaaten Bremen und Hamburg aufgrund der Pendlerverflechtungen relevant.

Darüber hinaus ist das Bruttoinlandsprodukt in denjenigen Regionen, in denen Betriebe mit hoher Belastung an Produktionssteuern dominieren, in seiner Aussagekraft als Leistungsindikator stark eingeschränkt.

Da die jeweiligen Komponenten des in der Region verwendeten Einkommens von unterschiedlichen Bestimmungsgrößen abhängen und auch ihre Nachfrageeffekte jeweils andere sind, werden

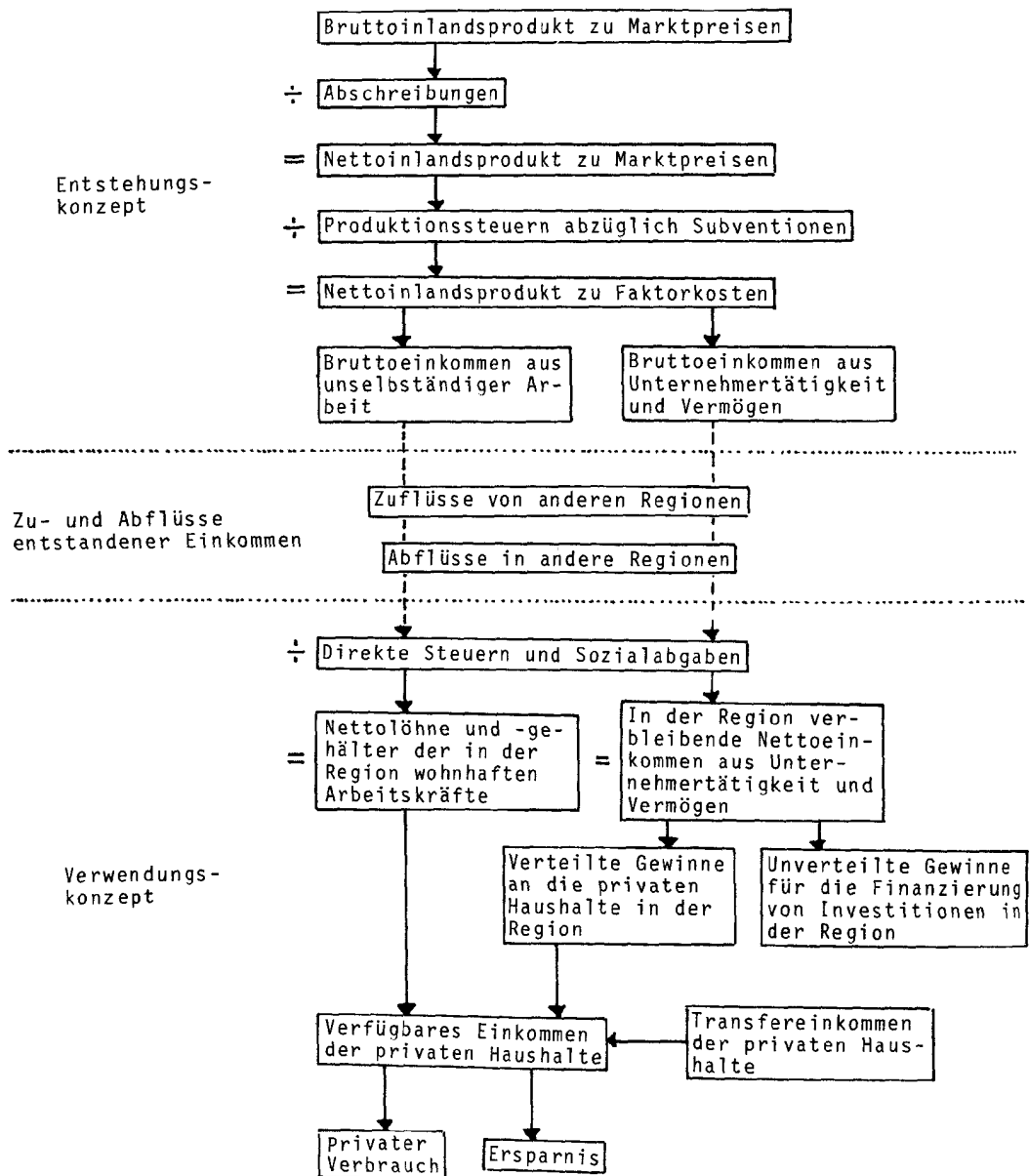
- die Einkommen aus unselbständiger Arbeit,
- die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und -vermögen sowie
- die Transfereinkommen,

zunächst getrennt behandelt. Wegen der begrenzten Informationsbasis ist es dabei nicht immer möglich,

Brutto- und Nettokonzepte gesondert zu betrachten. Die Überlegungen beschränken sich daher auf Einkommensströme, für die Informationen zur Verfügung stehen.

Übersicht 5.1

Einkommensentstehung und verfügbares Einkommen
der privaten Haushalte
in einer Region



5.1 Bruttolöhne und -gehälter

5.1.1 Bestimmungsgründe der regionalen Lohn- und Gehaltsstruktur

Bruttolöhne und -gehälter entsprechen den Einkommen aus unselbständiger Arbeit verringert um die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. Da die Sozialbeiträge und -aufwendungen der Arbeitgeber die regionalstrukturelle Entwicklung nur unwesentlich beeinflussen dürften, konzentriert sich die Darstellung auf die Löhne und Gehälter. Diese machen den größten Teil des regionalen Volkseinkommens aus. Bezogen auf die Zahl der in der Region wohnhaften unselbständig Beschäftigten erlaubt dieser Indikator aussagefähige interregionale Wohlstandsvergleiche³⁰. Die Höhe dieses Einkommensindikators ist bestimmt durch das Niveau und die Struktur der regionalen Produktion und Beschäftigung sowie das Einkommen der Pendler.

Im Hinblick auf die Produktions- und Beschäftigtenstruktur haben Untersuchungen früherer Jahre³¹ ergeben, daß weniger unterschiedliche Branchenstrukturen, als vielmehr interregionale Lohn- und Gehaltsunterschiede innerhalb der Branchen für die regionalen Lohn- und Gehaltsdifferenzen maßgeblich sind. Weitere Determinanten sind die Arbeiter-Angestellten-Relation, die Gliederung der Arbeitnehmer nach Geschlecht, nach Leistungsgruppen innerhalb des Tarifgefüges nach Wirtschaftsbereichen und nach Betriebsgrößenklassen. Im Ergebnis haben diese Faktoren ein deutliches Einkommensgefälle von den Ballungsgebieten zu den dünn besiedelten Regionen bewirkt.

Bislang wenig analysiert ist die Bedeutung der interregionalen Einkommenstransfers für die Höhe des regionalen Lohnniveaus. Diese sind insbesondere bei interregionalen Pendlerverflechtungen – auf Länderebene vor allem bei den Stadtstaaten Bremen und Hamburg – von erheblichem Einfluß.

Regionale Lohn- und Gehaltsunterschiede lassen sich häufig auf gesamtwirtschaftlich wirksame, d. h. nicht regionsspezifische Ursachen zurückführen. Dies gilt z. B. für das Niveau und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, für die sich Unterschiede im allgemeinen deutlicher von Branche zu Branche und von Betrieb zu Betrieb als zwischen den Regionen zeigen. Die sektorale Produktivitätsentwicklung schlägt sich auch in den Tarifabschlüssen nieder, die zwar häufig auf regionaler Ebene getroffen werden, deren regionale Abweichungen jedoch gering sind. Produktivitätsbestimmende Faktoren wie Technologie und Qualifikation der Arbeitskräfte schlagen sich somit in dem Maße in regionalen Lohn- und Gehaltsunterschieden nieder, wie die unterschiedlich produktiven Unternehmen auf die Regionen verteilt sind.

Ein zusätzliches regionales Lohngefälle kann sich aus betrieblichen Sondervereinbarungen ergeben. Diese führen insbesondere dann zu regionalen Einkommensdifferenzierungen, wenn die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer groß ist. Bei stark dominierenden Betrieben können betriebliche Sondervereinbarungen eine deutliche regionale Lohndrift bewirken, die dazu auch beachtlichen Einfluß auf das gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltsniveau ausübt.

Als Untersuchungsbereiche im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung kommen in Frage

- die Analyse sektoraler Produktivitätsunterschiede in den Regionen und deren Beziehung zum regionalen Lohn- und Gehaltsniveau;
- die Auswirkungen von Tarifvereinbarungen auf das Lohn- und Gehaltsniveau in den Regionen;
- die regionale Lohndrift und ihre Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltsniveau.

³⁰ Rainer Thoss, Marita Strutmans, Horst Bölting: Ein Vergleich des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, des Bruttoinlandsprodukts je Beschäftigten und der Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer im Hinblick auf ihre Eignung als Zielindikatoren der regionalen Wirtschaftspolitik, Münster 1974.

³¹ Egbert, Jöhrens: Regionale Lohn- und Gehaltsunterschiede in der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 31/73.

5.1.2 Auswirkungen des regionalen Lohn- und Gehaltsniveaus auf die regionale Produktions- und Arbeitsmarktstruktur

Das regionale Lohn- und Gehaltsniveau beeinflusst die regionale Produktions- und Arbeitsmarktstruktur über die Nachfrage der privaten Haushalte. Steigen die Löhne und Gehälter, so wird das zusätzliche verfügbare Einkommen entweder gespart oder für Konsumzwecke verwendet. Dabei ist die Nachfragewirksamkeit der erzielten Steigerung der Bruttoeinkommen abhängig von

- der Verteilung des Einkommenszuwachses auf die sozialen Schichten der privaten Haushalte,
- der Besteuerung des Einkommenszuwachses,
- der schichtenspezifischen Konsumquote.

Generell kann für die Bundesrepublik unterstellt werden, daß die Nachfragewirksamkeit um so größer ausfällt, je stärker der Einkommenszuwachs den bisher am unteren Ende der Einkommensskala liegenden privaten Haushalte zugute kommt. Dies folgt aus der progressiven Einkommensbesteuerung sowie aus Untersuchungen über die Abhängigkeit der Konsumquote vom Niveau des verfügbaren Einkommens.

Insgesamt zeigen diese Überlegungen, daß die Einkommensanalyse im Hinblick auf die Beziehungen zwischen regionalem Einkommensniveau bzw. regionaler Einkommensstruktur und Produktions- und Arbeitsmarktstruktur die Grundlage von regionalen Nachfrageanalysen bildet. Die Qualität von regionalen Analysen der Nachfrage dürfte daher um so höher sein, je differenzierter die Informationen über Niveau und Struktur des regionalen Einkommens sind.

Aufschlußreich wären in diesem Zusammenhang vor allem Untersuchungen

- der regionalen Diskrepanzen zwischen Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung,
- der Zusammenhänge zwischen Siedlungsstrukturtypen und Lohn- und Gehaltsniveau,
- der Beziehungen zwischen regionaler Verteilung der Arbeitskräfte nach der Stellung im Beruf und Lohn- und Gehaltsniveau.

5.1.3 Regionalstrukturelles Informationssystem

Vordringliche Aufgabe im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung ist es, eine geeignete Datenbasis für die laufende regionale Lohn- und Gehaltsanalyse herzustellen. Besondere Beachtung verdient dabei auch hier die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer, auf die im Zusammenhang auf den Erörterungen zur Arbeitsnachfrage bereits eingegangen worden ist. Sie liefert Angaben nicht nur über die Beschäftigten in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung, sondern auch über ihre Beschäftigungszeiten und ihre Entgelte. Im Rahmen der amtlichen Statistik wird angestrebt, die Primärinformationen der Versichertendatei, der Betriebsdatei und der Ortsdatei nach folgenden Merkmalen auszuwerten³²:

- Wirtschaftszweig, – Ausgeübte Tätigkeit (Beruf),
- Arbeitsart, – Stellung im Beruf,
- Geschlecht, – Ausbildung,
- Geburtsjahr, – Beschäftigungszeit,
- Staatsangehörigkeit, – Bruttoarbeitsentgelt.

³² Hans-Ludwig Mayer, Die Beschäftigtenstatistik, in: G. Fürst (Hrsg.): Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung. Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 11, Göttingen 1977, S. 65 ff.

Besondere Bedeutung für eine regionalisierte Strukturberichterstattung hat die Tatsache, daß die Betriebe als örtliche Einheiten definiert sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfolgt – im wesentlichen aus arbeitsmäßigen Gründen – die Aufbereitung der Daten nach dem jeweiligen Arbeitsort der Beschäftigten. Prinzipiell ebenfalls möglich ist eine Aufbereitung nach dem Wohnort, so daß im Grundsatz die Beschäftigtenstatistik auch die Aufstellung einer Pendlerstatistik erlaubt. Hierfür wäre allerdings ein Rückgriff auf die bei den Versicherungsträgern gespeicherten Daten notwendig.

Die amtliche Statistik baut gegenwärtig ihr Veröffentlichungsprogramm zur Beschäftigtenstatistik noch aus. Die erste Publikation³³ wurde im Oktober 1978 vorgelegt. Für die Vergangenheit stehen als empirische Basis auf Länderebene die laufenden Veröffentlichungen der Lohn- und Gehaltsstatistik zur Verfügung. Bei einer tieferen regionalen Gliederung muß auf die Daten einschlägiger Fachstatistiken (Industrieberichterstattung, Statistik für das produzierende Gewerbe) sowie der Arbeitsstättenzählungen zurückgegriffen werden, die eine Dokumentation auf Kreisebene und somit auf der Ebene der vorgeschlagenen Analyseeräume ermöglichen. Über weitergehende Analysen der regionalen Diskrepanzen zwischen Einkommensentstehung und -verwendung könnten darüber hinaus Grundlagen für die laufende Beobachtung der interregionalen Einkommensstransfers gewonnen werden, die insbesondere bei intensiver Umlandverflechtung (norddeutsche Stadtstaaten) relevant sind.

5.2 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird nicht nur aus dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit gespeist. Als Einkommensquellen berücksichtigt werden müssen auch Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie das weit ausgebaute System von Transferzahlungen an private Haushalte. Für die Disposition der privaten Haushalte zur Verfügung stehen zudem auch nicht die Bruttoeinkommensströme, sondern Nettoeinkommen nach Abzug direkter Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Bisher ist die regionale Verteilung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte unterhalb der Länderebene weitgehend unerforscht geblieben. Diese Lücke zu schließen, sollte ein weiterer Schwerpunkt von Untersuchungen im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung sein. Zusätzliche Erkenntnisse, die über die Möglichkeiten im Rahmen einer gesamträumlichen Strukturberichterstattung hinausgehen, sind dabei insbesondere für den Bereich der Nachfrage nach Dienstleistungen, insbesondere auch der Nachfrage nach Wohnungsnutzungen und darüber hinaus auch nach Wohnungseigentum zu erwarten, deren Entwicklungsbedingungen sowohl von der Bevölkerungsstruktur als auch von dem Niveau und der Struktur der Haushaltseinkommen in einer Region abhängt. Unterschiede in der Nachfrageintensität in diesen Bereichen werden bei einer gesamträumlichen Betrachtung zwangsläufig nivelliert. Dadurch mögliche Fehleinschätzungen lassen sich nur durch eine regionalisierte Betrachtung vermeiden.

Auf die Bestimmungsgründe der regionalen Lohn- und Gehaltsstruktur ist bereits eingegangen worden. Im folgenden soll kurz skizziert werden, von welchen Einflußfaktoren die übrigen Komponenten des verfügbaren Einkommens

– die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie

– die Transfereinkommen

abhängen.

5.2.1 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Die regionale Streuung und das Niveau dieser Einkommenskategorie hängt ab von der Zahl der entsprechenden Einkommensbezieher, der Gewinnentwicklung der regionalen Unternehmen sowie der Struktur des Vermögensbesitzes. Die regionale Verteilung der empfangenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürfte allerdings noch erheblich deutlicher von der regionalen Verteilung der Einkommens-

³³ Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, R. 4.2 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 31. 3. 1977.

entstehung abweichen, als dies bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit der Fall ist. Grund hierfür ist, daß die Entstehung dieser Einkommen häufig nicht an die unmittelbare Mitwirkung der Einkommensbezieher gebunden ist und deshalb interregionale Transfers dieser Einkommen vom Ort der Entstehung zum Sitz des Unternehmens bzw. zum Wohnort des Einkommensbeziehers nicht den Beschränkungen unterliegen, die für Berufspendler gelten.

Allerdings dürfte auch hier eine tiefergehende Analyse ein differenzierteres Bild ergeben: Zwar ist die interregionale Mobilität der Gewinneinkommen aus Vermögen sowie aus Unternehmertätigkeit der Kapitalgesellschaften als sehr hoch einzuschätzen, die Einkommen der Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen von Betrieben aus den Bereichen

- Landwirtschaft,
- produzierendes Handwerk,
- Bauhandwerk,
- Handel,
- Sonstige Dienstleistungen

dürften in ihrer interregionalen Mobilität weitgehend den Einkommen aus unselbständiger Arbeit entsprechen.

Die regionalstrukturellen Wirkungen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergeben sich aus der Verwendung der Einkommen durch die Bezieher. Während die Einkommen aus unselbständiger Arbeit in voller Höhe Haushaltseinkommen sind, fließen den privaten Haushalten aus den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur die nicht in den Unternehmen zur Finanzierung und Investition zurückbehaltenen Einkommen zu.

5.2.2 Transfereinkommen

In der Terminologie der VGR entsprechen die Transfereinkommen im wesentlichen den von den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung geleisteten laufenden Übertragungen an die privaten Haushalte. Für den Anspruch auf derartige Leistungen maßgeblich sind zumeist personenbezogene Merkmale. Dies bedeutet, daß die Höhe und die Struktur der regionalen Transfereinkommen insbesondere durch die Alters- und Sozialstruktur der Bevölkerung bestimmt sind. Soweit beschäftigungsbezogene Kriterien den Transferleistungen zugrunde liegen (z. B. Arbeitslosenunterstützung), wirkt sich darüber hinaus die Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten aus.

Die Sozial- und Altersstruktur der regionalen Bevölkerung kann durch Wanderungen spezifische Ausprägungen erhalten, von denen auch die Höhe der Transfereinkommen der Region beeinflußt wird. Typische wanderungsbedingte Veränderungen der Sozialstruktur zeigen sich vor allem in den Zentren der Verdichtungsräume, in deren Umland, an Standorten überregional bedeutsamer Bildungseinrichtungen sowie in einigen Erholungsregionen, in denen sich in zunehmendem Maße Altersruhesitze konzentriert haben.

Grundlage jeder weiteren Analyse der Determinanten des regionalen Transfereinkommens sollten nach diesen Überlegungen vor allem Untersuchungen von regionalen Sozial- und Altersstrukturen sein.

Auch die regionalstrukturellen Effekte der Transfereinkommen ergeben sich vermittelt über die Konsum- und Sparsentscheidungen der Einkommensbezieher. Da die Sparquote der Empfänger von Transfereinkommen im allgemeinen niedriger und die Verbrauchsgewohnheiten stärker regionsbezogen sein dürften als bei den sonstigen Einkommensbeziehern, ist die Nachfragewirksamkeit bei einer Zuwanderung von Transfereinkommensbeziehern vergleichsweise hoch einzuschätzen. Eine solche Steigerung des Anteils der Transfereinkommen am regionalen Gesamteinkommen ist auch nicht zwingend mit einer sozialen Erosion verbunden, wie etwa die Altersruhesitze oder die Universitätsstandorte zeigen. Voraussetzung für die Zuwanderung entsprechender Personengruppen ist allerdings ein entsprechend hoher Freizeit- und Erholungswert bzw. das Angebot ergänzender Infrastruktureinrichtungen.

5.2.3 Regionalstrukturelles Informationssystem

Aus der Definition des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird deutlich, daß für seine Berechnung auf eine Vielzahl statistischer Informationen zurückgegriffen werden muß. Teils handelt es sich dabei um Primärstatistiken für einzelne Komponenten des verfügbaren Einkommens. Neben der Beschäftigtenstatistik nach dem Wohnortkonzept müssen insbesondere die Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie verschiedene Sozialversicherungsstatistiken herangezogen werden. Eine wichtige Rolle spielen aber auch Statistiken aus anderen Untersuchungsbereichen, wie die Bevölkerungsstatistik und die Arbeitslosenstatistik, aus denen sich entsprechende Indikatoren für die regionale Verteilung derjenigen Transferzahlungen bilden lassen, für die Informationen nur für das Bundesgebiet oder auf Länderebene zur Verfügung stehen.

Zur Verdeutlichung der Vorgehensweise bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens wird hier ein Berechnungsschema angeführt, das das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik von Nordrhein-Westfalen entwickelt hat und nach dem heute schon das verfügbare Einkommen nach Kreisen in Nordrhein-Westfalen berechnet wird.

Übersicht 5.2

Vereinfachte Darstellung der Methode der Kreisberechnung Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

Komponenten der Berechnung	Kreisschlüssel Hinweise zur Konstruktion
1. Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen (brutto)	Schlüsselgrundlage bilden Regionalergebnisse über die Einkünfte der Steuerpflichtigen aus der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik untergliedert nach Einkunftsarten. Qualität: sehr gut
2. Empfangene laufende Übertragungen (Lfd. Nr. 2.1 + 2.2 + 2.3 + 2.4 + 2.5)	
2.1 Geldleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich öffentlicher Pensionen (netto)	Für die verschiedenen Versicherungsträger wird die Zahl der Rentempfänger anhand aktueller Bevölkerungszahlen und Strukturdaten aus der Volkszählung geschätzt. In den Fällen, in denen regionale Unterschiede im Lohn- und Gehaltsniveau die Höhe der Rentenzahlungen beeinflussen, wird die Zahl der Rentempfänger mit dem durchschnittlichen Niveau der Nettolöhne und -gehälter im Kreis gewogen. Das durchschnittliche Niveau wird nach Maßgabe der laufenden Rechnung in Verbindung mit Angaben aus der Lohnsteuerstatistik geschätzt. Qualität: gut
2.2 Geldleistungen der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung, Kriegsschadenrente und sonstige Geldleistungen im Rahmen des Lastenausgleichs, laufende Wiedergutmachungsleistungen, Kriegsgefangenen- und Häftlingsentschädigung u. ä., sonstige laufende Übertragungen von der übrigen Welt abzüglich geleisteter sonstiger laufender Übertragungen an den Staat und an die übrige Welt	Mangels geeigneter Basisstatistiken und angesichts der Geringfügigkeit der einzelnen Beträge wird die Aufteilung mit Hilfe der mittleren Wohnbevölkerung insgesamt bzw. mit Hilfe der mittleren ausländischen Wohnbevölkerung vorgenommen. Qualität: befriedigend

<p>2.3 Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, übrige soziale Leistungen der Gebietskörperschaften sowie Versorgung der Kriegsoffer und Kriegsofferfürsorge</p>	<p>Für die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe wird die Zahl der Leistungsempfänger anhand aktueller Angaben aus der regionalen Arbeitsamts- und Bevölkerungsstatistik geschätzt und mit dem durchschnittlichen Niveau der Nettolöhne und -gehälter im Kreis gewogen (vgl. 2.1). Für die übrigen Komponenten, die in der laufenden Rechnung z. T. noch weiter untergliedert werden, stehen im wesentlichen geeignete Schlüsselgrundlagen aus laufenden regionalstatistischen Erhebungen zur Verfügung.</p> <p>Qualität: sehr gut</p>
<p>2.4 Gesetzliches Kindergeld</p>	<p>Die Kindergeldzahlungen pro Arbeitsamtsbezirk aus der Statistik der BA werden nach Maßgabe der mittleren Wohnbevölkerung im Alter von 18 Jahren und jünger auf die Kreise verteilt; die Zahlungen an Kindergeldberechtigte im öffentlichen Dienst werden gesondert über fortgeschriebene Ergebnisse aus der Volkszählung regionalisiert.</p> <p>Qualität: gut</p>
<p>2.5 Geldleistungen von selbständigen Pensionskassen und Versicherungsunternehmen, besondere Sozialleistungen der Arbeitgeber einschließlich des Saldos aus Sozialbeiträgen an und sozialer Leistungen von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, die Nettoschadensversicherungsleistungen von Versicherungsunternehmen und die sonstigen laufenden Übertragungen des Staates an private Organisationen ohne Erwerbscharakter</p>	<p>Als Schlüsselgrundlage werden verschiedene im Rahmen der laufenden Rechnung ermittelte Regionalergebnisse für Komponenten des Einkommens aus Erwerbstätigkeit und Vermögen verwendet, außerdem Regionalergebnisse aus der Umsatzsteuerstatistik und der Kreisberechnung für das BIP zu Marktpreisen.</p> <p>Qualität: befriedigend</p>
<hr/>	
<p>3. Geleistete laufende Übertragungen (Lfd. Nr. 3.1 + 3.2 + 3.3)</p>	
<p>3.1 Lohnsteuer auf Bruttolöhne und -gehälter, veranlagte Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Kapitalertragssteuer, Lastenausgleichsabgabe</p>	<p>Basis bilden die Regionalergebnisse der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik untergliedert nach Einkunftsgrößenklassen bzw. Einkunftsarten. Die Steuerschuld wird getrennt nach Steuerarten unter Verwendung landesspezifischer Steuerlastquoten geschätzt bzw. nach Maßgabe der Höhe der Einkünfte einzelner Einkunftsarten auf die Kreise verteilt.</p> <p>Qualität: sehr gut</p>
<p>3.2 Direkte Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch und Zinsen auf Konsumentenschulden</p>	<p>Als Schlüsselgrundlage wird das im Zuge der laufenden Rechnung ermittelte verfügbare Einkommen auf Kreisebene einschließlich der in Spalte 1 genannten Komponenten verwendet.</p> <p>Qualität: befriedigend</p>
<p>3.3 Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä.</p>	<p>Die Aufteilung auf die Kreise richtet sich nach den zuvor ermittelten Ergebnissen für das Einkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. für den geringfügigen Beitrag, der auf Selbständige, Hausfrauen u. ä. entfällt, nach fortgeschriebenen Zahlen aus der Volkszählung.</p> <p>Qualität: gut</p>
<hr/>	
<p>4. Verfügbares Einkommen (Lfd. Nr. 1 + 2 · 3)</p>	
<hr/>	

Ausgangsbasis der Berechnungen sind Landesergebnisse für

- die Erwerbs- und Vermögenseinkommen (brutto), untergliedert in Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen;
- die empfangenen und geleisteten laufenden Übertragungen insgesamt;
- die empfangenen laufenden Übertragungen insgesamt mit der Darunterposition „Soziale Leistungen des Staates“ und die geleisteten laufenden Übertragungen insgesamt mit den Darunterpositionen „Direkte Steuern“, „Sozialbeiträge an den Staat“ bzw. „Sozialbeiträge“ und „Nichtzurechenbare geleistete laufende Übertragungen“;
- die Erwerbs- und Vermögenseinkommen (netto), untergliedert in Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die Regionalisierung im einzelnen basiert auf Überlegungen, die in der Übersicht 5.2 zusammengestellt sind.

5.3 Privater Verbrauch und Wohnungsnachfrage

5.3.1 Bestimmungsgründe der regionalen Entwicklung

Sind Preisniveau und Preisstrukturen gegeben, so wird die Zusammensetzung des privaten Verbrauchs der Haushalte vor allem durch die Höhe des verfügbaren Einkommens bestimmt. Im Hinblick auf die Struktur des Konsums sind daneben auch die Beziehungen zwischen der Haushaltsstruktur, der Einkommensart und dem privaten Verbrauch von Interesse³⁴. Haben Transfereinkommen ein vergleichsweise großes Gewicht, so ist auch die Konsumgüternachfrage eine andere, wie z. B. in Regionen mit überdurchschnittlichen Anteilen von Rentnerhaushalten. Eine wichtige Rolle für die Konsumgewohnheiten spielt in diesem Zusammenhang auch die Siedlungsstruktur.

Welchen Einfluß der private Verbrauch auf die Produktionsstruktur in den Regionen hat, hängt von der räumlichen Inzidenz der Konsumnachfrage ab. Abweichungen von der räumlichen Einkommensverteilung ergeben sich vor allem aufgrund von interregionalen Einkaufs- und Berufspendlerverflechtungen. Sieht man von den Berufspendlern ab, die allein schon aus zeitlichen Gründen auch die Einkäufe des täglichen Bedarfs häufig am Arbeitsort tätigen, so werden größere Distanzen zwischen Wohn- und Einkaufsort vor allem für den Kauf von Gütern höherer Zentralität zurückgelegt. Auf Länderebene kann die Existenz von Orten der höchsten Zentralitätsstufe zu entsprechenden Exportverflechtungen mit den Nachbarländern führen. Beispiele sind wiederum die beiden norddeutschen Stadtstaaten, aber auch andere Zentren überregionaler Dienstleistungsangebote.

Die bisher diskutierte regionale Verteilung der Endnachfrage weicht jedoch noch erheblich von den letztlich relevanten nachfrageinduzierten Produktions- und Arbeitsmarkteffekten ab. In welcher Region sie auftreten, ist abhängig von der regionalen Verteilung der Vorleistungsverflechtungen. Die Abweichungen zwischen der regionalen Verteilung der direkten und indirekten Einkommens- und Beschäftigungswirkungen sind bei den warenverteilenden Betrieben mit Sicherheit hoch. Bei den konsumabhängigen Dienstleistungsbetrieben im engeren Sinne mit ihrem vergleichsweise hohen Wertschöpfungsanteil ist die Verflechtung mit anderen Regionen jedoch nur gering, ihre Abhängigkeit von den regional unterschiedlichen Einkommens-, Haushalts- und Siedlungsstrukturen daher vergleichsweise groß.

In den einleitenden Bemerkungen zu diesem Abschnitt ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung insbesondere auf Analysen dieser Zusammenhänge ankommt, da das Entwicklungspotential dieser Dienstleistungsbetriebe – ähnlich wie in den Bereichen der haushaltsorientierten Infrastruktur – sehr stark von regionalen Besonderheiten abhängt, die in einer gesamt-räumlichen Betrachtung zwangsläufig unberücksichtigt bleiben müssen.

³⁴ Nikolaus K. A. Läufer und Hans-Edi Loef, Ein regionales Konsummodell für die BRD, Meisenheim am Glan 1978.

Eine Sonderstellung kommt in diesem Zusammenhang der Nachfrage nach Wohnungsnutzungen zu. Hier hat sich gezeigt, daß Analysen auf gesamträumlicher Ebene zu wenig aussagekräftigen Ergebnissen geführt haben, was die Entwicklung der Nachfrage anbelangt. Dies gilt insbesondere für die Differenzierung der Wohnungsnachfrage nach Mietwohnungen und Eigentümerwohnungen, die in den letzten Jahren ein immer größeres Gewicht erhalten hat. Sie ist in starkem Maße von der Siedlungsstruktur, der Haushaltsgröße und dem Einkommensniveau in der Region abhängig. Streuen diese Bestimmungsfaktoren in den Regionen erheblich, so folgt daraus beinahe zwangsläufig, daß die Nachfrage nach Eigentümerwohnungen unterschätzt wird.

5.3.2 Regionalstrukturelles Informationssystem

Während auf gesamtwirtschaftlicher Ebene das Statistische Bundesamt den privaten Verbrauch jährlich differenziert nach Verwendungszwecken und Lieferbereichen ausweist, fehlt eine länderweise Aufbereitung dieser Informationen. Dokumentiert für die Jahre 1960–1976 werden in jeweiligen Preisen lediglich die privaten Verbrauchsausgaben insgesamt.

Ansatzpunkte für detaillierte Verbrauchsanalysen bietet jedoch die Umsatzsteuerstatistik, in deren Rahmen in zweijährigem Turnus regional und sektoral tiefgegliedertes Material anfällt. Zu beachten sind allerdings die Probleme, die sich daraus ergeben, daß

- steuerpflichtig das Unternehmen, nicht aber der Betrieb als örtliche Einheit ist;
- aufgrund von Freigrenzen und Befreiungen (z. B. von Ärzten, Landwirten) bestimmte Bereiche des privaten Verbrauchs über die Umsatzsteuerstatistik ebenfalls nicht erfaßt werden können.

Diese Restriktionen sind jedoch für die Konsumbereiche mit geringer überregionaler Bedeutung, die für eine regionalisierte Strukturberichterstattung von besonderem Interesse sind, weniger bedeutsam, zum einen, weil es sich häufig um kleine Unternehmen mit nur einer Betriebsstätte handelt, zum anderen, weil zusätzliche Statistiken wie z. B. über die regionale Verteilung der Ärzte herangezogen werden können, um Lücken zu schließen.

Für Analysen der regionalen Wohnungsnachfrage in Abhängigkeit von Strukturmerkmalen der privaten Haushalte, ihrer Einkommen und der Siedlungsstruktur steht ebenfalls bisher weitgehend ungenutztes statistisches Material aus

- der Bautätigkeitsstatistik,
- den Gebäudezählungen,
- den Wohnungsstichproben und
- der Bewilligungsstatistik

zur Verfügung. Dieses Material gibt die Möglichkeit, die Nachfrage differenziert nach Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und in Geschößbauweise sowie nach Art und Umfang der öffentlichen Förderung zu untersuchen. Aus den Wohnungsstatistiken lassen sich darüber hinaus Indikatoren zur quantitativen und qualitativen Wohnungsversorgung der Haushalte, zur Entwicklung des Mietpreisniveaus sowie des Bestandes an öffentlich geförderten Wohnungen entwickeln. Die qualitativen Merkmale des Wohnungsbestandes geben darüber hinaus Hinweise auf den künftigen Modernisierungsbedarf.

6. Öffentliche Haushalte

Öffentliche Haushalte wirken sowohl über die Ausgaben- als auch über die Einnahmenseite auf die regionale Produktions- und Arbeitsmarktstruktur ein. Nur zu einem geringen Teil basieren die jeweiligen fiskalischen Aktivitäten auf unmittelbar regionalpolitischen Zielsetzungen. Dennoch erzeugen auch die nicht regionalpolitisch orientierten Einnahmen und Ausgaben regional unterschiedliche strukturelle Wirkungen, von denen letztlich auch die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen abhängen. Die Kenntnis dieser Effekte ist damit Voraussetzung für einen effizienten Einsatz nicht nur der Instrumente der regionalen Strukturpolitik, sondern beinahe sämtlicher staatlicher Aktivitäten.

Niveau und Struktur öffentlicher Einnahmen und Ausgaben sind jedoch nicht nur im Hinblick auf ihre Wirksamkeit bei Unternehmen und privaten Haushalten von Interesse. Als Produzent von Infrastrukturleistungen ist der öffentliche Sektor auch selbst Bestandteil der Wirtschaftsstruktur und als solcher erklärungsbedürftig. Auch hier versagt eine lediglich gesamträumliche Betrachtung, da Angebot und Nachfrage auch im Bereich der öffentlichen Güter regional stark streuen und eine die Verhältnisse zwangsläufig nivellierende gesamträumliche Betrachtung zu erheblichen Fehlschlüssen führen kann.

Die Analyse der Determinanten von Niveau, Struktur und regionaler Verteilung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben sollte damit einerseits Ansatzpunkte für eine effiziente Ausgestaltung der Instrumente zur Beeinflussung der regionalen und damit auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liefern, andererseits aber auch die Verhaltensweise des öffentlichen Sektors als Produzent von Infrastrukturleistungen erklären. Für die Analysen empfiehlt sich dabei eine zweigleisige Vorgehensweise

- einerseits sollten die Einnahmen und Ausgaben und ihre Wirkungen regionalisiert werden,
- andererseits müssen darüber hinaus die Möglichkeiten einer sektoralen Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben und ihrer Wirkungen innerhalb der Einzelregion geprüft werden.

Neben den über die Veränderungen der öffentlichen und privaten Nachfrage vermittelten Produktions- und Arbeitsmarkteffekten sollten auch die Einflüsse der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf die regionalen Standort- und Wohnortbedingungen und deren mögliche Auswirkungen auf Produktion und Arbeitsmarkt in die Wirkungsanalyse einbezogen werden.

Die verfügbaren Informationen über die regionale Verteilung von Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Haushalte beschränken den Spielraum für Untersuchungen in diesem Feld nicht unerheblich. Am ehesten scheint noch eine Regionalisierung im Bereich der kommunalen Finanzen möglich. Bei Bund und Ländern kommen dagegen nur ausgewählte Einnahmen und Ausgaben für eine Regionalisierung in Betracht. Die Regionalisierung von Transferbeziehungen mit der Sozialversicherung wird dagegen kaum über das hinausgehen können, was im Zusammenhang mit den Ausführungen zur Regionalisierung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte vorgeschlagen wurde.

Die Ausführungen im folgenden beschränken sich daher auf die Gebietskörperschaften, deren Aktivitäten im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung zu folgenden Untersuchungsbereichen zusammengefaßt werden sollten:

- Ausgaben für die Infrastruktur,
- Transfers an Unternehmen und Unternehmensbesteuerung,
- Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden.

Analysen der regionalen Verteilung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sind zwangsläufig eng an die in den Haushaltsrechnungen vorgegebenen Gliederungen des Datenmaterials gebunden. Dies schließt die Bildung anderer, für einzelne Fragestellungen möglicherweise besser geeigneter Aggregate zwar nicht aus, bei deren Eingrenzung sollte jedoch auf Konsistenz mit den herkömmlichen Gliederungssystemen geachtet werden.

Übersicht 6.1

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Ebenen im Jahr 1978
Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Bund	Länder	Gemeinden u. Gemeinde- verbände	Gebietskör- perschaften insgesamt
<u>Ausgaben</u>				
Personelle und materielle Infrastruktur	59,2	98,2	91,6	249,0
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	25,4	73,6	35,3	134,3
Käufe von Vorleistungen	27,2	17,0	28,4	72,6
Bruttoinvestitionen	6,6	7,6	27,9	42,1
Transfers an Dritte	82,9	40,4	14,9	138,2
Unternehmen	30,2	11,9	3,8	45,9
Subventionen	18,6	4,1	0,8	23,5
sonstige lfd. Übertragungen	2,9	-	0,2	3,1 ²⁾
Vermögensübertragungen	8,7	7,8	2,8	19,3 ²⁾
Private Haushalte ¹⁾	38,0	26,7	11,0	75,7
Soziale Leistungen	32,8	19,5	9,0	61,3
Sonstige lfd. Übertragungen	0,7	3,9	1,6	6,2
Vermögensübertragungen	4,5	3,3	0,4	8,2
Obrige Welt	14,7	1,8	0,1	16,6
Transfers an öffentliche Körperschaften	58,8	36,7	2,8	98,3
Lfd. Übertragungen	50,5	25,2	2,1	77,8
Vermögensübertragungen	8,3	11,5	0,7	20,5
Zinszahlungen	10,0	6,8	5,2	22,0
Insgesamt	210,9	182,1	114,5	507,5
<u>Einnahmen</u>				
Steuern	171,1	118,8	41,3	331,2
Produktionssteuern (netto)	61,7	39,6	23,8	125,1
Einfuhrabgaben	38,6	-	-	38,6
Direkte Steuern	70,8	79,2	17,5	167,5
Einkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	3,9	0,8	3,3	8,0
Gebühren u. sonst. Einnahmen aus Verkäufen ³⁾	2,0	8,8	23,9	34,7
Transfers von Dritten	11,8	16,7	8,2	36,7
Unternehmen	-	0,9	4,2	5,1
Private Haushalte	3,5	15,8	4,0	23,3
Obrige Welt	8,3	-	-	8,3
Transfers von öffentlichen Körperschaften	2,1	27,6	36,9	66,6
Lfd. Übertragungen	2,0	19,1	25,0	46,1
Vermögensübertragungen	0,1	8,5	11,9	20,5
Finanzierungssaldo	20,0	9,4	0,9	30,3
Insgesamt	210,9	182,1	114,5	507,5
1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter. 2) Davon etwa 17 Mrd. Investitionszuschüsse. 3) Einschließlich selbsterstellte Anlagen.				

Im Hinblick auf diese Untersuchungsbereiche bietet eine von der haushaltssystematischen bzw. finanzstatistischen Gliederung abweichende Systematik, die es erlaubt, sowohl den Bereich der Infrastruktur als auch den Transferbereich gesondert zu betrachten, eine Reihe von Vorteilen:

- Die Unterscheidung zwischen Infrastruktur- und Transferbereich grenzt die direkte Nachfrage der öffentlichen Hand nach Vorleistungen und den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zur Produktion von öffentlichen Gütern von denjenigen Nachfrageeffekten ab, die nur vermittelt über die privaten Wirtschaftssubjekte und andere öffentliche Haushalte auftreten.
- Die Kategorien Infrastruktur und Transfer drücken die standort- und wohnortprägenden Effekte regional differenzierter öffentlicher Haushaltsgebarung deutlicher aus als die kameralistisch orientierten Kategorien der Haushaltsrechnung.
- Die Unterscheidung von Infrastruktur- und Transferbereich differenziert nach den beiden zentralen haushaltswirksamen Instrumenten der regionalen Strukturpolitik.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Ebenen für das Jahr 1978 in einer Grobgliederung zusammengestellt worden, die dieser Abgrenzung Rechnung trägt und aus der die wichtigsten Ströme für Analysen in diesen drei Untersuchungsbereichen hervorgehen.

Diese Gliederung wirft allerdings auch Zuordnungsprobleme auf. Dies gilt insbesondere für die Infrastruktur, über deren Abgrenzung unterschiedliche Vorstellungen bestehen³⁵. Knüpft man an die Ausgaben für den Infrastrukturbereich an, so setzt sich die Infrastruktur in der hier gewählten Definition aus den gezahlten Einkommen aus unselbständiger Arbeit, den laufenden Sachkäufen (= Vorleistungen) sowie den Investitionen zur Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktureinrichtungen zusammen. Die Summe aus Vorleistungen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind die wichtigsten Bestandteile des Produktionswertes der Gebietskörperschaften, wie er in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesen wird³⁶.

Als Transfers sind hier alle laufenden Übertragungen (ohne Steuern) sowie Vermögensübertragungen zusammengefaßt worden. Ähnliche Wirkungen, wie sie von Übertragungen ausgehen, die Gebietskörperschaften an Dritte leisten, sind im Prinzip auch von Steuervergünstigungen sowie verbilligten Verkäufen von Gütern und Dienstleistungen (z. B. von Grundstücken) zu erwarten. Während die Steuervergünstigungen zumindest auf der Ebene des Bundes in den Subventionsberichten der Bundesregierung dokumentiert sind, liegen über die Verteilung der verbilligten Verkäufe der öffentlichen Hand keinerlei Primärinformationen vor. In einer regionalisierten Strukturberichterstattung sollten deshalb zunächst die als Einnahmeverzichte geleisteten Transfers aus der Analyse ausgeklammert werden, zumal auch Untersuchungen über die regionale Verteilung von Steuervergünstigungen auf der gegenwärtig verfügbaren Datenbasis kaum möglich sein dürften.

6.1 Infrastruktur

Für die Produktion von Infrastrukturleistungen beschäftigten die Gebietskörperschaften Arbeitskräfte (= *personelle Infrastruktur*)³⁷ und beziehen Vorleistungen und Investitionsgüter vom privaten Sektor (= *materielle Infrastruktur*). Insofern gelten für den Einsatz der Faktoren Arbeit und Kapital bei der Produktion staatlicher Leistungen ähnliche Bedingungen wie im Produktionsprozeß der privaten Unternehmen, wobei allerdings die Faktoreinsatzrelationen je nach staatlicher Funktion sehr unterschiedlich sein können. Kapitalintensiv ist die öffentliche Leistungserstellung im Verkehrs-, Ver- und Versorgungswesen, während im Sozial-, Bildungs- und Freizeitwesen der Arbeits- gegenüber dem Kapitaleinsatz überwiegt.

³⁵ Vgl. Reimut Jochimsen, Art. „Infrastruktur“, in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung.

³⁶ Es fehlen die Abschreibungen, die – der Haushaltspraxis entsprechend – hier unberücksichtigt geblieben sind. Nicht gesondert ausgewiesen, sondern mit den Einnahmen verrechnet wurden die geringfügigen Beträge für Zahlungen von Produktionssteuern der Gebietskörperschaften.

³⁷ Nicht zu verwechseln mit der Verwendung dieses Begriffs als Maßgröße für den Ausbildungsstand der Bevölkerung, einem Indikator für den Output des Bildungssystems.

6.1.1 Personelle Infrastruktur

- Die Höhe der öffentlichen Ausgaben für die personelle Infrastruktur in den Regionen ist abhängig von
- Niveau und Struktur des öffentlichen Leistungsangebots für die Region,
 - die Art der Produktionsprozesse für die öffentliche Leistungserstellung sowie
 - den überregionalen öffentlichen Funktionen, die von einer Region wahrgenommen werden sowie dem hierfür erforderlichen Arbeitseinsatz.

Das öffentliche Leistungsangebot ist durch die regionale Bedarfslage und den im politischen Prozeß sich durchsetzenden Normen bestimmt. Beide Faktoren bestimmen sowohl das Gesamtvolumen an öffentlichen Ausgaben, die in eine Region fließen (hierbei wirken sich auch die einnahmepolitischen Entscheidungen aus) als auch die Verteilung der Mittel auf die Funktionsbereiche. In der regionalen Bedarfslage drücken sich vor allem die Unterschiede in der regionalen Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Siedlungsstruktur aus³⁸, die im einzelnen an anderer Stelle behandelt werden.

Neben der Höhe und der Aufteilung des Ausgabevolumens auf Funktionsbereiche bestimmt die Personalintensität in den Funktionsbereichen den Personalbedarf der regionalen Gebietskörperschaften. Unterschiede in der Personalintensität in den Funktionsbereichen lassen sich im Rahmen regionaler Vergleiche ermitteln. Bedeutsam ist diese Fragestellung z. B. zur Beurteilung der Effizienz der Leistungserstellung bei Infrastruktureinrichtungen der Gemeinden, deren Finanzgebaren sich aus den Haushaltsrechnungen im Detail ermitteln ließe.

Die bisher erörterten Ursachenkomplexe für die Höhe der regionalen Ausgaben für die personelle Infrastruktur betrafen die öffentliche Leistungserstellung für die Region selbst. Zusätzlicher öffentlicher Arbeitskräftebedarf ergibt sich jedoch, wenn die Region Standort von öffentlichen Einrichtungen mit überregionalem Wirkungsbereich ist. Damit sind insbesondere die vom öffentlichen Sektor ausgehenden regionalen Arbeitsmarkteffekte abhängig von überregionalen Entscheidungen über die Standorte öffentlicher Einrichtungen. Überregionale Standortalternativen gibt es im allgemeinen nur für Einrichtungen von Bund und Ländern (Ausnahmen bilden z. B. kommunale Freizeiteinrichtungen und kommunale Verbände und Zusammenschlüsse). Dieses Potential staatlicher Einrichtungen sowie die gegenwärtige räumliche Verteilung überregionaler öffentlicher Einrichtungen sollte in die Betrachtung einbezogen werden.

Über die unmittelbaren Wirkungen einer erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Gebietskörperschaften auf den regionalen Arbeitsmärkten hinaus ist mit Folgewirkungen zu rechnen, wenn sich infolge der erweiterten Personalausstattung der Gebietskörperschaften die regionalen Standort- und Wohnbedingungen verbessern. So initiieren z. B. überregionale Bildungseinrichtungen, die stets mit hohen Personalausgaben verbunden sind, Ströme von Bildungswanderungen, mit entsprechenden Konsequenzen für die regionale Nachfrage nach Wohnraum und sozialer Infrastruktur.

Grundlage jeder weitergehenden regionalen Wirkungsanalyse öffentlicher Personalausgaben sind daher Informationen über die regionale Verteilung der öffentlichen Bediensteten in den jeweiligen Aufgabebereichen. Zusätzliche Erkenntnisse vermitteln Untersuchungen über ihre Qualifikationsstruktur.

6.1.2 Materielle Infrastruktur

Für die regionale Versorgung mit Einrichtungen der materiellen Infrastruktur sind im Prinzip die gleichen Bestimmungsgründe maßgebend wie für die personelle Infrastruktur. Dies folgt aus der Kombination von Arbeit und Kapital bei der öffentlichen Leistungserstellung. Einrichtungen der materiellen Infrastruktur sind im allgemeinen auf eine längerfristige Nutzung angelegt. Relevant für eine leistungsorientierte Betrachtung ist daher der jeweilige Bestand an Infrastruktureinrichtungen, der sich aus den Investitionen in der Vergangenheit unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer der Anlagen ergibt.

³⁸ Jacques Stohler und René L. Frey, Das Verhältnis von regionaler Wirtschaftsstruktur und öffentlichen Ausgaben, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Jg. 103 (1967), S. 360 ff.

Die jährlichen Investitionsausgaben für die materielle Infrastruktur verändern den Bestand an Einrichtungen zumeist nur marginal und lassen deswegen nur dann Rückschlüsse auf den Bestand zu, wenn sie als Zeitreihe zur Verfügung stehen, mit der eine im Vergleich zur durchschnittlichen Nutzungsdauer der Einrichtung merkliche Periode abgedeckt ist.

In die materielle Infrastruktur einbezogen werden sollten auch die Käufe von Vorleistungen, die zum Betrieb der jeweiligen Einrichtungen erforderlich sind. Sie sind Teil des Leistungsangebots ebenso wie die Zahl der Beschäftigten. Für ihre Einkommenswirkungen gelten ähnliche Überlegungen, wie sie im Zusammenhang mit den Ausführungen zur Analyse der Produktionsprozesse im Unternehmensbereich angestellt worden sind.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß ein erheblicher, in den einzelnen Regionen jeweils unterschiedlicher Anteil der Infrastrukturleistungen von öffentlichen Unternehmen angeboten wird. Damit ist die Höhe der jeweiligen Ausgaben der Gebietskörperschaften nicht nur abhängig von dem Bedarf an Infrastruktur, sondern auch von politischen Entscheidungen über die Organisation des öffentlichen Leistungsangebots entweder in eigener Regie der Gebietskörperschaften oder in Form öffentlicher Unternehmen.

Aufgrund der begrenzten Einzugsbereiche von materiellen Infrastruktureinrichtungen werden die entsprechenden Investitionsentscheidungen in der Mehrzahl der Fälle unter regionalen Versorgungsgesichtspunkten getroffen. Dies wird auch daran deutlich, daß rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen in der Bundesrepublik von den Kommunen durchgeführt werden. Dennoch spielen gesamtäumliche Entwicklungen in diesem Zusammenhang eine nicht unerhebliche Rolle, da zum einen auch kommunale Investitionen vielfach auf Initiativen übergeordneter staatlicher Körperschaften zurückgehen und zum großen Teil auch von diesen finanziert werden, zum anderen bestimmte Aufgabenbereiche ohnehin in die Kompetenz von Bund bzw. Ländern fallen. Fehlentwicklungen der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur, Umweltbelastungen, sowie unzureichenden Verkehrsbedingungen wird damit häufig auf staatlicher Ebene mit Maßnahmen begegnet, die mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung begründet werden.

Deutlicher als bei den personellen Infrastrukturausgaben bestimmen daher konjunkturelle Schwankungen die öffentliche Investitionstätigkeit. Daneben ermöglichen gesamtwirtschaftlich motivierte Sonderprogramme wie das Zukunftsinvestitionsprogramm den Gebietskörperschaften die Durchführung öffentlicher Investitionen mit regionalen Struktureffekten.

Umgekehrt sind ausreichende materielle Infrastrukturkapazitäten Voraussetzung einer optimalen Faktorallokation im Raum. Regionale Versorgungsentpässe wirken sich auch gesamtwirtschaftlich bremsend auf das Wachstum aus. Sie können Wanderungen in Regionen mit höherem Ausstattungsniveau bewirken. Daraus kann eine gesamtäumlich suboptimale räumliche Struktur entstehen, die durch Regionen deutlich unterhalb und deutlich oberhalb des Agglomerationsoptimums gekennzeichnet ist, mit entsprechenden Folgen auch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Ebenso wie die Vorleistungsnachfrage bewirkt auch die staatliche Investitionstätigkeit zur Ausweitung von Infrastruktureinrichtungen Produktionssteigerungen bei den jeweiligen Lieferanten sowie hierdurch induzierte Beschäftigungseffekte. Da es sich hier jedoch vornehmlich um Bauten handelt, die nur am Ort produziert werden können und auch die Vorleistungen der Bauwirtschaft nur einen begrenzten Transportradius haben, ist der Anteil der Produktionswirkungen, die der Region zugute kommen, höher als bei Käufen von Vorleistungen und Ausrüstungsinvestitionen.

Hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Outputs von Infrastruktureinrichtungen bestehen Unterschiede zwischen punktförmigen und bandartigen Infrastrukturanlagen. Die regionalen Wirkungen von Einrichtungen der Punktinfrastruktur sind im allgemeinen auf ihren Einzugsbereich beschränkt. Einrichtungen von Bandinfrastruktur kommen dagegen vielen Regionen zugute, da sie den Prozeß der wirtschaftlichen Arbeitsteilung fördern. Nicht immer geht die Wirkung dabei in der gewünschten Richtung: So kann es sein, daß die Kommunikationsinfrastruktur zu erhöhtem Aktivitätsniveau in den bereits verdichteten Regionen führt und nicht – wie beabsichtigt – die peripheren Regionen stärker in die Gesamtwirtschaft integriert werden. Intraregional können sich zusätzlich unerwünschte räumliche Funktionstrennungen ergeben. Die siedlungsstrukturellen Effekte von Anlagen der Bandinfrastruktur können danach durchaus in Widerspruch zu den verfolgten Zielen stehen.

Neben den bandinfrastrukturellen können auch die punktförmigen Anlagen aufgrund ihrer Eigenschaft als Standort- und Wohnortfaktoren Veränderungen der Siedlungsstruktur bewirken. Ihre gesamtwirtschaft-

liche Bewertung ist davon abhängig, ob durch die Wirkungen im Ergebnis die räumlichen Disparitäten verstärkt oder abgebaut werden. Untersuchenswert ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung der regionalen Infrastrukturausstattung für den Agglomerationsprozeß in der Vergangenheit. Hieraus lassen sich Schlußfolgerungen im Hinblick auf die unterschiedliche Effizienz von Subventionen einerseits, des Ausbaus der Infrastruktur andererseits als Instrumente der Strukturpolitik, und zwar nicht nur der regionalen Strukturpolitik ziehen. Die großräumige Entwicklung der Bundesrepublik in der Vergangenheit spricht für die Vermutung, daß die dauerhaften Nutzungsmöglichkeiten eines vielfältigen Infrastrukturangebots von Unternehmen bei Standortentscheidungen von Dauer letztlich höher bewertet werden als die einmalige Förderung ihrer Investitionen.

6.2 Transfers an Unternehmen und Unternehmensbesteuerung

6.2.1 Transfers an Unternehmen

Die Transfers an Unternehmen umfassen eine Vielzahl von Ausgabearten, die mit jeweils unterschiedlicher Zielsetzung an unterschiedliche Empfänger gezahlt werden.

Neben der Steuerpolitik stellen diese Ausgaben die wichtigsten Instrumente des Staates zur Verfolgung strukturpolitischer Ziele dar. Daneben spielen sozial- und versorgungspolitische Ziele eine Rolle. Die Investitionszulage nach dem Stabilitätsgesetz ist darüber hinaus ein Beispiel für eine primär konjunkturpolitisch motivierte Transferausgabe.

Wichtigste Bestimmungsfaktoren von Niveau und Struktur öffentlicher Transferleistungen an Unternehmen sind im einzelnen:

- Wandlungen der Produktions- und Arbeitsmarktstruktur: Sie veranlassen den Staat, Transfers mit dem Ziel der Erhaltung, Anpassung oder Förderung der Betriebe zu gewähren. Ebenfalls auf Wandlungen der Produktionsstruktur sind Transfers zur Förderung der beruflichen und regionalen Mobilität zurückzuführen.
- Politische Normen bestimmen Art und Intensität staatlicher Reaktionen auf Wandlungen der Produktions- und Arbeitsmarktstruktur und determinieren im einzelnen den Umfang, die Fristigkeit, den Empfängerkreis und den Verteilungsmodus der Transferausgaben.

Niveau und Struktur der in eine Region fließenden Transfers an Unternehmen sind einerseits durch die Entwicklung makroökonomischer Aggregate bestimmt, andererseits beeinflussen die infolge der Transfers veränderten Verhaltensweisen der Unternehmen in den Regionen auch die Entwicklung dieser Aggregate. Regionale Schwerpunkte von Transferleistungen ergeben sich in dem Maße, in dem die Anspruchsberechtigten räumlich ungleich verteilt sind. Insofern lassen sich die Wechselwirkungen zwischen gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und regionaler Verteilung der Transferausgaben an Unternehmen anhand der folgenden Fragestellungen analysieren:

- Regionale Nachfrageeffekte öffentlicher Transfers an den privaten Sektor und ihr Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.
- Räumliche Allokationseffekte öffentlicher Transfers an den privaten Sektor und ihre Beziehungen zur gesamträumlichen Entwicklung.

Für eine Analyse der Wirkungen der Transfers an Unternehmen auf die Produktions- und Arbeitsmarktstruktur in den Regionen reicht allerdings eine globale Untersuchung der Beziehungen zwischen Transferströmen und regionaler Entwicklung nicht aus. Erforderlich ist darüber hinaus eine sektorale Verteilungsanalyse, die angibt, welche Wirtschaftszweige in den Regionen die Zahlungen empfangen. In weiteren Wirkungsanalysen sollte untersucht werden, welche Veränderungen der Produktionsstruktur diese Transfers zur Folge gehabt haben, einschließlich ihrer Rückwirkungen auf Investitions- und Arbeitskräftenachfrage.

Von besonderer Bedeutung bei der Analyse der direkten und indirekten Nachfrageeffekte ist deren räumliche Verteilung, die in Abhängigkeit von der „Einkaufsmobilität“ von Unternehmen von der räumlichen Verteilung der Empfänger von Transferleistungen abweichen kann. Dementsprechend unterschiedliche Verteilungsmuster werden sich auch für die regionale Verteilung der Wirkungen auf die Produktions- und Arbeitsmarktstruktur ergeben.

Siedlungsstrukturelle Wirkungen sind insbesondere dann zu erwarten, wenn durch die Transfers die Faktormobilität beeinflusst wird. Solche Mobilitätseffekte sind bei Transfers mit unmittelbar regionalstruktureller Zielsetzung beabsichtigt, können sich jedoch auch bei räumlich undifferenzierten Transfers ergeben:

- Eine sektorale Förderung von Branchen, die regional konzentriert sind, kann die Ansiedlung von Zulieferbetrieben und die Zuwanderung von Arbeitskräften bzw. die Verhinderung von deren Abwanderung zur Folge haben.
- Eine Förderung der beruflichen Qualifikation von Arbeitnehmern erhöht auch deren regionale Mobilität und kann Zuwanderungen in Regionen mit entsprechendem Arbeitsplatzangebot zur Folge haben.

6.2.2 Unternehmensbesteuerung

Das Pendant zur Subventionierung ist die Besteuerung von Unternehmen. Im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung interessiert in diesem Zusammenhang vor allem die Steuerbelastung als Standortfaktor für Unternehmensentscheidungen.

Als Standortfaktor werden Steuern wirksam, wenn die Steuerbelastung regional variiert. In der Bundesrepublik ist die steuerpolitische Autonomie von Ländern und Gemeinden allerdings begrenzt. Standortwirksamkeit ist allenfalls den kommunalen Hebesätzen bei ausgewählten indirekten Steuern, insbesondere der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer beizumessen. Deren Bedeutung als Kostenfaktor im unternehmerischen Kalkül ist umstritten. Häufig wird die Ansicht vertreten, daß ihr Einfluß so gering sei, daß die Hebesatzpolitik als Instrument der regionalen Strukturpolitik nur in Verbindung mit anderen standortbeeinflussenden Maßnahmen wirksam sein dürfte³⁹. Multiple Regressionsrechnungen auf der Basis von regionalen Querschnitten haben keinen signifikant nachweisbaren Einfluß der Hebesätze auf die Investitionstätigkeit bzw. auf die Standortentscheidungen ergeben⁴⁰. Die meisten anderen wichtigen Steuern sind als Kostenfaktoren für die Unternehmen und die privaten Haushalte in allen Regionen gleich.

Aufgabe einer regionalisierten Strukturberichterstattung wäre es, den Einfluß dieser Steuern auf Unternehmensentscheidungen nicht isoliert, sondern im Zusammenwirken mit den Einnahmen der Unternehmen aus Transferzahlungen zu untersuchen, da nur so der Nettoeffekt der Transferbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Unternehmen deutlich wird. Darüber hinaus liefert eine solche Betrachtung auch Anhaltspunkte für eine widerspruchsfreie Begründung strukturpolitischer Maßnahmen⁴¹.

6.3 Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden

Einer regionalen Betrachtung der kommunalen Haushalte und ihrer Struktur kommt für eine regionalisierte Strukturberichterstattung große Bedeutung zu. Auf diese Weise ist es möglich, nicht nur ausgewählte Aspekte des Infrastrukturpotentials und seiner Wirkungen zu untersuchen, sondern für diejenigen Einrichtungen, die aus kommunalen Haushalten finanziert werden, die Beziehungen von Aufwendungen zu Erträ-

³⁹ Bernd Kirsch und Klaus Schußmann, Kommunale Gewerbesteuerpolitik: Hebesatzpolitik versus gewerbesteuerorientierte kommunale Strukturpolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 2/3, 1978, S. 105–114.

⁴⁰ Vgl. H. Birg: Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen, DIW-Sonderheft Nr. 105, Berlin, 1975, S. 45 f. – H. Bölling: Wirkungsanalyse der Instrumente der regionalen Wirtschaftspolitik, Band 35 der Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen, Münster 1976, S. 125.

⁴¹ Vgl. hierzu auch P. Klemmer, R. Thoss, H. Mentrup, F. Plogmann: Zur Konsistenz von Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik mit der regionalen Wirtschaftspolitik, Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Band 49–51, Münster 1978.

gen sowie die Finanzierung der Investitionen in Analogie zu betriebswirtschaftlichen Überlegungen für Unternehmen zu analysieren. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, die regionale Verteilung des Steueraufkommens der Gemeinden nicht nur unter dem Aspekt der unterschiedlichen Steuerbelastung von Unternehmen, sondern auch als Komponente der Finanzwirtschaft der Gemeinden zu untersuchen.

Steuereinnahmen bestimmen maßgeblich das Leistungsvermögen der Gemeinden und stellen eine Einnahmequelle dar, über deren Verwendung frei entschieden werden kann. Die Gemeinden betrachten deshalb den Anteil der Steuern an ihren Gesamteinnahmen als Indikator ihrer finanzpolitischen Autonomie. Im Rahmen der regionalisierten Strukturberichterstattung sollte neben der deskriptiven Analyse der regionalen Steuerkraftunterschiede vor allem Untersuchungen der Ursachen des Steuerkraftgefälles durchgeführt werden. In diese Analyse müssen auch die Unterschiede in der kommunalen Hebesatzpolitik einbezogen werden.

Wie aus Übersicht 6.1 deutlich wird, absorbiert die Produktion von Infrastrukturleistungen 80 vH des Gesamthaushalts. Die Komponenten der laufenden Rechnung – Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie Käufe von Vorleistungen – werden zu etwa 75 vH aus „Gebühren und sonstigen Einnahmen aus Verkäufen“ und „laufenden Übertragungen“ im Rahmen des Finanzausgleichs finanziert. Den Bruttoinvestitionen als Komponente der Kapitalrechnung sind aus Übersicht 6.1 direkt zurechenbar lediglich die Vermögensübertragungen von Gebietskörperschaften und Unternehmen (Anliegerbeiträge u. a.); sie machen zusammen etwa 55 vH der Investitionsausgaben aus. Hinzu kommt die kommunale Nettoverschuldung, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht gesondert ausgewiesen wird.

Auf die Ausgaben für die kommunale Infrastruktur ist bereits im Zusammenhang mit den Erörterungen zur personellen und materiellen Infrastruktur eingegangen worden. Ergänzend hierzu kommt es in diesem Zusammenhang insbesondere darauf an, die für die jeweilige Infrastruktureinrichtungen spezifischen Einnahmen:

- Gebühren und sonstige Einnahmen aus Verkäufen,
- Einnahmen im Rahmen des Finanzausgleichs,
- Einnahmen aus Krediten,

in ihrem Verhältnis zu den getätigten Ausgaben zu untersuchen.

6.3.1 Gebühren und sonstige Einnahmen aus Verkäufen

Gebührenpflichtige Infrastrukturleistungen werden im allgemeinen zu Preisen abgegeben, die in Tarifen festgelegt sind. Die Tarifgestaltung der Gebietskörperschaften ist zwar durch die Abgabenordnungen geregelt, diese läßt jedoch Möglichkeiten zur Abweichung vom Grundprinzip der kostendeckenden Gebührenerhebung aus sozial-, struktur- und versorgungspolitischen Gründen offen. Politische Entscheidungen bestimmen damit maßgeblich die Höhe der Gebühreneinnahmen der Gebietskörperschaften. Die Gemeinden machen von dieser Gestaltungsfreiheit bei der Festsetzung der Gebühren für kommunale Ver- und Entsorgungsleistungen gern Gebrauch, allerdings ist ein einheitliches Verhaltensmuster auf den ersten Blick nicht erkennbar.

Was die Wirksamkeit dieser Einnahmen als Standortfaktor anbelangt, so ist zu vermuten, daß die Belastung der Wirtschaftssubjekte mit Gebühren und ähnlichen Abgaben räumlich weitgehend gleich verteilt ist, so daß Mobilitätsprozesse aus diesem Grund kaum zu erwarten sind. Es ist jedoch zu beachten, daß Kommunen und öffentlich kontrollierte regionale Versorgungsunternehmen Tarifvergünstigungen häufig als Instrument der Standortwerbung einsetzen. In welchem Umfang solche Maßnahmen regionale, gesamtwirtschaftliche und räumliche Strukturentwicklungen in Gang setzen können, zeigt die Gründungswelle im Bereich der NE-Metallindustrie Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, die ganz wesentlich durch gezielte Strompreissenkungen der Energieversorgungsunternehmen hervorgerufen wurde. Insofern ist nicht abzuschließen, daß auch diese eher „erwerbswirtschaftlichen“ öffentlichen Einnahmen regionale Produktions-, Arbeitsmarkt- und Siedlungsstrukturen verändern, wenn auch die Mitnahmeeffekte in diesem Bereich relativ hoch sein dürften.

Auch im Hinblick auf die Finanzkraft der regionalen Gebietskörperschaften verdienen diese Einnahmearten aufgrund ihres relativ hohen Gewichts besondere Aufmerksamkeit. Vordringlich erscheinen in die-

sem Zusammenhang insbesondere Untersuchungen über den Grad der Kostendeckung bestimmter kommunaler Infrastruktureinrichtungen. Vergleichende Untersuchungen von Gebietskörperschaften gleicher Ebene könnten Anhaltspunkte dafür liefern, in welchem Umfang dieses Einnahmepotential ausgeschöpft wird und welche Reserven noch zur Verfügung stehen. Untersuchungen in dieser Richtung sind insbesondere auch unentbehrlich im Zusammenhang mit der Diskussion um eine mögliche Privatisierung bestimmter kommunaler Einrichtungen.

6.3.2 Einnahmen im Rahmen des Finanzausgleichs

Generell sind alle Transfers zwischen den Gebietskörperschaften darauf gerichtet, öffentliche Aktivitäten zu ermöglichen oder zu initiieren, die ohne diese Zahlungen unterblieben wären. Dabei sollen die Einnahmen im Rahmen des verfassungsrechtlich geregelten Finanzausgleichs ein in allen Teilräumen der Bundesrepublik gleichwertiges Leistungsangebot sicherstellen, während den anderen Transferleistungen strukturpolitische und sozialpolitische Zielsetzungen zugrunde liegen. Einzelne Transfers stellen für die Empfänger lediglich durchlaufende Posten dar und sind letztlich an Empfänger im privaten Sektor gerichtet (z. B. Wohngeld).

Die Entwicklung der Transfereinnahmen im Rahmen des Finanzausgleichs ist von der Entwicklung der für eine Umverteilung im Rahmen des Finanzausgleichs auf Bundes- und Länderebene zur Verfügung stehenden Beträge sowie der Finanzkraft und dem Bedarf der empfangsberechtigten Gebietskörperschaften abhängig. Dabei ist die zur Verteilung gelangende Finanzausgleichsmasse durch die Höhe der in ihre Berechnung einbezogenen Steuern bestimmt. Gleiches gilt für die Finanzkraft der jeweiligen Gebietskörperschaften, während der Finanzbedarf entsprechend einer modifizierten Einwohnerzahl ermittelt wird.

Auf der Grundlage dieser für alle Regelungen des kommunalen Finanzausgleichs und des horizontalen Finanzausgleichs der Länder einheitlichen Struktur haben sich allerdings länderspezifische Ausprägungen des kommunalen Finanzausgleichs entwickelt. In jüngerer Zeit werden auch raumordnungspolitische Zielsetzungen in zunehmendem Maße in den Finanzausgleichsgesetzen berücksichtigt⁴².

Die Höhe der Transfers an die Gemeinden ist somit einerseits stark von der Entwicklung der Basisgrößen (Finanzkraft, Finanzbedarf) abhängig. Andererseits schlagen sich strukturpolitische Zielsetzungen auch in den länderspezifischen Ausprägungen des kommunalen Finanzausgleichs nieder. Den außerhalb des gesetzlichen Finanzausgleichs empfangenen Zahlungen liegen überwiegend struktur- und sozialpolitische Zielsetzungen zugrunde.

Sowohl die Höhe der Transfers im Rahmen des Finanzausgleichs als auch die sich aus der Differenz zwischen Finanzkraft und Finanzbedarf ergebenden Ansprüche der Gemeinden sind deutlich durch die Entwicklung makroökonomischer Aggregate geprägt. Dieses gilt auch für die neben dem gesetzlichen Finanzausgleich bereitgestellten Transfers, für deren Aufnahme in die Haushaltspläne der zentralen Etats oft korrekturbedürftige strukturelle und soziale Entwicklungen auf Bundesebene maßgebend waren. Die Höhe der Zahlungen ist hingegen im allgemeinen nicht an die Entwicklung makroökonomischer Größen, sondern an das Vorliegen der jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen gebunden⁴³.

Umgekehrt können von der regionalen Verteilung der Transfereinnahmen auch gesamtträumlich relevante Wirkungen ausgehen. Sie lenken staatliche Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften in Regionen mit geringer öffentlicher Finanzausstattung und beeinflussen damit die räumliche Verteilung der Produktionsfaktoren. Im Ergebnis können die Wirkungen dieser Transfers von einer räumlichen Gleichverteilung erheblich abweichen. Die räumliche Verteilung der Produktionsfaktoren ist jedoch aufgrund unterschiedlicher Standortbedingungen neben anderen Determinanten bestimmend für das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis. Die regionale Verteilung der Transfereinnahmen der Gebietskörperschaften ist deshalb auch unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten von Bedeutung.

⁴² So z. B. durch die Berücksichtigung zentralörtlicher Funktionen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und im Saarland: vgl. Siegfried Ruhland, Engelbert Recker, Bedeutung der Schlüsselzuweisungen für die Landesentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3, 1978, S. 137 ff.

⁴³ Beispiele: Leistungen nach Städtebauförderungsgesetz, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz etc.

Im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung sollten in diesem Zusammenhang vor allem Untersuchungen angestellt werden, mit denen die Begünstigung bzw. Diskriminierung der jeweiligen Regionen durch die Transfers im Rahmen des Finanzausgleichs festgestellt sowie die Übereinstimmung dieser Effekte mit den verfolgten regional- und gesamtwirtschaftlichen Zielen überprüft werden kann. Aufzuzeigen wären insbesondere Zusammenhänge zwischen regionalem Transferhaushalt und regionalstrukturellen Indikatoren wie z. B. Bevölkerungsdichte, Bevölkerungsstruktur, Industrie- und Dienstleistungsbesatz, Arbeitslosigkeit und Infrastrukturausstattung.

Darüber hinaus ist jedoch im Rahmen vertiefter Untersuchungen die Verwendung der Mittel durch die Kommunen bedeutsam. Hier geht es nicht nur um die Kapazitätseffekte, die ein Ausbau von Infrastruktureinrichtungen hat, sondern auch um die Nachfrage- und Arbeitsmarkteffekte, die durch den Ausbau der Infrastruktureinrichtungen ausgelöst werden. Darauf ist bereits im Zusammenhang mit den Erörterungen zur Infrastruktur eingegangen worden.

Von Bedeutung sind derartige Leistungen vor allem für die als konjunkturpolitische Instrumente eingesetzten Transfers, bei denen die Möglichkeiten zur abgestimmten Verfolgung konjunktur- und strukturpolitischer Ziele noch nicht ausgeschöpft sind.

6.3.3 Einnahmen aus Krediten

Kredite werden von den Gebietskörperschaften aufgenommen, um verbleibende Haushaltsdefizite auszugleichen. Dabei sollen gemäß Art. 115 Grundgesetz in der Regel die Krediteinnahmen die Summe der in den Haushaltsplänen veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Bei den Kommunen können sich zusätzliche Restriktionen durch die in den Gemeindehaushaltsordnungen fixierte Genehmigungsbedürftigkeit der kommunalen Kreditaufnahme ergeben. Darüber hinaus sind für die Kreditaufnahmen insbesondere der Kommunen auch die Kapitalmarktbedingungen von Bedeutung.

Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte können für die Kreditaufnahme regionaler Gebietskörperschaften von Bedeutung sein, wenn der Bund von seiner Ermächtigung zur Beschränkung der öffentlichen Kreditaufnahme Gebrauch macht. Auf der anderen Seite ist die Wirksamkeit einer mit dem Instrument der öffentlichen Verschuldung operierenden zentralstaatlichen Konjunkturpolitik von der Mitwirkung der regionalen Gebietskörperschaften abhängig. Deren Inanspruchnahme des Kapitalmarktes kann zentralstaatlichen Strategien entgegenlaufen, Ungleichgewichtstendenzen in Gang setzen, oder aber stabilisierend wirken.

Die gesamtwirtschaftlichen Ziele stehen allerdings nicht selten in Konflikt zu den regionalen Entwicklungszielen⁴⁴, die mit kreditfinanzierten Investitionen verfolgt werden. Ein hoher Kreditbedarf der Gemeinden kann auch ein Indikator dafür sein, daß die anderen Einnahmen nicht ausreichen, um einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur sicherzustellen. Untersuchungen im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung sollten daher vornehmlich darauf gerichtet sein, Ursachen für das Niveau und die regionale Streuung der Gemeindeverschuldung aufzudecken. Untersuchungen in dieser Richtung stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang mit Untersuchungen der Bestimmungsgründe für die Struktur der anderen Einnahmen in ihrer Beziehung zu den Ausgaben der Gemeinden für die Infrastruktur.

6.4 Regionalstrukturelles Informationssystem

Analysen in der hier vorgeschlagenen Richtung erfordern im Prinzip eine Regionalisierung wesentlicher Teile der Haushaltsrechnungen sämtlicher Gebietskörperschaften für die Analyseräume. Gegenwärtig kaum zu überwindende Schwierigkeiten bereiten derartige Berechnungen vor allem für den Bund und die Länder. Zwar sind seit längerem schon Arbeiten in dieser Richtung im Gange:

⁴⁴ Zu den möglichen Konflikten vgl. H. Birg: Die Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld zwischen Koordinierungsbedarf und Planungsautonomie. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4 (1979), in Vorbereitung.

- für den Bund wurden die Direktinvestitionen sowie die als Zuweisungen, Darlehen und Vermögensübertragungen zur Förderung von Investitionen gewährten Beträge für einige Jahre regionalisiert⁴⁵;
- für einige Länder existieren Investitionsdateien, in denen die Direktinvestitionen des Landes sowie die zweckgebundenen Transfers an andere Gebietskörperschaften und an Dritte gespeichert werden⁴⁶.

Die Lücken sind jedoch noch immer so groß, daß an flächendeckende Analysen der regionalen Verteilung von Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Gebietskörperschaften im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung nicht zu denken ist.

Anders ist die Situation im Bereich der kommunalen Finanzen zu beurteilen. In der Jahresrechnungstatistik werden jährlich die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen sämtlicher Gemeinden und Gemeindeverbände in tiefer Gliederung sowohl nach Ausgabe- und Einnahmearten als auch nach Aufgabenbereichen erhoben. In diese Statistik einbezogen sind seit einigen Jahren auch die Zweckverbände sowie andere juristische Personen, die der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit dienen.

Damit besteht die Möglichkeit, dieses Material auch für die hier vorgeschlagenen Analyseräume zu aggregieren. Von den statistischen Landesämtern wird dieses Material auszugsweise schon heute in regionaler Gliederung unterhalb der Landesebene veröffentlicht.

Vergleichsweise günstig wird man auch die Möglichkeiten einschätzen können, die Transfers von Bund und Ländern an den Unternehmensbereich vollständiger als bisher zu regionalisieren. Bereits seit längerem schon ist dies auch eine Forderung der EG, der bisher im wesentlichen aus Personalmangel, nicht aber aus prinzipiellen Gründen nicht entsprochen werden konnte.

Eine regionalisierte Strukturberichterstattung könnte sich damit möglicherweise in absehbarer Zeit auf folgende Informationen aus den Haushaltsrechnungen der Gebietskörperschaften stützen:

- sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände;
- Subventionen und Vermögensübertragungen an Unternehmen von Bund und Ländern;
- Anlageinvestitionen und investitionswirksame Finanzausgleichszahlungen des Bundes und einiger Länder.

Damit wären die Transferausgaben und zwar sowohl an den Unternehmensbereich als auch im Rahmen des Finanzausgleichs – gemessen als Einnahmen in den Gemeindehaushalten – vergleichsweise gut belegt. In diesem Bereich sollte auch einer der Untersuchungsschwerpunkte im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung liegen.

Dagegen erscheint eine Regionalisierung der Transferbeziehungen mit den Privaten Haushalten nur im Rahmen dessen möglich, was im Zusammenhang mit den Überlegungen über die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte erörtert worden ist.

Immer noch vergleichsweise spärlich bleiben dagegen die Informationen über die jährlichen Ausgaben für die personelle und materielle Infrastruktur von Bund und Ländern für Analyseregionen unterhalb der Landesebene. Hier wird man sich auch künftig daher mit Statistiken behelfen müssen, die Aufschluß geben über die Verteilung von Ausgaben für die Infrastruktur, wie z. B.

- die Personalstands- und Beschäftigtenstatistik für die Personalausgaben;
- die Bautätigkeitsstatistik für die Verteilung der Investitionsausgaben.

Dagegen würde eine entsprechende Aufbereitung der Meldungen der Gemeinden zur Gemeindefinanzstatistik ein vollständiges Bild auch der Ausgaben für den Betrieb und den Ausbau von Infrastruktureinrichtungen geben. Für diese Ausgaben ist auch eine tiefe funktionale Gliederung möglich, wie die Statistik der Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte zeigt, die nach den in der nachfolgenden Übersicht zusammengestellten Funktionsbereichen unterscheidet.

⁴⁵ Vgl. M. ten Brink, Die Regionalisierung ex post raumwirksamer Bundesmittel für die Jahre 1971 bis 1973, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6, 1977, S. 425 ff.

⁴⁶ Vgl. H. Hosse, Die Datei der Zweckzuwendungen in Nordrhein-Westfalen, H. Harff, A. Zahrnt, Die Vollzugskontrolle raumwirksamer Mittel in Hessen, K. Nagel, Regionalisierung raumwirksamer Investitionsausgaben ex post in Baden-Württemberg, ebenda, S. 433 ff.

Obersicht 6.2

Gliederung der Aufgabenbereiche in der Statistik der Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte

0	Allgemeine Verwaltung	5	Gesundheit, Sport, Erholung
00	Gemeindeorgane	50	Gesundheitsverwaltung
01	Rechnungsprüfung	51	Krankenhäuser
02	Hauptverwaltung	54	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege
03	Finanzverwaltung		Förderung des Sports
05	Besondere Dienststellen der allgemeinen Verwaltung	55	Eigene Sportstätten
06	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	56	Badeanstalten
08	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	57	Park- und Gartenanlagen
		58	Sonstige Erholungseinrichtungen
		59	
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
10	Polizei	60	Bauverwaltung
11	Öffentliche Ordnung	61	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung
13	Feuerschutz	62	Wohnungsbauförderung und Wohnungsfürsorge
14	Katastrophenschutz		
15	Verteidigungslasten-Verwaltung	63	Gemeindestraßen
16	Rettungsdienst	65	Kreisstraßen
		66	Bundes- und Landesstraßen
2	Schulen		
20	Schulverwaltung	67	Straßenbeleuchtung und -reinigung
21	Grund- und Hauptschulen	670	Straßenbeleuchtung
22	Realschulen	675	Straßenreinigung
23	Gymnasien	68	Parkeinrichtungen
24	Berufsschulen u. dgl.	69	Wasserläufe, Wasserbau
25	Fachschulen u. dgl.		
26	Fachoberschulen u. dgl.		
27	Sonderschulen	7	Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung
28	Gesamtschulen		
29	Sonstiges	70	Abwasserbeseitigung
290	Schülerbeförderung	72	Abfallbeseitigung
292	Obrige schulische Aufgaben		
		73	Märkte
		74	Schlacht- und Viehhöfe
		75	Bestattungswesen
		76	Sonstige öffentl. Einrichtungen
		77	Hilfsbetriebe der Verwaltung
		78	Förderung d. Land- u. Forstwirtschaft
		79	Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege		
30	Verwaltung kultureller Angelegenheiten		
31	Wissenschaft, Forschung		
310	Wissenschaftl. Museen und Sammlungen		
311	Wissenschaftliche Bibliotheken		
312	Sonstige Wissenschaft und Forschung		
32	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	8	Wirtschaftliche Unternehmen, allgem. Grund- und Sondervermögen
33	Theater, Konzerte, Musikpflege		
34	Sonstige Kunstpflege	80	Verwaltung d. wirtschaftl. Unternehmen
35	Volksbildung	81	Versorgungsunternehmen
350	Volkshochschulen		
352	Öffentliche Büchereien	810	Elektrizitätsversorgung
355	Sonstige Volksbildung	813	Gasversorgung
36	Heimatpflege	815	Wasserversorgung
37	Kirchen	816	Fernwärmeversorgung
		817	Kombinierte Versorgungsunternehmen
4	Soziale Sicherung		
40	Verwaltung d. soz. Angelegenheiten	82	Verkehrsunternehmen
400	Allg. Soz.-Verwaltung (ohne Jugendhilfeverw., Lag.-Verw. u. Vers.-Amt)	83	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen
407	Verwaltung der Jugendhilfe	84	Unternehmen d. Wirtschaftsförderung
408	Versicherungsamt	85	Land- und forstwirtschaftl. Unternehmen
409	Lastenausgleichsverwaltung	86	Kur- und Badebetriebe
41	Sozialhilfe n.d.BSHG (ohne Zugewanderte und Flüchtlinge aus Ungarn)	87	Sonstige Wirtschaftliche Unternehmen
42	Sozialhilfe n.d.BSHG f. Zugewanderte und Flüchtlinge aus Ungarn	88	Allgemeines Grundvermögen
43	Einrichtungen der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge	89	Allgemeines Sondervermögen
44	Kriegsopferfürsorge und ähnliche Maßnahmen		
45	Jugendhilfe nach der JWG	9	Allgemeine Finanzwirtschaft
46	Einrichtungen der Jugendhilfe		
468	Sonst. Einrichtungen der Jugendhilfe	90	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen
469	Kindergärten	91	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
47	Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe	92	Abwicklung der Vorjahre
470	Förderung der Wohlfahrtspflege		
475	Förderung der Jugendhilfe	1000	Gesamthaushalt
48	Weitere soziale Bereiche		
481	Allgemeine Kriegsfolgelasten	1061	Nachrichtlich
482	Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der DDR und Ostberlin	1062	Ausbildungsförderung
483	Unterhaltssicherung	1063	Lastenausgleich
486	Kriegsgefangenenentschädigung	1064	Wohngeid
487	Hilfe für Heimkehrer u. polit. Häftl.		Katastrophenschutz f.R.d. Bundes
49	Sonstige soziale Angelegenheiten		

1) Einschl. besondere Finanzierungsvorgänge

1) Einschl. besondere Finanzierungsvorgänge

Zwar bleibt anzumerken,

- daß auch diese Informationen die für die Beurteilung von Kapazitätswirkungen an sich erforderlichen Output-Indikatoren nicht ersetzen können,
- daß es sehr mühsamer Aufbereitungen bedarf, wenn nicht nur ein Querschnitt, sondern Zeitreihen z. B. für Investitionsausgaben bereit gestellt werden sollen, die Rückschlüsse auf den Bestand an Infrastruktureinrichtungen erlauben,
- daß eine Zuordnung von Transfers zu Funktionsbereichen nicht immer hinreichende Aufschlüsse über die Empfänger der Leistungen gibt.

Diese Einwände fallen aber kaum ins Gewicht im Vergleich zu dem Informationsgewinn, den eine Aufbereitung der Gemeindefinanzen für die hier vorgeschlagenen Analyse Räume bedeuten würde.

Über den Bestand an Infrastruktureinrichtungen sämtlicher Gebietskörperschaften existiert zudem eine Vielzahl auch in tiefer regionaler Gliederung aufbereiteter Querschnitterhebungen.

Anhaltspunkte für die Beurteilung der Outputs von Einrichtungen der Infrastruktur könnten darüber hinaus die in dem Katalog des Beirats für Raumordnung zusammengestellten Indikatoren liefern⁴⁷.

⁴⁷ Beirat für Raumordnung, Empfehlung vom 16. 6. 1976 „Gesellschaftliche Indikatoren für die Raumordnung“.

7. Regionale und multiregionale Handelsverflechtungen

7.1 Bedeutung der regionalen und multiregionalen Input-Output-Analyse für raumstrukturelle Untersuchungen

Einige an der sektoralen Strukturberichterstattung beteiligte Forschungsinstitute verwenden zur Analyse des Zusammenhangs zwischen Ursachen und Wirkungen der sektoralen Strukturentwicklung die Input-Output-Analyse. Es soll daher geprüft werden, inwieweit dieses Instrumentarium auch bei der Regionalisierung der Strukturberichterstattung angewendet werden kann.

Nationale Input-Output-Modelle dienen dazu, die Auswirkungen, die von veränderten Strukturen der Endnachfrage und der Zwischennachfrage auf die sektoralen Produktions- und Arbeitsmarktstrukturen ausgehen, zu untersuchen. Mit der regionalen bzw. multiregionalen Input-Output-Analyse lassen sich diese Auswirkungen auch lokalisieren. Folgende Problemkomplexe regionaler und sektoraler Strukturentwicklungen können z. B. analysiert werden:

- Welche Auswirkungen hatten Nachfrageänderungen in einer Region auf Niveau und Struktur der Produktion in anderen Regionen?
- Von welchen Regionen gingen besonders starke Impulse auf die Produktionsentwicklung in anderen Regionen und in der Gesamtwirtschaft aus?
- Welche Regionen wurden durch Veränderungen der Nachfragestruktur besonders stark beeinflusst?
- Wie wirkten sich die staatlichen Ausgaben auf die regionalen Produktions- und Arbeitsmarktstrukturen aus und wie wurde dadurch die Auslastung des Produktionspotentials beeinflusst?

Durch solche Untersuchungen könnte die Informationsbasis für die regionale und sektorale Strukturpolitik wesentlich verbessert und die Voraussetzungen für einen koordinierten und effizienten Einsatz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen beider Politikbereiche geschaffen werden.

Voraussetzung für die Anwendung dieses Instrumentariums ist allerdings, daß regionale bzw. multiregionale Input-Output-Tabellen vorliegen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Typen besteht darin, daß in regionalen Input-Output-Tabellen die Austauschbeziehungen mit anderen Regionen genau wie die Exporte und Importe in nationalen Tabellen (d. h. ohne weitere Aufteilung nach Herkunfts- bzw. Bestimmungsort) erfaßt werden. In multiregionalen Tabellen finden dagegen auch die sektoralen Liefer- und Empfangsbeziehungen zwischen den Regionen Berücksichtigung.

7.2 Möglichkeiten zur Erstellung regionaler und multiregionaler Input-Output-Tabellen

Die Anwendung der Input-Output-Rechnung für die Analyse der räumlichen Sektorstrukturen scheitert zur Zeit daran, daß die hierfür benötigten regionalen und multiregionalen Input-Output-Tabellen entweder nicht vorhanden oder aber veraltet sind⁴⁸. Die bisher auf diesem Gebiet vorliegenden Untersuchungen ma-

⁴⁸ Bisher wurden regionale Input-Output-Tabellen für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein, Westberlin, Hessen und Baden-Württemberg aufgestellt. Vgl.: Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, *Untersuchungen zur Energiesituation. Input-Output-Analysen*, o. O., 1967; J. H. Müller u. a., *Probleme der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes*, in: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – Hohe Behörde, *Regional- und wirtschaftspolitische Studienreihe*, 2. Entwicklungs- und Umstellungsprogramme IX, Luxemburg 1967; B. Leibert, *Bedeutung und Auswertung regionaler Input-Output-Tabellen. Mit Input-Output-Tabellen der Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein für 1962 und 1966*, Kieler Studien, Bd. 105, Tübingen 1970; R. Kregel, *Input-Output*

chen deutlich, daß der originären Erstellung der Tabellen durch das statistische Material enge Grenzen gesetzt sind. Das benötigte Datenmaterial muß erst durch aufwendige Sonderauswertungen vorhandener Statistiken und zusätzliche Erhebungen bei Unternehmen, Verbänden und Behörden beschafft werden, und selbst dann bleiben Datenlücken, die durch Schätzungen geschlossen werden müssen. Will man dennoch auf die Anwendung von Input-Output-Analysen nicht völlig verzichten, bleibt als Ausweg nur die Schätzung der regionalen Input- und Endnachfragestruktur mit Hilfe sog. derivativer Methoden. Mit diesen Verfahren können regionale Input-Output-Tabellen auf der Grundlage vorhandener nationaler Tabellen und unter Verwendung verfügbarer regionaler Eckdaten geschätzt werden⁴⁹. Auf kosten- und zeitaufwendige zusätzliche Erhebungen wird hierbei verzichtet.

Die Schätzung der Input-Output-Struktur für Bundesländer ist mit Hilfe derivativer Verfahren mit den vorhandenen Daten grundsätzlich möglich. Vergleiche von auf diese Weise geschätzten mit originär erhobenen Tabellen für das Land Schleswig-Holstein zeigen, daß auch solche Verfahren noch gute Schätzergebnisse liefern, bei denen relativ wenig originär erhobenes Datenmaterial verwendet wird. Für andere Bundesländer könnten sich allerdings weniger gute Resultate einstellen, denn die bei den derivativen Verfahren auftretenden Schätzfehler sind umso größer, je stärker die wahren regionalen Sektorstrukturen vom nationalen Durchschnitt abweichen. Zumindest für die Stadtstaaten dürfte dies der Fall sein, umso mehr aber für Analyseräume unterhalb der Länderebene. So zeigt z. B. ein Vergleich der für vier Regionen Hessens originär erhobenen Sektorstrukturen mit der nationalen Tabelle, daß hier jedes derivative Verfahren versagt hätte⁵⁰. Als weitere Fehlerquelle kommt bei der Schätzung regionaler Input-Output-Tabellen für die kleineren Analyseräume noch hinzu, daß es sich bei den auf dieser regionalen Ebene verfügbaren Eckdaten nicht um originär erhobene, sondern über Schlüsselverfahren aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder geschätzte Größen handelt, die selbst bereits mit Fehlern behaftet sind.

Noch weitaus größere Probleme ergeben sich, wenn neben der Inputstruktur der Sektoren auch der interregionale Handel der Sektoren berücksichtigt werden soll. Die hierzu erforderlichen Informationen über Waren- und Leistungsströme zwischen den einzelnen Teilen des Bundesgebietes liegen nicht vor. In den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder sind noch nicht einmal die Summen der in andere Länder gelieferten bzw. aus anderen Ländern empfangenen Güter- und Leistungsströme ausgewiesen. Sie sind zusammen mit den Vorratsinvestitionen und dem Außenbeitrag, der sowohl auf den interregionalen als auch den internationalen Handel zurückzuführen ist, in einem Restposten enthalten.

Für die Bundesrepublik gibt es Untersuchungen, in denen die Handelsströme zwischen den Ländern⁵¹ bzw. Regionen unterhalb der Länderebene⁵² unter Verwendung von Informationen aus der Verkehrsbewegungsstatistik⁵³ mit Hilfe des Gravitationskonzepts geschätzt werden. Sowohl die verwendete Statistik als auch das verwendete Konzept weisen allerdings Mängel auf, die zu erheblichen Schätzfehlern führen können.

Die Verkehrsbewegungsstatistik gibt Auskunft über die mit verschiedenen Verkehrssystemen zwischen den Regionen transportierten Gütermengen. Das Datenmaterial gibt allerdings nur Auskunft über die bewegten Mengen, während üblicherweise in den Tabellen Wertgrößen enthalten sind. Die Umrechnung der Mengen in Wertgrößen ist problematisch, da entsprechende Preisangaben nicht vorliegen. Ferner treten Mehrfachzählungen beim sog. gebrochenen Verkehr auf, durch die Regionen überbewertet werden, die Standorte von Güterumschlagsplätzen sind.

put-Rechnung für Berlin (West) 1962. Ein Beitrag zur regionalen Strukturanalyse, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, H. 9, Berlin 1969; W. Hasselmann, H. Spehl, Die Wirtschaftsverflechtung in Hessen – eine Anwendung der Input-Output-Analyse, Münster 1971 (In dieser Untersuchung wurden auch interregionale Tabellen erstellt). W. Münzemaier, H.-H. Steiger, Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg 1972, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, H. 8/1978, S. 252, 261.

⁴⁹ Vgl. G. Strassert: Möglichkeiten und Grenzen der Erstellung und Auswertung regionaler Input-Output-Tabellen unter besonderer Berücksichtigung der derivativen Methode, Berlin, 1968. – Eine ausführliche Darstellung der verschiedenen möglichen Verfahren, die sich im einzelnen hinsichtlich des Umfangs der benötigten originären regionalen Daten und der den Schätzungen zugrunde liegenden Hypothesen unterscheiden, findet sich auch bei O. Hübler, Regionale Sektorstrukturen. Verfahren zur Schätzung und Auswertung regionaler Input-Output-Beziehungen, Berlin 1979.

⁵⁰ Vgl. H. Spehl, Regionale und multiregionale Input-Output-Rechnung – dargestellt am Beispiel des Landes Hessen, Münster 1971, S. 54 ff.

⁵¹ Vgl. M. Carlberg, Ein interregionales multisektorales Wachstumsmodell – dargestellt für die Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1979.

⁵² Vgl. D. Lange, R. Leonardy, G. Rembold, Abschlußbericht zum Forschungsvorhaben interregionale Güterverflechtung und regionalisierte Außenhandelsbeziehungen, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung der Universität Karlsruhe (TH), Karlsruhe 1977.

⁵³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie H. Reihe 1–4, Verkehrsbewegungsstatistik, Wiesbaden, jährlich.

Beim Gravitationskonzept wird davon ausgegangen, daß die Güterströme zwischen zwei Regionen proportional zu den regionalen Produktionspotentialen und umgekehrt proportional zu der Entfernung zwischen den Regionen sind. Aufgrund der Tatsache, daß sich bestimmte Handelsstrukturen zwischen Regionen völlig unabhängig von Transport- und Kommunikationskosten und damit der Entfernung herausbilden, dürften sich mit diesem Ansatz stark verzerrte Ergebnisse einstellen. Für Analyseräume, die kleiner als Länder sind, ergibt sich bei diesem Verfahren zudem das Problem, daß die benötigten sektoralen Bruttoproduktionswerte nicht verfügbar sind und mit Schätzverfahren ermittelt werden müssen. Dies führt zu weiteren Fehlerquellen.

7.3 Zusammenfassende Beurteilung

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß mit den vorhandenen Methoden und Verfahren zur Schätzung regionaler und multiregionaler Input-Output-Tabellen auf der Grundlage vorliegender Angaben aus der amtlichen Statistik keine zuverlässigen Ergebnisse zu erwarten sind. Die Anwendung der Input-Output-Rechnung bei der Analyse der räumlichen Nachfragestrukturen kann deshalb vorerst nicht in Betracht kommen. Dies ist bedauerlich, denn die bisher auf diesem Gebiet vorliegenden Untersuchungen zeigen, daß dieses Instrument für die Analyse des räumlichen Entwicklungsprozesses hervorragend geeignet und entgegen weitverbreiteter Bedenken auch praktisch verwendbar ist. Voraussetzung ist allerdings, daß die regionalen und multiregionalen Tabellen originär erstellt werden. Es wäre wünschenswert, wenn die Länder sich dieser Aufgabe annehmen würden, damit dieses Instrument zu einem späteren Zeitpunkt auch im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung Verwendung finden könnte.

8. Zur empirischen Basis eines regionalstrukturellen Informationssystems

Die wichtigsten Ergebnisse der für die einzelnen Untersuchungsbereiche angestellten Überlegungen zu den Elementen eines regionalstrukturellen Informationssystems sind in der nachfolgenden Übersicht zusammengefaßt worden. Dabei wird deutlich, daß auf der heute verfügbaren Datengrundlage eine Vielzahl strukturelevanter Sachverhalte dargestellt werden kann. Dies gilt auch für Untersuchungen kreisscharf abgegrenzter Regionen wie der vorgeschlagenen 64 Analyseräume. Schwieriger hingegen sind Untersuchungen gemeindescharf abgegrenzter Regionen.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in die Übersicht auch Erhebungen aufgenommen worden sind, die erst nach einer entsprechenden Aufbereitung zur Verfügung stehen würden. Die Aufstellung eines leistungsfähigen regionalstrukturellen Informationssystems für die hier vorgeschlagenen Analysen im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung ist zwar ohne zusätzliche Erhebungen möglich, erfordert aber eine weitergehende Aufbereitung vorhandener Statistiken als bisher.

Obersicht 8.1

Elemente eines regionalstrukturellen Informationssystems

	Produktion u. Faktoreinsatz					Bevölkerung priv. Haushalte u. Erwerbspotential		Einkommen u. privater Verbrauch			Öffentliche Haushalte			Handelsverflechtungen									
	Produktion	Arbeitskräfte	Qualifikation der Arbeitskräfte	Offene Stellen	Pendler	Investitionen	Anlagevermögen	Bevölkerung	Erwerbspotential	Arbeitslose	Private Haushalte	Einkommen aus unselbständiger Arbeit	Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Transfereinkommen	Privater Verbrauch	Wohnungsnachfrage	Personelle Infrastruktur	Materielle Infrastruktur	Transfers an Unternehmen	Unternehmensbesteuerung	Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde	Handelsverflechtungen	Auslandsumsatz
Volks- und Berufszählungen		X	X		X			X	X		X												
Arbeitsstättenzählungen		X	X								X						X						
Zensen im produzierenden Gewerbe	X	X				X																	X
Gebäude- und Wohnungszählungen															X		X						
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder	X	X				[X]					[X]						[X]	[X]	[X]				
Bevölkerungsstatistik								X	X														
Wanderungsstatistik								X	X														
Mikrozensus								(X)	(X)		(X)												
Statistik für das verarbeitende Gewerbe (früher Industriebericht-erstattung)	X	X				X																	X
Bauberichterstattung	X	X				X																	
Handwerksberichterstattung	X	X				X																	
Bautätigkeitsstatistik						X											X	X					
Wohnungsbestandsstatistik																	X	X					
Wohnungsstichproben										(X)		(X)			(X)								
Fremdverkehrsstatistik	X	X																					
Güterbewegungsstatistik																							X
Lohn- und Einkommensstatistik											X	X			X								
Einheitswertstatistik							X																
Umsatzsteuerstatistik	X																X						
Realsteuerstatistik																			X				
Statistik der kommunalen Finanzen																			X	X			
Personalstandsstatistik			X														X	X					
Lohn- und Gehaltsstatistik		X	X								X												
Beschäftigtenstatistik		X	X		X						X						X						
Statistik der Arbeitsverwaltung				X				X															
Statistiken für den Infrastrukturbereich																	X	X					

() = Stichproben mit begrenzten Möglichkeiten für eine Regionalisierung
 [] = Anforderungen der EG

9. Informationsbedarf der Länder im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung

Im Zuge einer Befragung der für die regionale Wirtschaftspolitik zuständigen Vertreter der Länder ist versucht worden, deren Informations- und Beratungsbedarf zu ermitteln und gleichzeitig den Bereich einzugrenzen, auf den die Länder aufgrund eigener Informationssysteme und ihrer regionalen Detailkenntnisse von einer regionalisierten Strukturberichterstattung nur wenig profitieren können. Im folgenden werden zunächst die Ergebnisse der Befragung nach Ländern dargestellt, wobei die Besonderheiten des jeweiligen Landes im Vordergrund stehen. Anschließend werden die Ergebnisse im Querschnitt verglichen.

9.1 Ergebnisse der Länderbefragung

9.1.1 Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg steht neben der amtlichen Statistik als wichtigste laufende Quelle die Struktur- und Regionaldatenbank des Statistischen Landesamtes zur Verfügung. Im Rahmen dieses Informationssystems wird die Erstellung eines laufenden Datenprogramms für Mittelbereiche angestrebt. Zusammenfassende Veröffentlichungen aus der Struktur- und Regionaldatenbank sind:

- Regionalstruktur Baden-Württemberg 1976, Stadt- und Landkreise, Gemeinden, Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 239, Stuttgart 1977,
- Regionalstruktur Baden-Württemberg 1977, Gemeinden, Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 262, Stuttgart 1978.

Über die regionalen Standortbedingungen informiert ein Standortfaktorenkatalog sowie ein „Atlas zur Industrieansiedlung“ der Industrie- und Handelskammern.

Einzelne Analysen werden sowohl verwaltungsintern als auch von externen Gutachtern erstellt. Eine Zwischenposition nehmen die Arbeiten des Instituts für Südwestdeutsche Wirtschaftsforschung, Stuttgart, ein, das vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr finanziert wird und ausschließlich in dessen Auftrag tätig ist, ohne allerdings in den Verwaltungsablauf integriert zu sein.

Wichtige Analysen jüngerer Datums sind:

- Institut für südwestdeutsche Wirtschaftsforschung, Indikatoren zur Neubestimmung der Landesfördergebiete in Baden-Württemberg, Stuttgart 1976.
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Institut für Südwestdeutsche Wirtschaftsforschung und dem Statistischen Landesamt, Sektorale und Regionale Wirtschaftsstruktur – Daten und Analysen zur Strukturbeobachtung, Stuttgart 1978.
- Dornier System, Prognos AG, Arbeitsgruppe Landespflege, Systemanalyse zur Landesentwicklung Baden-Württemberg, September 1975.
- Prognos AG, Längerfristige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württemberg sowie Handlungsmöglichkeiten zur Sicherung der Vollbeschäftigung, Basel 1978.
- Verschiedene Untersuchungen des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen.

Die Wirkungen von Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik werden über die Förderstatistik verfolgt. Die Koordination der raumwirksamen Aktivitäten anderer Ressorts mit der regionalen Strukturpolitik erfolgt

im Rahmen des Landesentwicklungsprogramms, in dem alle öffentlichen und privaten raumwirksamen Investitionen nachgewiesen werden sollen.

Für erweiterungsbedürftig wird das Angebot an Informationen über interregionale Pendlerverflechtungen sowie an Regionaldaten für Mittelbereiche betrachtet. Die sektorale Strukturanalyse sollte darüber hinaus verstärkt produktbezogen betrieben werden, wobei technologische Entwicklungslinien verstärkt zu berücksichtigen sind. Skeptisch werden die Möglichkeiten der Wirkungsanalyse politischer Maßnahmen beurteilt, und zwar wegen der Risiken von Fehlentscheidungen.

9.1.2 Bayern

Aus den laufenden Informationen der amtlichen Statistik werden als besonders relevant für die regionale Strukturpolitik Daten zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Einkommen sowie der Wanderungen der Wohnbevölkerung, insbesondere der Fortzüge betrachtet. Wegen des besonderen Interesses an den Wanderungszielen wird die regionale Mobilität vor allem auf der Grundlage von Statistiken der Wanderungsverflechtung verfolgt. Für die regionale Konjunkturbeobachtung sind die Informationen aus der Beschäftigtenstatistik von wachsender Bedeutung. Bei der Beobachtung der regionalen Bevölkerungsentwicklung wird der Entwicklung der Altersstruktur als Grundlage für die Infrastrukturplanung besondere Beachtung gewidmet. In die Analyse der Arbeitsmarktentwicklung sind auch qualitative Aspekte des Angebots und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen einbezogen.

Das Ministerium verfügt über eine eigene Datenbank. In wöchentlich erscheinenden statistischen Übersichten mit wechselnden Inhalten werden die Abteilungen und Referate über die wirtschaftlichen Entwicklungen unterrichtet. Die Mobilität der Betriebe (Gründungen, Verlagerungen, Erweiterungen, Schließungen) wird im Rahmen der Förderung auf der Grundlage der An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben sowie Informationen der Arbeitsverwaltung verfolgt. Die erforderlichen Informationen über die Entwicklung der regionalen Standortbedingungen und der Infrastrukturausstattung erlangt das Ministerium im Rahmen der Standortberatung, durch Firmenbesuche sowie durch die für den Planungsausschuß der GRW erstellten Gutachten zur Infrastrukturversorgung in den Arbeitsmarktregionen.

Als ergänzungsbedürftig wird das Datenangebot hinsichtlich der regionalen Unterschiede im Bereich der Preisentwicklung betrachtet, wo Interesse an Informationen auf Kreisebene besteht. Einzelne Untersuchungen wurden bzw. werden zur Regionalisierung der Konjunkturbeobachtung sowie zur Entwicklung in verschiedenen Teilräumen (Niederbayern, Nordostoberfranken, nördliche Oberpfalz) durchgeführt bzw. in Auftrag gegeben.

Die Verwertbarkeit von Prognosen wird als gering eingeschätzt. Lediglich im Rahmen der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes werden Status-quo-Prognosen der Bevölkerung und des Arbeitsmarktes erstellt. Die sektorale Untergliederung erfolgt nach drei Wirtschaftsbereichen. Der derzeitige Planungshorizont reicht bis zum Jahr 1990.

Die Wirkungen regionalpolitischer Maßnahmen werden im Ministerium selbst auf verschiedene Weise verfolgt. Die Zielerreichung der einzelbetrieblichen Förderung (Arbeitsplatzziele) wird über die Verwendungsnachweise der Förderungsmittel kontrolliert. Einbezogen in die Wirkungsanalyse werden daneben Angaben zur Stilllegung von Betrieben, die laufenden Förderanträge, die Entwicklung der regionalen Arbeitslosigkeit sowie die Auswertung der Beschäftigtenstatistik. Über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und seiner Teilräume hat die Landesregierung bisher in zwei Veröffentlichungen (1972 und 1977) detailliert berichtet⁵⁴. Darüber hinaus legt die Landesregierung aufgrund eines Beschlusses des Bayerischen Landtages aus dem Jahre 1959 jährlich einen „Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung der strukturschwachen Gebiete Bayerns – Grenzlandbericht“ vor. In beiden Veröffentlichungen wird die sektorale und regionale Wirtschaftsentwicklung eingehend analysiert und kommentiert. Darüber hinaus enthalten die Berichte Ziele und Stellungnahmen der Landesregierung zur regionalen Strukturpolitik.

⁵⁴ Zuletzt im Bericht über die strukturelle Entwicklung der bayerischen Wirtschaft – Strukturbericht 1977, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

9.1.3 Hessen

Aus der amtlichen Statistik werden als relevant für die regionale Strukturpolitik vor allem die Statistik des produzierenden Gewerbes, die Fremdenverkehrsstatistik sowie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung genannt. Daneben finden die Statistiken des Bauhauptgewerbes, des Handels, des Handwerks, des Energieverbrauchs sowie des Außenhandels Beachtung. Hervorgehoben wird die gemeindeweise Aufbereitung der Statistik des Produzierenden Gewerbes sowie die ortsteilweise Aufbereitung der Fremdenverkehrsstatistik durch das Statistische Landesamt. Verfolgt werden darüber hinaus die Statistiken der Arbeitsverwaltung, die Daten zur Arbeitsmarktstruktur bis auf die Ebene der Nebenstellen liefern, sowie die Veröffentlichungen der Kommunen. Das Ministerium selbst veröffentlicht monatliche Konjunkturberichte, in denen zum Teil auch auf regionale Aspekte eingegangen wird. Die betriebliche Mobilität wird nur insoweit erfaßt, als sie sich in Förderungsfällen niederschlägt. Über die regionalen Standortbedingungen informieren in erster Linie die diversen Gutachten der Hessischen Landesentwicklung- und Treuhandelsgesellschaft (HLT).

Für verbesserungsbedürftig wird das laufende Datenangebot hinsichtlich der regionalen Aufbereitung gehalten, wobei eine Regionalisierung nach Gemeinden sowie nicht-administrativen Gebietseinheiten für wünschenswert gehalten wird. Analytische Grundlagen der regionalen Strukturpolitik sind die Untersuchungen der HLT, die für die Abgrenzung der Fördergebiete nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) erstellten Gutachten sowie die Jahresberichte des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik.

Prognosen der Bevölkerungsentwicklung werden vom Statistischen Landesamt und der HLT erstellt, die darüber hinaus im Rahmen ihrer sonstigen gutachterlichen Tätigkeit prognostische Aussagen zur Entwicklung einzelner Branchen, des Arbeitsmarktes, einzelner Regionen und Städte sowie des Infrastrukturbedarfs erarbeitet hat. Die Wirkungen regionalpolitischer Maßnahmen werden im wesentlichen über die Förderstatistik des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft verfolgt.

Daneben werden in einer Investitionsdatei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung alle öffentlichen Investitionen des Landes sowie die geförderten privaten Investitionen erfaßt. Einzelne Wirkungsanalysen wurden von der HLT und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchgeführt. Insgesamt wird eine Verbesserung der Methodik von Wirkungsanalysen politischer Maßnahmen für dringend erforderlich gehalten, wobei die vergleichende Analyse der Effizienz der einzelnen Instrumente der Strukturpolitik (z. B. Zuschuß versus Kredit) im Vordergrund stehen sollte.

9.1.4 Niedersachsen

Unter dem Gesichtspunkt der Aktualität werden in Niedersachsen vor allem die Statistik des produzierenden Gewerbes, die Beschäftigtenstatistik und die sonstige Arbeitsmarktstatistik verfolgt. Verbesserungsmöglichkeiten des Datenangebots werden hinsichtlich deren Regionalisierung sowie durch die Erweiterung des Programms an Stichproben als Grundlage regionalstatistischer Schätzungen gesehen.

Ressort eigene Informationsdienste werden nicht erstellt. Die Informationen der relevanten verwaltungsexternen Institutionen (Kommunen, Arbeitsämter, Verbände) werden dadurch berücksichtigt, daß diese in den Prozeß der Mittelvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung integriert sind. In Jahreswirtschaftsberichten stellt das Ministerium die wirtschaftliche Entwicklung sowie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit dar.

Für die laufende Analyse der regionalen Standortbedingungen erstellt derzeit im Auftrag des Ministeriums die Prognos AG ein Standortinformationssystem, das standortsuchenden Unternehmen umfassende Informationen über das Standortangebot vermitteln soll. Dieses Informationssystem soll ab 1980 funktionsfähig sein.

Informationen über betriebliche Mobilität werden über die Förderstatistik des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, über eine Statistik der laufenden Förderfälle des Ministeriums sowie über ein ebenfalls in der Entwicklung befindliches Wirtschaftsinformationssystem erfaßt. Mit dem Wirtschaftsinformationssystem sollen alle für die Wirtschaftsförderung relevanten Daten gespeichert werden, wie z. B. Investitionsvolumen, differenziert nach Erweiterungs-, Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, Zahl der neuen und

gesicherten Arbeitsplätze, die öffentliche Förderung sowie die Infrastrukturinvestitionen der Gebietskörperschaften. Neben den im Ministerium anfallenden Daten werden Informationen der Bezirksregierungen, der Arbeitsverwaltung und des Statistischen Landesamtes berücksichtigt. Auch dieses Informationssystem soll ab 1980 arbeitsfähig sein.

Einzelne Analysen wurden in Auftrag gegeben zum Emdener Dollarthafenprojekt (Kosten-Nutzen-Analyse), die Entwicklung Ostfrieslands, zum Gesamtverkehrsplan des Landes, zur Organisation der Häfen sowie zum Fremdenverkehrsprogramm. Versuche zur Erstellung einer Input-Output-Tabelle wurden wieder eingestellt.

Prognosen der Entwicklung von Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes werden im Rahmen des Landesentwicklungsplanes erstellt.

Der als dringend erforderlich betrachteten Verbesserung der regionalpolitischen Wirkungsanalysen soll auch das oben erwähnte Wirtschaftsinformationssystem dienen.

Regionalpolitische Wirkungsanalysen sollen in erster Linie Aufschluß über die jeweilige Wirkungsintensität unterschiedlicher Instrumente der regionalen Strukturpolitik geben. Einzelne Ansiedlungsvorhaben werden bereits heute umfassenden Wirkungsanalysen unterzogen, die in ihrem Umfang und ihrer Qualität Kosten-Nutzen-Analysen entsprechen. Für die Berücksichtigung der Ziele der Regionalpolitik bei Maßnahmen anderer Ressorts werden zu Einzelproblemen jeweils ressortübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, während die Grundsatzfragen im Rahmen der Aufstellung bzw. Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes und der Regionalpläne abgestimmt werden.

Für verbesserungsbedürftig wird die analytische Basis der regionalen Strukturpolitik hinsichtlich der sektoralen Gliederung, der Qualität der regionalen Arbeitsmärkte, der regionalen Verteilung des Bedarfs an öffentlichen Leistungen sowie der interregionalen Verflechtungen betrachtet. Methodische Defizite werden bei der Prognose technologischer, sektoraler und regionaler Entwicklungslinien sowie der Wirkungsanalyse politischer Maßnahmen gesehen.

9.1.5 Nordrhein-Westfalen

Aus der amtlichen Statistik werden als besonders relevant die Daten zur regionalen Entwicklung des Sozialprodukts, der verfügbaren Einkommen, der Bevölkerung und der Wanderungen, die Volks- und Arbeitsstättenzählungen sowie die Statistiken des produzierenden Gewerbes genannt. Hauseigene regelmäßige Informationsdienste werden nicht unterhalten. Als externe Informationsquellen werden vor allem die Veröffentlichungen der Arbeitsverwaltung und der Kommunen herangezogen. Die Mobilität der Betriebe wird über eine interne Statistik der Gewerbeanmeldungen sowie Sonderauswertungen der Statistik des produzierenden Gewerbes ausgewertet. Ein EDV-System zur Erfassung und Auswertung der Mobilitätsfälle ist in Vorbereitung, das auch den Dienstleistungssektor berücksichtigen soll.

Die regionalen Standortbedingungen werden von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft verfolgt und in einem laufend aktualisierten Handbuch dargestellt. In diesem Zusammenhang ist auch der Aufbau eines Infrastrukturkatasters beim Institut für Landes- und Standortentwicklungsforschung von Bedeutung.

Die wichtigsten Einzeluntersuchungen zur regionalen Entwicklung sind die für die GRW erstellten Gutachten sowie diverse Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen.

Die regionalpolitische Wirkungsanalyse, insbesondere die Zielerreichungskontrolle wird als unzureichend betrachtet. Derzeit wird hierfür im wesentlichen die Förderstatistik ausgewertet. Eine Berichterstattung erfolgt alle zwei Jahre im Rahmen der Landesentwicklungsberichte. Eine Analyse der Raumwirksamkeit öffentlicher Ausgaben wird ebenfalls für erforderlich gehalten. Dabei sollen zunächst die Beziehungen zwischen öffentlichen Ausgaben und landesplanerischen Zielen im Vordergrund stehen⁵⁵.

Für verbesserungsbedürftig wird darüber hinaus das Datenangebot zu den interregionalen Verflechtungen und im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrachtet.

⁵⁵ Landesentwicklungsbericht 1976, S. 138/139.

9.1.6 Rheinland-Pfalz

Als laufende Informationsquellen werden vorzugsweise die Sozialproduktstatistiken, die Statistiken des produzierenden Gewerbes, der Bevölkerung, der Wanderungen und Pendler, die Arbeitsmarkt- sowie die Beschäftigtenstatistik ausgewertet. Das Ministerium selbst informiert monatlich über die Entwicklung ausgewählter Daten zur Konjunktur in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet. Die Mobilität der Betriebe wird verfolgt, soweit sie sich in Förderungsfällen niederschlägt. Hierbei werden die Zahl der geschaffenen bzw. erhaltenen Arbeitsplätze, die Fördermittel sowie das jeweilige Investitionsvolumen erfaßt. Aus dem Landesinformationssystem werden Informationen über die Entwicklung der regionalen Infrastrukturausstattung bezogen.

Als einzelne analytische und prognostische Grundlagen werden vor allem die für den Planungsausschuß der GRW erstellten Gutachten herangezogen. Ausgewertet werden darüber hinaus die Ergebnisse eines Forschungsprojektes „Strukturpolitik im Wandel“, das die Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung e. V. in Form mehrerer Einzelgutachten durchführt, sowie die Reports Nr. 7 und 9 der Prognos AG. Einzelne Gutachten, welche das Ministerium bereits in früheren Jahren an die Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung e. V. vergeben hatte, behandelten

- Möglichkeiten zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Eifel-Hunsrück-Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz unter besonderer Berücksichtigung der Integration in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1965) und
- Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in der westlichen und südlichen Pfalz (1968).

Die Gebietskörperschaften selbst führen Regionalanalysen für die Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes, die Raumordnungsberichte der Landesregierung sowie die regionalen Raumordnungspläne durch.

Durch eine ressortinterne „Erfolgskontrolle“ werden die Wirkungen der regionalen Strukturpolitik anhand der Überprüfung der Arbeitsplatzziele analysiert. Hierfür werden bei den geförderten Betrieben alljährlich seit 1961 die Beschäftigtenzahlen erhoben und einem Soll-Ist-Vergleich unterzogen. Für die Regionalpolitik bedeutsam sind auch Kosten-Nutzen-Analysen, die im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Bau des Saar-Pfalz-Rhein-Kanals bzw. des Saarausbaus zwischen Saarbrücken und Konz/Mosel durchgeführt wurden.

Für verbesserungsbedürftig werden die informatorischen Grundlagen der Regionalpolitik hinsichtlich der folgenden Punkte gehalten:

- Die Sektoralisierung sollte mit Hilfe der Beschäftigtenstatistik und deren Ergänzung um die Beamten, mithelfenden Familienangehörigen und Selbständigen vertieft werden.
- Die der Regionalpolitik zugrunde liegenden Regionen sollten gemeinschaftlich abgegrenzt sein.
- Das regionale Steueraufkommen sollte berücksichtigt werden.
- Die Arbeitsmarktdaten sollten nach Arbeitsamtnebenstellen aufbereitet werden.
- Die regionalen Arbeitslosenquoten sollten von den Verzerrungen bereinigt werden, die sich durch die Berücksichtigung der infolge von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur vorübergehend Beschäftigten ergibt.
- Bei der Analyse und Prognose der Arbeitsmarktentwicklung sollten qualitative Aspekte verstärkt berücksichtigt werden.

9.1.7 Saarland

Die wichtigste laufende Informationsquelle ist hier die Statistik des produzierenden Gewerbes. Ausgewertet werden daneben die Veröffentlichungen der Kommunen und der Arbeitsverwaltung. Eine Förderstatistik in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer und der Arbeitsverwaltung wird einmal jährlich veröffentlicht. Da in der Förderstatistik Herkunft bzw. Ziel der angesiedelten bzw. verlagerten Betriebe nicht genannt sind, wird dieses Problem derzeit in einer Einzeluntersuchung geprüft.

Informationen über die regionalen Standortbedingungen werden über die landeseigene Gesellschaft für Wirtschaftsförderung sowie drei kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften bezogen. In einer Flächenkartei wird eine Übersicht über die verfügbaren Flächen und deren infrastrukturelle Ausstattung geführt.

Neben der Studie zu Herkunft und Ziel angesiedelter und verlagerter Betriebe sind für die regionale Strukturpolitik die Analysen relevant, die in der Staatskanzlei im Rahmen der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes erstellt wurden. Der erste veröffentlichte Band dieses Planwerkes behandelt schwerpunktmäßig die Themenbereiche Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, während der noch nicht veröffentlichte zweite Band die Strukturpolitik zum Gegenstand hat.

Im Landesentwicklungsplan wird auch die Strukturentwicklung für 10 Sektoren bis 1990 prognostiziert. Für die Beurteilung der interregionalen Verflechtungen der saarländischen Wirtschaft steht eine Input-Output-Tabelle aus dem Jahre 1973 zur Verfügung. Der zukünftige Infrastrukturbedarf soll mit Hilfe einer in Bearbeitung befindlichen Bestandserhebung der Infrastruktur ermittelt werden.

Über die Förderstatistik hinaus wird keine regionalpolitische Wirkungsanalyse durchgeführt. Auch für das Saarland ist jedoch die Kosten-Nutzen-Analyse zur Saarkanalisierung von Bedeutung.

Als verbesserungsbedürftig wird das Datenangebot zum Dienstleistungsbereich, zur Qualität regionaler Arbeitsmärkte, zu den interregionalen Verflechtungen und zur öffentlichen Förderung betrachtet. Unzureichend sind ferner bislang die regionalpolitischen Wirkungsanalysen.

Eine Erweiterung und Verbesserung der informatorischen Grundlagen der Regionalpolitik verspricht man sich von dem geplanten landesplanerischen Informationssystem (Saplis).

9.1.8 Schleswig-Holstein

Als laufende Informationsquellen der amtlichen Statistik für die Regionalpolitik sind vor allem die Großzählungen, die Statistik des produzierenden Gewerbes sowie die Landeswirtschaftsstatistik relevant. Die Statistik der Arbeitsverwaltung wird für die Erstellung ressortinterner Kurzberichte über die wirtschaftliche Lage ausgewertet. Statistische Lücken werden bei der Dokumentation des Dienstleistungsbereichs gesehen.

Die betriebliche Mobilität wird auf der Grundlage der Antragsstatistik des Förderungsreferats im Ministerium, der Förderstatistik des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, der Konkursstatistik, der Eintragungen im Handelsregister sowie von Informationen der Kammern verfolgt.

Die regionalen Standortbedingungen werden durch jährliche Befragungen der Gemeinden zum Angebot an Industriegelände erfaßt und im Industriestandortkatalog der Wirtschaftsförderungsgesellschaft dokumentiert.

Umfassende Analysen der Landesentwicklung sowie entsprechende Prognosen werden für die in zweijährigem Turnus erscheinenden Raumordnungsberichte durchgeführt. Eine in früheren Jahren im Institut für Weltwirtschaft erstellte Input-Output-Tabelle wurde nicht fortgeschrieben. Die Prognosen werden unter starker Einbeziehung der in den Ressorts vorhandenen Detailkenntnisse regionaler, sektoraler und demographischer Sachverhalte erstellt.

Die Wirkungen der Regionalpolitik werden anhand der Auswertung von Bewilligungsbescheiden und Verwendungsnachweisen überprüft. Kosten-Nutzen-Analysen wurden für die Erschließung des Industriegeländes Brunsbüttel sowie die Erweiterung des Elbe-Lübeck-Kanals erstellt. Die Methodik der Wirkungsanalysen wird für verbesserungsbedürftig gehalten.

9.1.9 Bremen

Neben den Großzählungen sind aus dem Angebot der amtlichen Statistik vor allem die Statistik des produzierenden Gewerbes sowie die Beschäftigten- und die Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung relevant. Über die kurzfristige Wirtschaftsentwicklung wird in monatlichen Konjunkturspiegeln, über Grund-

satzprobleme der Bremer Wirtschaftspolitik in der „Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“ (hrsg. v. Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung) berichtet. Einbezogen in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß werden ein monatlicher Arbeitsmarktbericht sowie die monatlichen Mitteilungen über den Güterumschlag. Die betriebliche Mobilität wird – soweit sie landeseigene Grundstücke tangiert – über eine laufende Kartei sowie die Konkursstatistik erfaßt. Im Dienstleistungsbereich und bei Mobilitätsfällen auf privaten Grundstücken ist die Übersicht allerdings lückenhaft. Die Kenntnis der Standortbedingungen ist aufgrund der Ortsnähe und der gleichzeitigen kommunalen Funktion der Landesregierung sehr detailliert.

Wichtige von externen Gutachtern durchgeführte Analysen der letzten Jahre waren

- ein Gutachten zur Situation der Werften (1972)
- eine Studie zum kombinierten Verkehr (1976)
- je eine Marktuntersuchung für ein Tagungszentrum sowie ein Hotel (1968)
- eine Studie des DIW zur Entwicklung des Bremer Dienstleistungssektors (1978)
- ein ökologisches Gutachten zur Erschließung des Industriegebietes Luneplate bei Bremerhaven (1978)
- eine vom DIW durchgeführte Analyse der Industrialisierung nordwesteuropäischer Küstenstandorte, die eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Erweiterung der Schleusenkapazitäten in Bremerhaven einschließt (1979).

Verwaltungsintern wurden umfassende demographische und ökonomische Analysen und Prognosen im Rahmen der Aufstellung der langfristigen Globalplanung erarbeitet. Zu Einzelproblemen (Verbrauchermarktkonzeption, Ausbau Weser-Stadion, Anlage eines Camping-Platzes, Ansiedlung eines Werks der Daimler-Benz AG etc.) wurden Untersuchungen – z. T. als Kosten-Nutzen-Analysen – vom Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung durchgeführt. Prognosen zur Entwicklung einzelner Branchen (Werften, Stahlindustrie, Einzelhandel) wurden für verwaltungsinterne Zwecke angestellt.

Die Wirkungen der Regionalpolitik werden anhand der Entwicklung der Bevölkerung, des Sozialprodukts, des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzen verfolgt. Eine Berichterstattung erfolgt in den jährlichen Tätigkeitsberichten des Senats.

Als besonders verbesserungsbedürftig wird die Statistik des Dienstleistungssektors betrachtet. Eine Regionalisierung der Daten sollte nach Kommunen unter Einbeziehung von Umlandgemeinden erfolgen. Bei der Arbeitsmarktanalyse sollte die Struktur der Auszubildenden detaillierter dokumentiert werden. Großes Interesse besteht an Informationen über die interregionalen Güter- und Pendlerverflechtungen sowie über die Umlandwanderungen von Betrieben. Für die Industrieansiedlung besteht Interesse an der spezifischen Flächenbeanspruchung von Betrieben nach Sektoren. Als entwicklungsbedürftig werden Wirkungsanalysen regionalpolitischer Maßnahmen betrachtet. Für die Beurteilung der relativen Situation Bremerhavens wären Informationen über andere Ballungsräume eine wichtige Grundlage. Insgesamt sollten die Informationen kleinräumiger und aktueller als bisher aufbereitet werden.

9.1.10 Hamburg

Als laufende Informationsquelle wird die gesamte Wirtschaftsstatistik herangezogen. Ressortintern wird monatlich ein Bericht über die Arbeitsmarktentwicklung erstellt. Erfaßt wird auch die betriebliche Mobilität. Informationen über die Standortbedingungen werden aus dem Flächennutzungsplan sowie aus der Ortskenntnis der Verwaltung gewonnen und in der Broschüre „Standort Hamburg“ dokumentiert. Planungsrelevante Daten werden daneben im ressortübergreifenden Arbeitskreis „Basisdaten“ beim Planungsstab des Ersten Bürgermeisters gewonnen. Der Planungsstab leistet auch die wesentlichen analytischen und prognostischen Arbeiten. In einer Studie der Prognos AG werden die Motive der aus Hamburg fortziehenden Bevölkerung untersucht. Die Wirkungen regionalpolitischer Maßnahmen werden nur hinsichtlich der Erfüllung eventueller Auflagen bei der Förderung erfaßt. Für Einzelprojekte (Ansiedlungen der Firmen Korff und Reynolds, Bau des Hansaports) gibt es jedoch verwaltungsinterne Kosten-Nutzen-Analysen.

Verbesserungswünsche betreffen die Regionalisierung der Informationen, die auch das Umland einbeziehen sollen. Als unzureichend wird die sektorale Gliederung des Dienstleistungsbereichs betrachtet: bei

der Industrie sollte eine stärker produktorientierte Gliederung vorgenommen werden. Interesse besteht ferner an Daten zu interregionalen Verflechtungen sowie an Wirkungsanalysen politischer Maßnahmen.

9.1.11 Berlin

Wichtigste Informationsquellen der amtlichen Statistik sind die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Statistik des produzierenden Gewerbes, die Arbeitsmarktstatistik sowie die Bevölkerungsstatistik, die in Anbetracht der hohen Priorität des Beschäftigten- und Wanderungsziels besondere Bedeutung hat. In „Volkswirtschaftlichen Hausinformationen“ wird monatlich die Entwicklung ausgewählter Indikatoren dokumentiert sowie jährlich die Sammlung „Berliner Wirtschaftsdaten“ herausgegeben.

Detailinformationen über die Entwicklung einzelner Betriebe können von einer Betriebsdatenbank abgerufen werden, in der zu einzelnen Betrieben alle der im Rahmen der Berichterstattung über das produzierende Gewerbe anfallenden Informationen sowie alle Daten zur Förderung gespeichert werden. Die verfügbaren Informationen über die betriebliche Mobilität werden als unzureichend betrachtet. Sie fallen vor allem bei gewerberechtlichen Genehmigungsverfahren sowie bei der Ansiedlung von Betrieben an. Informationen über die Standortbedingungen enthält ein Gewerbeflächenkataster, das jedoch noch als ausbaubedürftig betrachtet wird.

Die Ausstattung Berlins mit Einrichtungen der haushaltsorientierten Infrastruktur wird vom DIW erfaßt und im Rahmen interregionaler Vergleiche bewertet. Für 1977 hat eine Arbeitsgruppe bei der Planungsleitstelle der Senatskanzlei die Infrastrukturversorgung der 12 Berliner Stadtbezirke untersucht.

Wichtige Einzeluntersuchungen der vergangenen Jahre waren

- Entwicklungsaussichten des fernabsatzorientierten Dienstleistungsbereichs (Prognos AG),
- Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin (DIW 1977),
- Derzeitige und zukünftige Absatzmöglichkeiten der Berliner Industrie (Prognos 1978),
- Struktur und Wachstum der Berliner Wirtschaft bei rückläufiger Bevölkerung (DIW 1979),
- eine Mittelstandsuntersuchung, die in der Wirtschaftsverwaltung selbst bearbeitet wurde.

Für die Wirtschaftspolitik wichtige Modelle und Projektionen wurden zur Bevölkerungsentwicklung (DIW), zur intraregionalen Verflechtung der Berliner Wirtschaft (Input-Output-Tabelle des DIW), zum zukünftigen Energiebedarf (DIW, Energiewirtschaftliches Institut Köln) sowie im Rahmen des erwähnten Gutachtens der Prognos AG aus dem Jahre 1978 erstellt. Frühere Prognosen waren im Zusammenhang mit der Formulierung der Leitvorstellungen für die Berliner Wirtschaftspolitik aus dem Jahre 1972 aufgestellt worden.

Als ergänzungs- bzw. verbesserungsbedürftig werden vor allem die informatorischen Grundlagen hinsichtlich der Wirkungsanalyse politischer Maßnahmen und der verstärkten Berücksichtigung technologischer Entwicklungen betrachtet. Erwünscht sind ferner Aussagen zu den erforderlichen Anpassungen der Wirtschaftspolitik an sich abzeichnende Strukturentwicklungen. Erste Arbeiten über diese Thematik liegen vor; gegenwärtig werden vom DIW Erfolgskontrollen einzelner regionaler Förderungsmaßnahmen durchgeführt.

9.2 Vergleichende Auswertung der Befragungsergebnisse

Die Befragung hat gezeigt, daß in den Ländern die Informationssysteme zur raschen Aufbereitung aller im Rahmen der amtlichen Statistik anfallenden strukturelevanten Daten recht gut entwickelt sind. Zum Teil werden derartige Informationssysteme in den Fachressorts betrieben, teilweise sind sie in landesplanerische Informationssysteme und Datenbanken integriert, die normalerweise von den Statistischen Landesämtern auf dem jeweils aktuellsten Stand gehalten werden. Die von den Ländervertretern angemeldeten und in der nachfolgenden Übersicht 9.1 zusammengefaßten Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge zum laufenden Datenangebot lassen folgende Schwerpunkte erkennen:

- Die Informationen über die interregionalen Verflechtungen werden vor allem – jedoch nicht ausschließlich – in den norddeutschen Stadtstaaten für unzureichend gehalten. Neben den Güter- und Pendlerverflechtungen sind für die Stadtstaaten auch die Umlandwanderungen von Personen und Betrieben relevant.
- Die amtliche sektorale Gliederung ist für Strukturanalysen unzureichend. Im Bereich des produzierenden Gewerbes wird teilweise eine stärker produktbezogene Betrachtungsweise befürwortet, während für den Dienstleistungsbereich eine tiefere Gliederung erwünscht ist. Eine Ausweitung der Berichterstattung über den tertiären Sektor wird vor allem für die Strukturanalyse in den städtischen Agglomerationen für erforderlich gehalten.
- Die Arbeitsmarktbeobachtung sollte durch eine Ergänzung der Beschäftigtenstatistik sowie durch die Einbeziehung qualitativer Merkmale des Angebots und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen verbessert werden.
- Die Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften sollten ebenfalls unter regionalstrukturellen Gesichtspunkten dokumentiert werden.

Übersicht 9.1

Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge zum laufenden Datenangebot

Baden-Württemberg:	Produktbezogene Strukturanalysen Regionaldaten für Mittelbereiche Pendlerverflechtungen
Bayern:	Regionalisierte Konjunkturbeobachtung Regionale Preisvergleiche
Hessen:	Regionalisierung des Datenangebots nach Gemeinden und nicht-administrativen Gebietseinheiten Ausbau der Beschäftigtenstatistik
Niedersachsen:	Sektoralisierung, Berichterstattung über die Qualität regionaler Arbeitsmärkte, regionale Verteilung des Bedarfs an öffentlichen Leistungen, interregionale Verflechtungen
Nordrhein-Westfalen:	Regionalisierung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben Interregionale Verflechtungen Regionalisierung der VGR
Rheinland-Pfalz:	Vertiefung der Sektoralisierung unter Verwendung und Ergänzung der Beschäftigtenstatistik Gemeindescharfe Regionalisierung Arbeitsmarktdaten nach Arbeitsamtsnebenstellen Regionales Steueraufkommen Qualität regionaler Arbeitsmärkte
Saarland:	Sektorale Gliederung des Dienstleistungsbereichs Qualität regionaler Arbeitsmärkte Interregionale Verflechtungen Öffentliche Förderung
Schleswig-Holstein:	Großzählungen in kürzeren zeitlichen Abständen
Bremen:	Statistik des Dienstleistungsbereichs Regionalisierung grenzüberschreitend, gemeindescharf Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen Interregionale Güter- und Pendlerverflechtungen Umlandwanderungen von Unternehmen und privaten Haushalten Sektorspezifischer Flächenbedarf Aufbereitung des Regionaldatenangebots nach Siedlungsstrukturtypen (Ballungsräume) sowie aktueller und kleinräumiger
Hamburg:	Grenzüberschreitende Regionalisierung des Datenangebots unter Einbeziehung von Umlandgemeinden Sektoralisierung des Dienstleistungsbereichs Produktorientierte Strukturanalysen Interregionale Verflechtungen
Berlin (West):	Technologische Entwicklungslinien

Uneinheitlich sind in den Ländern die Informationen über die Mobilität von Betrieben, wie aus Übersicht 9.2 deutlich wird. In praktisch allen Ländern wird eine Übersicht über die geförderten Betriebe geführt. Zusätzlich ausgewertet werden teilweise die An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben sowie die Konkursstatistik. Lückenhaft sind die Übersichten vor allem hinsichtlich des Dienstleistungsbereichs.

Die Übersicht 9.3 verdeutlicht, daß die Entwicklung der regionalen Standortbedingungen überwiegend über die Beobachtung des Gewerbeflächenangebots verfolgt wird. Zum Teil werden die Informationen in Datenbanken gespeichert, zum Teil in Broschüren für standortsuchende Unternehmen dokumentiert. Die jeweilige infrastrukturelle Ausstattung der Gewerbeflächen wird nur in einigen Ländern erfaßt.

Analytische Arbeiten zu Grundsatzfragen der regionalen Strukturpolitik werden in praktisch allen Ländern für die regelmäßige Berichterstattung über wirtschaftliche Entwicklungen durchgeführt. In der Tendenz eher an externe Gutachter bzw. an angegliederte Institute vergeben werden Untersuchungen zu Einzelproblemen der Strukturentwicklung und Strukturpolitik. Für verbesserungsbedürftig wird auf diesem Gebiet vor allem die Methodik der Wirkungsanalysen und Erfolgskontrollen gehalten. Besonderes Interesse besteht an Aussagen zur jeweiligen Effizienz alternativer Instrumente der regionalen Strukturpolitik.

Übersicht 9.2

Informationen zur betrieblichen Mobilität

Baden-Württemberg:	Ressortinterne Förderstatistik
Bayern:	Ressortinterne Förderstatistik An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben Informationen der Arbeitsverwaltung
Hessen:	Förderfälle erfaßt in der Investitionsdatei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung
Niedersachsen:	Ressortinterne Statistik der Neugründungen im Rahmen des „Wirtschaftsinformationssystems“
Nordrhein-Westfalen:	Ressortinterne Statistik der Gewerbeanmeldungen
Rheinland-Pfalz:	Übersicht über Förderfälle
Saarland:	Förderstatistik
Schleswig-Holstein:	Ressortinterne Antrags- und Förderstatistik An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben Konkursstatistik
Bremen:	Kartei zur gewerblichen Nutzung öffentlicher Grundstücke Konkursstatistik
Hamburg:	Laufende Erfassung durch Wirtschaftsbehörde
Berlin (West):	Gewerberechtliche Genehmigungsverfahren Industrieansiedlungsstatistik
Alle Länder:	Förderstatistik des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft

Prognosen der Wirtschaftsentwicklung werden im allgemeinen im Rahmen der Landesentwicklungsplanung aufgestellt. Außerdem finden die für die GRW durchgeführten flächendeckenden regionalisierten Prognosen der Förderkriterien Anwendung. In einigen Ländern (explizit in Baden-Württemberg und Bayern) herrscht Skepsis gegenüber der Verwertbarkeit und hinsichtlich der möglichen Effekte von Prognosen vor. In diesen Ländern liegt das Schwergewicht der Datenauswertung auf der Analyse.

Aus den Ergebnissen der Befragungen ergeben sich für die Ausgestaltung einer regionalisierten Strukturberichterstattung folgende Konsequenzen:

- Eine regionalisierte Strukturberichterstattung sollte zunächst schwerpunktmäßig explikativ ausgerichtet sein und sich vornehmlich mit Fragen befassen, die bisher nicht ausreichend untersucht sind (z. B. Funktion des Dienstleistungsbereichs, Arbeitslosigkeit in Agglomerationen, Qualität regionaler Arbeitsmärkte).

- Sie sollte sich darüber hinaus mit Problemen befassen, die mit den veröffentlichten Informationen der amtlichen Statistik nur unzureichend behandelt werden können. Dies bedeutet, daß die Erarbeitung dafür geeigneter Datengrundlagen selbst Gegenstand der Forschungsarbeiten sein muß. Dazu gehören die Regionalisierung der öffentlichen Finanzen, weiterführende Analyse im Bereich interregionaler Verflechtungen, sowohl was die Bevölkerung als auch die Produkte anbelangt, möglicherweise auch eine mehr produktorientierte Analyse des regionalen Strukturwandels.
- Auf methodischem Gebiet folgt hieraus, daß aus der Sicht der Länder im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung auch Techniken für Fallstudien, regionalstatistische Schätzverfahren sowie von Verfahren zur Auswertung von Stichproben unter regionalen Gesichtspunkten entwickelt werden sollten. Verbesserungsbedürftig erscheinen schließlich auch die methodischen Grundlagen von Wirkungsanalysen und Erfolgskontrollen.

Übersicht 9.3

Informationen über regionale Standortbedingungen

Baden-Württemberg:	Atlas zur Industriensiedlung der IHK Regionaldatenbank des Statistischen Landesamtes
Bayern:	Laufende Beobachtung bei Standortberatung, Firmenbesuchen etc.
Hessen:	Analysen der HLT Forschung, Planung und Entwicklung GmbH
Niedersachsen:	Standortvorsorgeprogramm
Nordrhein-Westfalen:	„Handbuch für Investoren“ der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Infrastrukturkataster des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (im Aufbau)
Rheinland-Pfalz:	Infrastrukturdaten des Landesinformationssystems
Saarland:	Flächenkartei zu Gewerbeflächen
Schleswig-Holstein:	Jährliche Industriegeländebefragungen der Gemeinden durch das Wirtschaftsministerium Industriestandortkatalog der Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Bremen:	Detaillierte Ortskenntnis
Hamburg:	Flächennutzungsplan, detaillierte Ortskenntnis Gewerbeflächendokumentation „Standort Hamburg“
Berlin (West):	Gewerbeflächenkataster Detaillierte Ortskenntnis
Alle Länder:	Gutachten zur regionalen Infrastrukturausstattung im Rahmen der GRW

10. Einige Überlegungen zur Organisation einer regionalisierten Strukturberichterstattung

Aus den Ausführungen in dieser Untersuchung ist deutlich geworden, daß eine regionalisierte Strukturberichterstattung zwangsläufig sehr viel stärkeren Begrenzungen unterliegt als die gesamträumliche sektorale Strukturberichterstattung. Die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Aussagen der Strukturberichterstattung lassen sich bei dem gegenwärtigen Stand der Information nur in Teilbereichen durch eine Regionalisierung verbessern.

Erkennbar geworden ist auch, daß für eine Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung eine Einbindung der für die regionale Strukturpolitik verantwortlichen Instanzen auf Länderebene sowie die Statistischen Landesämter unabdingbar ist. Eine regionalisierte Strukturberichterstattung sollte daher so angelegt sein, daß sie auch für regionalwirtschaftliche Überlegungen auf der Ebene der Länder nutzbar gemacht werden kann.

Um den vorhandenen Bedarf in diesem Feld auszuloten, ist auch die Befragung der für die regionale Strukturpolitik verantwortlichen Instanzen der Länder durchgeführt worden. Die Ergebnisse lassen erkennen, daß auch auf Länderebene Informationslücken bestehen, die durch eine regionalisierte Strukturberichterstattung geschlossen werden könnten.

Gegenüber den bisher üblichen regionalwirtschaftlichen Untersuchungen hätte eine regionalisierte Strukturberichterstattung vor allem den Vorteil, daß für ausgewählte Sachverhalte Untersuchungen angestellt werden könnten, die das gesamte Bundesgebiet in regionaler Gliederung abdecken und zudem so weit als möglich mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung konsistent sind. Sie würden damit die bisherigen regionalwirtschaftlichen Untersuchungen ergänzen, die sich in der Mehrzahl der Fälle auf Teilregionen bis hin zur Länderebene beschränken.

Die hier angestellten Überlegungen haben erkennen lassen, daß es – auch bei Beschränkungen auf das im Rahmen der verfügbaren statistischen Erhebungen mögliche – ein breites Feld von Sachverhalten gibt, für die eine Regionalisierung zusätzliche Erkenntnisse auch für die sektorale Strukturberichterstattung auf Bundesebene verspricht. Um eine regionalisierte Strukturberichterstattung in Gang zu bringen, deren Umfang sich in vertretbaren Größenordnungen hält, erscheint es allerdings unabdingbar, auch hier noch auszuwählen. Unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit einer notwendigen Ergänzung der Strukturberichterstattung sollte das Schwergewicht daher auf zwei Untersuchungsbereichen liegen:

- regionale Arbeitsmärkte zum einen,
- Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden zum anderen.

Auch eine Beschränkung auf diese beiden Untersuchungsbereiche setzt einen erheblichen Vorlauf für die zusätzliche Aufbereitung vorhandener Erhebungen voraus. Von der Lösung dieser Frage hängt auch die erforderliche Anlaufzeit sowie der Termin und nicht zuletzt auch die Kostenfrage für erste Analysen im Rahmen einer regionalisierten Strukturberichterstattung ab.